

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 4 · April 2003 · 58. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Jahresrückblick — Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung
in Hessen 2002

Struktur und Entwicklung der Rentnerhaushalte

Zehn Jahre erzieherische Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz

Hessischer Zahlenspiegel

Hessischer Umwelt-Monitor (2/03)



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Jahresrückblick	
Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2002	94
Haushalte	
Struktur und Entwicklung der Rentnerhaushalte. Von <i>Siegfried Than</i>	117
Sozialleistungen	
Zehn Jahre erzieherische Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Von <i>Siegfried Than</i>	121
Bildung und Kultur	
Knapp 3000 Studierende an den ersten vier staatlich anerkannten Berufsakademien in Hessen. Von <i>Andreas Büdinger</i>	128
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	130
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit.	131
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handwerk	132
Baugewerbe, Baugenehmigungen, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe	133
Außenhandel, Tourismus, Verkehr.	134
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise	135
Steuern, Verdienste	136
Buchbesprechungen	Umschlagsseiten 3 und 4
Hessischer Umwelt-Monitor (2/03)	grüne Beilage

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2003
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 4,00 Euro (Doppelheft 7,00 Euro), Jahresabonnement 40,80 Euro (inkl. Versandkosten)
Digital: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 6,80 Euro), Jahresabonnement 44,90 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 32,60 Euro (jeweils inkl. Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

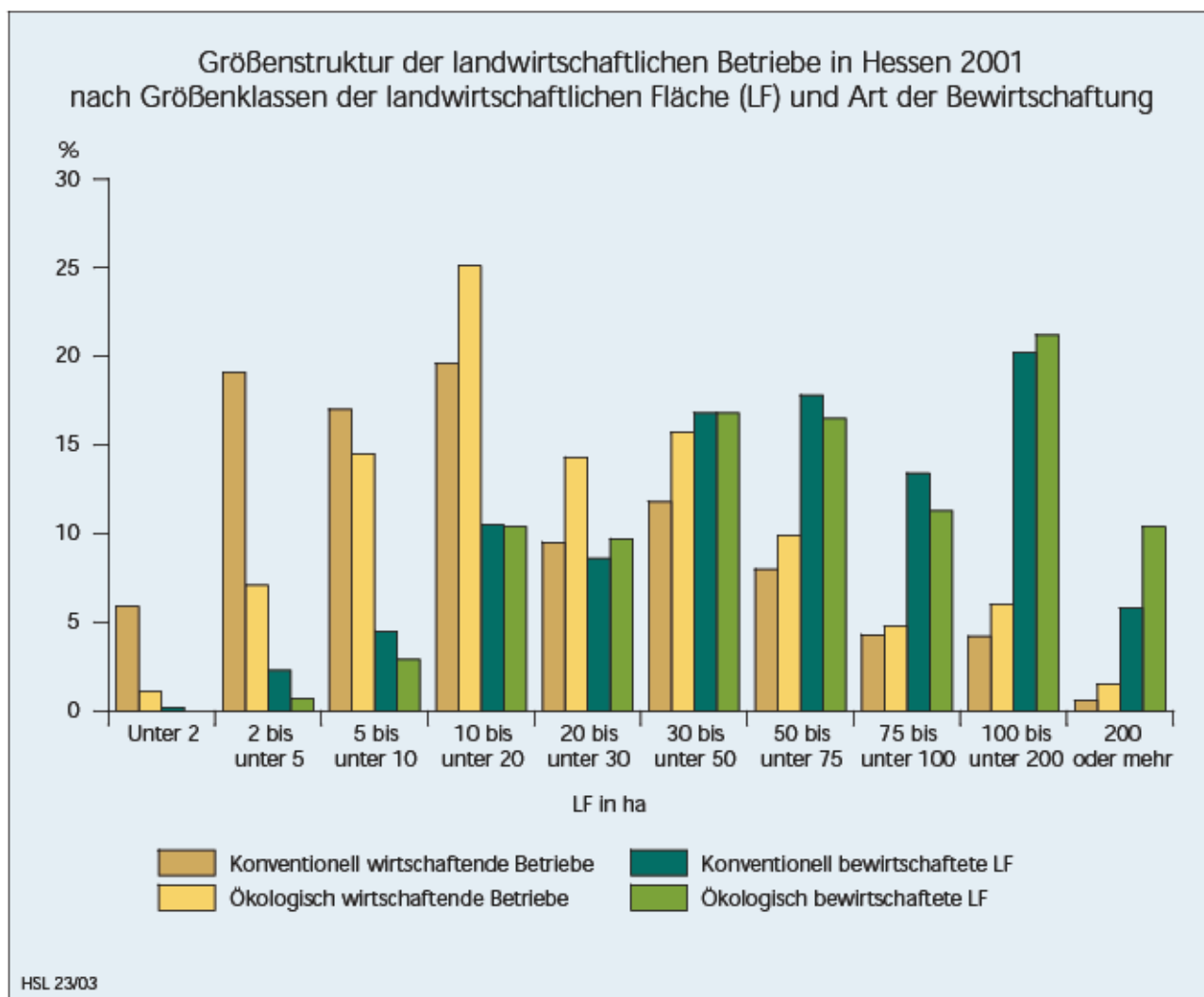
Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807.

Zeichen

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
· = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D = Durchschnitt.
s = geschätzte Zahl.
p = vorläufige Zahl.
r = berichtete Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.





Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2002

Der Jahresrückblick 2002 stellt die wichtigsten Ergebnisse und Trends des vergangenen Jahres zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsentwicklung in kompakter Form dar. Damit der Überblick gewahrt bleibt, ist der Rückblick in die drei Hauptabschnitte „Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt“, „Wirtschaftsbereiche“ sowie „Bevölkerung“ gegliedert. Gegenüber dem letzten Jahresrückblick wurde der Abschnitt „Öffentliche Finanzen“ aus dem Jahresrückblick herausgenommen. Dieser Abschnitt wird in einer der folgenden Ausgaben der Monatszeitschrift als eigenständiger Aufsatz erscheinen. Alle aufgeführten Daten umfassen den kompletten Zeitraum von Januar bis Dezember 2002. Die Angaben zu den Bereichen „Erwerbstätigkeit“ und „Haushalte“ beziehen sich auf den Zeitraum April 2002 und die Angaben zum Kraftfahrzeugbestand auf den Stichtag 1. Januar 2003. Im Bereich „Bevölkerung“ werden für das Jahr 2002 geschätzte Werte nachgewiesen.

Das Jahr 2002 im Überblick:

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

- **Bruttoinlandsprodukt:** Hessens Wirtschaft wies im Jahr 2002 nur ein minimales Wachstum von 0,3 % (Deutschland: + 0,2 %) auf. Für das Jahr 2003 wird eine Zunahme des hessischen Bruttoinlandsprodukts um 1,7 % (Deutschland: + 1,4 %) prognostiziert (Stand: Dezember 2002). Durch das verhaltene Wachstum ist im Jahr 2003 mit einer sinkenden Erwerbstätigenzahl zu rechnen.
- **Arbeitsmarkt:** Die Arbeitslosenzahl in Hessen ist gestiegen: Sie erhöhte sich von durchschnittlich 200 500 im Jahr 2001 um 13 500 oder 6,5 % auf 213 600 im Berichtsjahr. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote stieg von 7,4 auf 7,8 %.
- **Erwerbstätigkeit:** Die Zahl der erwerbstätigen Hessen nahm nicht — wie in den zurückliegenden Jahren — zu, sondern auf rund 2,78 Mill. Erwerbstätige im April 2002 ab; das waren 23 000 oder fast 1 % weniger als ein Jahr zuvor.
- **Außenhandel:** Im Jahr 2002 konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 31,7 Mrd. Euro im Ausland absetzen; damit blieb die Ausfuhr gegenüber 2001 nahezu unverändert. Der Wert der Einfuhren ging deutlich um fast 11 % auf 45,5 Mrd. Euro zurück (wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte auf der Ebene der Bundesländer lässt sich die Einfuhr nicht mit der Ausfuhr saldieren).
- **Preisindex für die Lebenshaltung:** Im Jahr der Euro-Bargeldeinführung stiegen die Verbraucherpreise um nur 1,3 % und damit schwächer als in den beiden Vorjahren. Einige Dienstleistungen hatten aber auch deutlich höhere Preise als 2001.
- **Verdienste:** Die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer in Hessen sind im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr erstmals seit 1997 (bei Familien mit zwei Kindern erstmals seit 1998) stärker als die Nettoverdienste gestiegen.

- **Insolvenzen:** Im Jahr 2002 kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer weiteren, noch etwas kräftigeren Zunahme der Insolvenzen hessischer Unternehmen. Bei dieser Entwicklung sind jedoch u. a. die Auswirkungen des neuen Insolvenzrechts, das Ende 2001 in Kraft getreten ist, zu berücksichtigen.
- **Gewerbeanzeigen:** Die Zahl der Anmeldungen von Gewerbebetrieben in Hessen ist im Jahr 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 4,0 % auf gut 61 100 gesunken. Ebenfalls rückläufig war die Zahl der Abmeldungen. Sie verringerte sich um 2,1 % auf knapp 56 000.

Wirtschaftsbereiche

- **Verarbeitendes Gewerbe:** Im Jahr 2002 musste das hessische Verarbeitende Gewerbe den stärksten Umsatzrückgang seit neun Jahren hinnehmen, hervorgerufen allein durch die Inlandsnachfrage. Der Beschäftigungsabbau setzte sich verstärkt fort. Die preisbereinigten Auftragsgänge gingen im Jahresdurchschnitt deutlich zurück.
- **Bauhauptgewerbe:** Der Abwärtstrend dieser Branche konnte auch im Jahr 2002 nicht gebremst werden: Beschäftigtenzahl, baugewerblicher Umsatz und Auftragszugang waren deutlich rückläufig.
- **Bautätigkeit:** Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im Jahr 2002 für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen im Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt 5,54 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Dies waren 667 000 m² oder knapp 11 % weniger als im Jahr davor.
- **Einzelhandel:** Die Umsätze der hessischen Einzelhandelsbetriebe entwickelten sich auch im Jahr 2002 schwach. Sie sanken im Vergleich zum Vorjahr nominal um annähernd 3 %; real bedeutete dies einen Rückgang um etwas über 3 %.
- **Fremdenverkehr:** Die hessischen Beherbergungsstätten (mit neun oder mehr Betten) wurden im Jahr 2002 von 9,6 Mill. Gästen besucht, die 24,6 Mill. Übernachtungen

buchten. Dies waren fast 2 % weniger Gäste und knapp 4 % weniger Übernachtungen als im Jahr 2001.

- **Gastgewerbe:** Im hessischen Gastgewerbe waren die Umsätze im Jahr 2002 weiterhin rückläufig: Nominal war ein Minus von über 5 % und real von etwas über 8 % zu verzeichnen.
- **Verkehr:** Der Luftverkehr auf dem Flughafen Frankfurt (Main) entwickelte sich im Jahr 2002 uneinheitlich: Während im Bereich „Passagierverkehr“ ein stagnierendes Passagieraufkommen zu verzeichnen war, konnte der Bereich „Luftfrachtverkehr“ leichte Zuwächse verbuchen.
- **Landwirtschaft:** Die hessische Getreideernte sank im Jahr 2002, bei einer leicht verringerten Anbaufläche (– 1,8 %), gegenüber dem Vorjahr um rund 9 %. Diese Entwicklung beruht neben dem ungünstigen Witterungsverlauf auch auf einem statistischen Basiseffekt, da im Jahr 2001 eine „Rekordgetreideernte“ eingefahren werden konnte. Der durchschnittliche Getreideertrag lag im Jahr 2002 bei 62,8 dt/ha.

Bevölkerung

- **Bevölkerung:** Die Bevölkerungszahl Hessens ist im Jahr 2002 leicht stärker gestiegen als im Jahr zuvor. Schätzungsweise dürfte sich eine Bevölkerungszunahme von knapp 15 000 auf 6,093 Mill. Einwohner ergeben.
- **Haushalte:** Im April 2002 gab es in Hessen 2,84 Mill. Privathaushalte. Die Zahl der Haushalte blieb damit nahezu unverändert.

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

Wirtschaftswachstum auf Sparflamme

Während im 1. Halbjahr 2000 noch ein Wirtschaftswachstum von 4 % in *Deutschland* herrschte, begann sich das konjunkturelle Klima ab dem 2. Halbjahr abzukühlen. Die nachlassende Dynamik des deutschen Wirtschaftsprozesses hielt auch das gesamte Jahr 2001 an, sodass sich das Wirtschaftswachstum von 2,9 % im Jahr 2000 auf nur noch 0,6 % in 2001 abschwächte. Gegen Ende 2001 stagnierte das reale Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet. Eine im Herbst 2001 von Experten für das 2. Halbjahr des Berichtsjahres 2002 prognostizierte Erwärmung des konjunkturellen Klimas in Deutschland ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, sodass es 2002 nur zu einem minimalen Wachstum von 0,2 % des in Preisen von 1995 gemessenen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland kam. Hervorgerufen wurde dies durch den im Inland verwendeten Teil des Brut-

toinlandsprodukts. Hier kam es im Berichtsjahr zu einer Schrumpfung von gut 28 Mrd. Euro oder 1,5 %. Besonders betroffen waren die Ausrüstungsinvestitionen (– 9,4 %). Aber auch die Bauinvestitionen (– 5,9 %) gingen erneut kräftig zurück. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte (– 0,7 %) verhielten sich ebenfalls rezessiv. Das lag an einem rückläufigen verfügbaren Realeinkommen und einer zunehmenden Sparquote der Haushalte. Eine gesamtwirtschaftliche Rezession in Deutschland konnte 2002 nur durch einen außerordentlich hohen Außenbeitrag (Export minus Import) von 94 Mrd. Euro vermieden werden, der um mehr als 50 % über dem Vorjahresergebnis lag und durch wachsende Exporte bei schrumpfenden Importen zu Stande kam.

Im Rahmen dieses gesamtdeutschen Szenarios konnte sich *Hessens* Wirtschaft nur im Mittelfeld der 16 Bundesländer behaupten. Denn mit einer Wachstumsrate von nur noch 0,3 % lag die Performance der hessischen Wirtschaft 2002 nur noch um einen Zehntel Prozentpunkt über dem Ergebnis für Deutschland bzw. der alten Bundesländer. Im Vorjahr hatte der hessische Wachstumsvorsprung noch bei 0,8 (Deutschland) bzw. 0,7 Prozentpunkten (alte Bundesländer ohne Berlin) gelegen. Der Anteil Hessens am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt Deutschlands beträgt nach wie vor 9,3 %.

In den letzten Jahren haben die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute ihre meist zu optimistischen Erwartungen mehrfach revidieren müssen¹⁾. Auch nach derzeitiger Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung deutet vieles darauf hin, dass die Ende 2002 bereits nach unten revidierten Zahlen erneut zu positiv eingeschätzt wurden. So hatten die Institute im Herbstgutachten für das *Jahr 2002* ein 0,4%iges Wachstum des *realen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland* prognostiziert. Auf dieser Basis wurde in der vom Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern in der im Dezember 2002 veröffentlichten „Konjunkturprognose Hessen 2003“ von einer leicht positiveren Entwicklung für Hessen ausgegangen, ein Wachstumsvorsprung von 0,1 Prozentpunkten prognostiziert und die Zu-

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen¹⁾ (real)

Jahr	Hessen		Deutschland	
	Euro	Veränderung zum Vorjahr in %	Euro	Veränderung zum Vorjahr in %
1992	54.445	0,8	46.177	3,8
1993	53.960	– 0,9	46.303	0,3
1994	54.705	1,4	47.467	2,5
1995	55.902	2,2	48.486	1,5
1996	56.884	1,8	48.701	1,1
1997	57.881	1,8	49.462	1,6
1998	58.441	1,0	49.883	0,9
1999	59.550	1,9	50.288	0,8
2000	60.593	1,8	50.823	1,1
2001	60.860	0,4	50.898	0,1
2002	61.327	0,8	51.310	0,8

1) Berechnungen nach ESVG 1995; ab 2001 vorläufige Werte.

1) Sowohl die Wirtschaftsforschungsinstitute als auch der Sachverständigenrat mussten ihre Wachstumsprognosen nochmals deutlich nach unten anpassen. So hatte z. B. die Prognose des Sachverständigenrats vom November 2000 für das Jahr 2001 2,8 % gelaute, der tatsächliche Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts betrug im Jahr 2001 jedoch nur 0,6 %.

nahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Hessen für das Jahr 2002 auf 0,5 % gegenüber dem Vorjahr geschätzt²⁾. Dieser vorausgesagte leichte Wachstumsvorsprung wurde durch die Ergebnisse der ersten Schnellrechnung im Februar 2003 bestätigt, allerdings auf einem etwas niedrigeren Niveau als erwartet (Deutschland: + 0,2 %, Hessen: + 0,3 %). Ebenfalls bestätigte sich die Prognose, dass das Wachstum im Jahr 2002 nach einem schwachen ersten Halbjahr erst in der zweiten Jahreshälfte wieder an Schwung zulegen würde. So war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2002 deutlich um 1,4 % gesunken (Deutschland: – 1,2 %)³⁾ und auch im zweiten Quartal konnte nur ein leichtes Plus von 0,5 % erzielt werden (Deutschland: + 0,4 %). Erst im dritten Quartal 2002 wurde mit einem Zuwachs von 1,4 % eine Wachstumsrate erzielt, die über dem Bundesdurchschnitt lag (Deutschland: + 0,9 %). Im vierten Quartal erreichte das Wachstum in Hessen und in Deutschland jeweils 0,5 %.

Deutliche Wachstumsimpulse für die hessische Wirtschaft gingen nur von den Dienstleistungsbranchen Nachrichtenübermittlung, Kreditgewerbe sowie Grundstücks- und Wohnungswesen aus. Im Verarbeitenden Gewerbe wuchs 2002 die reale Bruttowertschöpfung um 0,3 % (Deutschland: – 0,5 %), sodass dieser Wirtschaftszweig im Berichtsjahr keine Wachstumsbremse bildete.

2) Die Studie „Konjunkturprognose Hessen 2003“ kann zum Preis von 13,00 Euro einschl. Versandkosten vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden. Informationen zu diesem Thema finden Sie auch im Internet unter www.hsl.de. Dort steht die Veröffentlichung — ebenfalls zum Preis von 13,00 Euro — auch als Download-Angebot zur Verfügung.

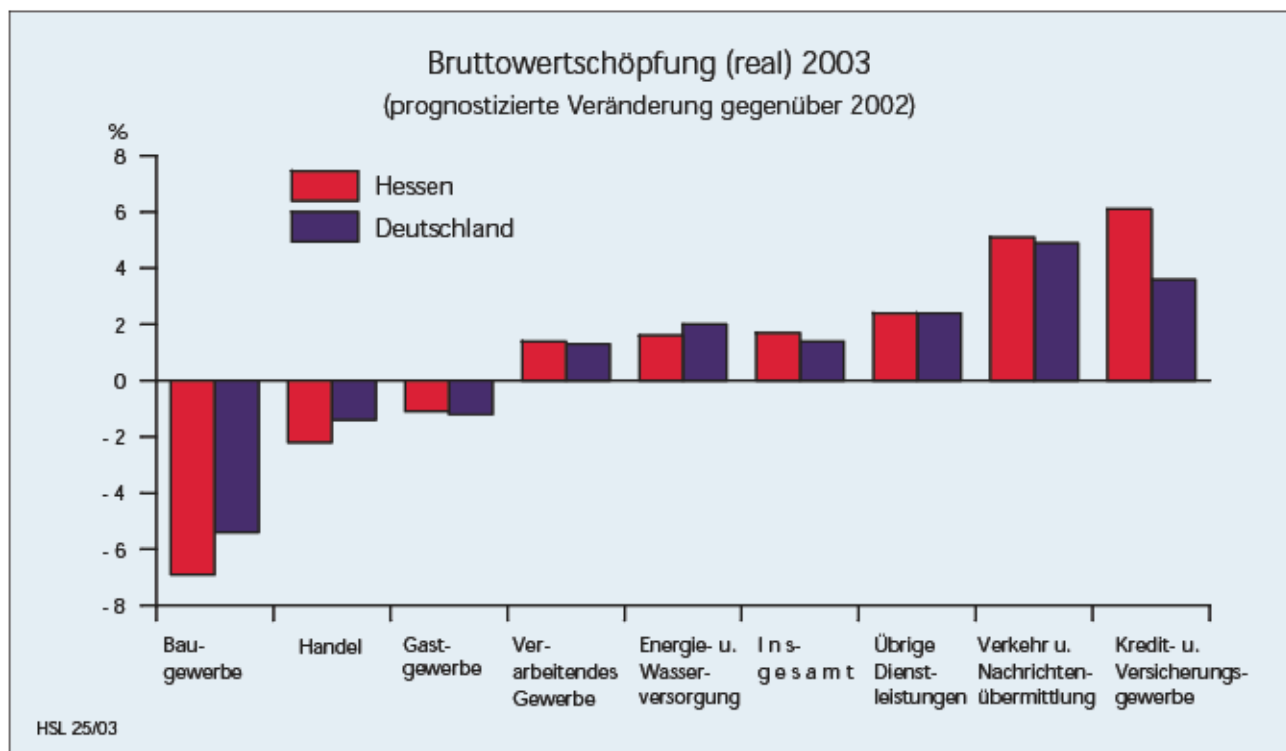
3) Ergebnisse der ersten Schnellrechnung; Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahresquartal.

4) Aktuell gehen jedoch fast alle führenden Wirtschaftsforschungsinstitute von einem geringeren, deutlich unter 1 % liegenden Wachstum aus.

Erfreulich verlief hier die Entwicklung insbesondere im Maschinen- und Kraftfahrzeugbau. Das reichte aber nicht, um schrumpfende Wertschöpfungsbeiträge aus der Energieversorgung und dem Baugewerbe auszugleichen, womit das Produzierende Gewerbe insgesamt ins Minus geriet. Das in jeweiligen Preisen gemessene Bruttoinlandsprodukt Hessens stieg um 3,9 Mrd. Euro oder 2,1 % auf 192,5 Mrd. Euro.

Das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen expandierte von 60 900 Euro in 2001 um 0,8 % auf 61 300 Euro im Berichtsjahr. Das war das Spitzenergebnis unter den 13 Flächenländern. Damit lag das auch als Arbeitsproduktivität bezeichnete preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen 19,5 % über dem Bundesdurchschnitt von 51 300 Euro. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Arbeitsproduktivität in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit 38 500 Euro noch immer deutlich hinter dem entsprechenden Wert für die alten Bundesländer (ohne Berlin) von 53 800 Euro zurückbleibt. Bei den drei Stadtstaaten, die durch ihre hohe Dienstleistungskonzentration eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie Hessen aufweisen, lag die Arbeitsproduktivität nur in Hamburg (67 400 Euro) über dem hessischen Niveau.

Unter der Voraussetzung, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2003 um 1,4 % zulegt — so die Herbstprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute —, dürfte *das hessische Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003* um weitere 1,7 % steigen⁴⁾. Damit wird die Wirtschaft in Hessen zwar auch im Jahr 2003 mit 0,3 Prozentpunkten wieder einen Wachstumsvorsprung gegenüber Deutschland erzielen, eine Abkopplung von der schwachen Konjunktur in Deutschland dürfte aber auf Grund der schwächeren Entwicklung in den



klassischen Wachstumssektoren nicht gelingen. Die negativen Impulse, die von der anhaltenden Irak-Krise ausgehen und vor allem die hessische Luftfahrt beeinträchtigen, sowie die schwächere Entwicklung bei den Banken, werden sich dämpfend auswirken, sodass das sehr hohe Wachstumsniveau der letzten Jahre voraussichtlich nicht mehr erreicht werden dürfte.

Allerdings dürften sich die wertschöpfungsstarken Dienstleistungsbereiche „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ sowie „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ mit einem prognostizierten Zuwachs der *realen Bruttowertschöpfung* von voraussichtlich 6,1 % (+ 1,3 Mrd. Euro) bzw. 5,2 % (+ 860 Mill. Euro) nach wie vor als Stütze der hessischen Konjunktur erweisen. Auch das Verarbeitende Gewerbe dürfte mit einem Zuwachs der realen Bruttowertschöpfung um 1,4 % (+ 430 Mill. Euro) zum Wachstum beitragen. Im Gegensatz dazu ist die Situation für den „Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden“ erneut ungünstig zu beurteilen (– 5,5 %; – 7,6 Mill. Euro). Besonders negativ dürfte die Entwicklung im hessischen Baugewerbe mit einem Rückgang der realen Bruttowertschöpfung um 6,9 % (– 457 Mill. Euro) verlaufen.

In ihren Herbstgutachten 2002 haben der Sachverständigenrat und die Wirtschaftsforschungsinstitute eine weitere Schrumpfung der Erwerbstätigenzahl um 0,2 bzw. 0,1 % prognostiziert. Die monatliche Schrumpfung der Erwerbstätigkeit in Deutschland hat sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat nach Ausweis des Statistischen Bundesamtes von Januar 2002 mit – 0,2 % bis Dezember 2002 mit – 1,0 % deutlich verstärkt. Auch wenn hier schon Anfang 2003 eine Wende einsetzen sollte, so braucht es doch erfahrungsgemäß viele Monate, bis sich die Entwicklung der Erwerbstätigkeit wieder bis zur Stagnationszone emporgearbeitet hat. Deshalb ist für Deutschland und damit auch für Hessen im Durchschnitt des Jahres 2003 mit einem weiteren Abbau der Erwerbstätigkeit zu rechnen.

Zahl der Arbeitslosen nimmt zu

Im Jahr 2002 zählten die hessischen Arbeitsämter 438 900 *Arbeitslosmeldungen*, die jeweils zu knapp der Hälfte (49 %) Personen ohne vorherige bzw. nach vorangegangener Erwerbstätigkeit betrafen. Der Rest der Arbeitslosmeldungen bezog sich auf Personen, die zuvor eine betriebliche Ausbildung absolviert hatten. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Arbeitslosmeldungen um 37 600 oder 9,4 %. Auf Bundesebene⁵⁾ blieb der relative Anstieg der Arbeitslosmeldungen (+ 7,5 %) um knapp zwei Prozentpunkte unter dem des hessischen Arbeitsmarktes. Die Zunahme der hessischen Arbeitslosmeldungen verlief in den Fällen nach vorangegangener Erwerbstätigkeit (+ 28 200; + 15,3 %) sehr viel ausgeprägter als im Segment ohne vorherige Erwerbstätigkeit

5) Hier und im Folgenden Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 (altes Bundesgebiet).

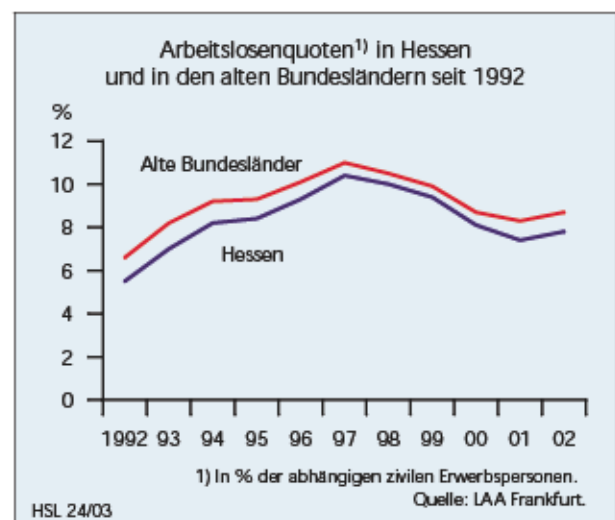
Arbeitslose nach Arbeitsamtsbezirken (insg.)

Arbeitsamtsbezirk	2001 ¹⁾	2002 ¹⁾	Zu- bzw. Abnahme (–) in %
Bad Hersfeld	8 629	8 061	– 6,6
Darmstadt	29 001	31 316	8,0
Frankfurt	35 573	38 793	9,1
Fulda	7 048	7 506	6,5
Gießen	21 441	23 250	8,4
Hanau	12 998	13 680	5,2
assel	31 543	31 498	– 0,1
Korbach	5 539	5 993	8,2
Limburg	4 879	5 420	11,1
Marburg	8 240	8 243	0,0
Offenbach	10 852	12 218	12,6
Wetzlar	10 803	11 975	10,8
Wiesbaden	13 987	15 629	11,7
Land Hessen	200 533	213 583	6,5

1) Durchschnitt. Quelle der Grunddaten: Landesarbeitsamt Hessen.

(+ 9300; + 4,5 %). Diesen Arbeitslosmeldungen standen nur 191 800 der hessischen Arbeitsverwaltung im Verlauf des Jahres 2002 als *offen gemeldete Stellen* gegenüber. Das waren 68 900 oder 26,4 % weniger als im Vorjahr. Im Bundesgebiet verlief die mit der Wirtschaftsflaute nachlassende Nachfrage nach Arbeitskräften (– 25,2 %) ähnlich ausgeprägt. Neben der amtlichen Vermittlungstätigkeit bewirkten weitere, durch private Bemühungen entstandene Arbeitsverhältnisse und andere Anlässe, wie Erreichen der Altersgrenze, Arbeitsmarkt entlastende Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und dergleichen, dass im Berichtsjahr insgesamt 423 600 Personen in Hessen aus der Arbeitslosigkeit ausschieden. Das waren im Vorjahresvergleich 29 100 Personen (+ 7,4 %) mehr (Bundesgebiet: + 6,4 %).

Die *Arbeitslosenzahl* in Hessen erhöhte sich von durchschnittlich 200 500 in 2001 um 13 500 oder 6,5 % auf 213 600 in 2002. Der durchschnittliche Anstieg der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet (+ 6,9 %) lag etwas höher. Die jahresdurchschnittliche *Arbeitslosenquote* in Hessen stieg dadurch von 7,4 % in 2001 auf 7,8 % im Berichtsjahr (Bundesgebiet von 8,3 auf 8,7 %).



Arbeitslose, offene Stellen, Kurzarbeiter

Jahr Monat		Arbeitslose				Arbeitslosenquote ¹⁾					Offene Stellen	Kurz- arbeiter	
		ins- gesamt	und zwar			ins- gesamt	und zwar der						
			Männer	Frauen	Jugend- liche		Aus- länder	Männer	Frauen	Jugend- lichen			Aus- länder
2000	D	214 875	118 356	96 519	5 442	45 177	8,1	8,3	8,0	5,8	14,8	37 527	5 156
2001	D	200 533	110 886	89 647	5 110	42 684	7,4	7,6	7,1	4,4	14,2	37 692	7 822
2002	D	213 583	122 151	91 432	4 997	45 295	7,8	8,4	7,1	3,9	15,2	31 376	15 297
2001	Oktober	195 656	107 129	88 527	5 048	42 737	7,1	7,3	6,9	4,1	14,5	32 366	7 461
	November	198 272	109 732	88 540	4 912	43 735	7,2	7,5	6,9	4,0	14,8	30 008	10 015
	Dezember	207 134	116 957	90 177	5 127	45 495	7,6	8,0	7,1	4,1	15,4	29 674	19 108
2002	Januar	223 585	129 327	94 258	5 315	47 946	8,2	8,9	7,4	4,3	16,2	32 491	21 481
	Februar	222 906	129 660	93 246	5 252	47 809	8,1	8,9	7,3	4,2	16,2	36 988	25 716
	März	215 942	125 298	90 644	4 862	46 285	7,9	8,6	7,1	3,9	15,7	38 957	25 741
	April	211 836	121 507	90 329	4 597	45 668	7,7	8,3	7,1	3,7	15,5	37 906	24 566
	Mai	209 604	119 926	89 678	4 413	45 168	7,6	8,2	6,9	3,3	15,1	34 658	13 675
	Juni	209 772	119 413	90 359	5 294	44 052	7,6	8,2	7,0	4,0	14,7	32 843	12 680
	Juli	214 374	120 854	93 520	5 859	43 574	7,8	8,3	7,2	4,4	14,5	30 243	7 987
	August	210 290	118 909	91 381	5 588	43 337	7,6	8,1	7,1	4,2	14,5	28 660	8 876
	September	207 551	117 580	89 971	5 008	43 634	7,5	8,0	7,0	3,8	14,6	27 021	9 389
	Oktober	208 750	118 258	90 492	4 541	44 289	7,6	8,1	7,0	3,4	14,8	25 519	10 585
	November	213 579	122 028	91 551	4 483	45 539	7,8	8,3	7,1	3,4	15,2	24 780	11 434
	Dezember	222 481	129 137	93 344	4 386	46 985	8,1	8,8	7,2	3,3	15,7	23 211	11 128

1) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Die Konjunkturlaute zeitigte auf den ersten Blick auch bei der *Kurzarbeit* deutliche Spuren. Die Anzahl der von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffenen Arbeitnehmer stieg in Hessen von jahresdurchschnittlichen 7800 in 2001 um 7500 oder nahezu 96 % auf 15 300 im Berichtsjahr (Bundesgebiet: + 72 %). Ausschlaggebend für diese in Hessen besonders hohen nachfragebedingten Arbeitszeiteinschränkungen war die eher ungewöhnliche Kurzarbeit in einem auf dem Rhein-Main-Flughafen beheimateten Luftfahrtunternehmen während der ersten vier Monate des Berichtsjahres. Ohne diese Kurzarbeit in einem Dienstleistungsunternehmen wäre der Anstieg der sich gewöhnlich auf das Produzierende Gewerbe konzentrierenden Kurzarbeit in Hessen nur etwa halb so hoch gewesen. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit in Hessens Verarbeitendem Gewerbe und Baugewerbe, um im Berichtsjahr momentane Auftragsengpässe zu überbrücken, muss im Hinblick auf den gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosigkeit und im Vergleich mit früheren Konjunkturlauten als recht verhalten bezeichnet werden. Hier machte sich offensichtlich die vermehrte Einführung von Arbeitszeitkonten in der gewerblichen Wirtschaft bemerkbar.

Hinter der Zunahme der Arbeitslosigkeit auf Landesebene (+ 6,5 %) verbergen sich regional recht unterschiedliche Entwicklungen. Das günstigste Ergebnis wies mit einem Rückgang von 6,6 % der Arbeitsamtsbezirk Bad Hersfeld auf, gefolgt von Kassel und Marburg mit nahezu unveränderter Arbeitslosenzahl. Am anderen Ende der Skala stand der Ar-

beitsamtsbezirk Offenbach (+ 12,6 %), gefolgt von Wiesbaden (+ 11,7 %) und Limburg (+ 11,1 %). Der Zuwachs der Arbeitslosigkeit auf Landesebene war im Berichtszeitraum bei den Männern (+ 10,2 %) bedeutend ausgeprägter als bei den Frauen (+ 2,0 %). Während die Männerarbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Wetzlar um 17,6 % gegenüber dem Vorjahr stieg, kam es in Bad Hersfeld zu einem Rückgang um 0,3 %. Bei den Frauen reichte die Spannweite von + 11,9 % in Wiesbaden bis - 13,2 % in Bad Hersfeld.

Weniger Hessen erwerbstätig

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus (Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt) nahm die Zahl der erwerbstätigen Hessen nicht — wie in den Vorjahren — weiter zu, sondern ab. Im April 2002 waren rund 2,78 Mill. der 6,1 Mill. Hessen erwerbstätig, das waren 23 000 oder fast 1 % weniger als ein Jahr zuvor. Hierbei stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen um 8000 oder 0,7%, während es bei den Männern eine Abnahme um 31 000 oder 2 % gab.

Bei den Männern war in der letzten Aprilwoche 2002 die Zahl der Erwerbstätigen mit weniger als 36 Wochenarbeitsstunden um 15 000 höher als in der Berichtswoche des Vorjahres, während die Zahl der Beschäftigten mit 36 oder mehr Wochenstunden um 45 000 zurückging. Bei den Frauen, von denen fast die Hälfte eine Teilzeittätigkeit (weniger als 36 Wochenstunden) ausübte, gab es eine Zunahme bei der Zahl der Teilzeitkräfte (+ 18 000), während die Zahl der Ganztagsbeschäftigten um 11 000 abnahm. Damit kam es im vergangenen Jahr zu einer verstärkten Tendenz in Richtung Teilzeit. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten⁶⁾ nahm auch 2002 (in der jeweiligen Berichtswoche des Mikrozensus) zu, und zwar

6) Beschäftigte, deren monatliches Arbeitsentgelt die 325-Euro-Grenze nicht überschreitet oder deren wöchentliche Arbeitszeit unter 15 Wochenstunden liegt.

Erwerbstätige im April 2002 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige			
	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-)	
	1000		%	
Erwerbstätige insgesamt	2 807	2 784	- 23	- 0,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	47	43	(- 4)	(- 8,5)
Produzierendes Gewerbe	851	829	- 22	- 2,6
davon				
Bergbau ¹⁾ und Verarbeitendes Gewerbe	663	645	- 18	- 2,7
Energie- und Wasserversorgung	20	19	- 1	.
Baugewerbe	168	165	- 3	- 5,0
Dienstleistungen zusammen	1 909	1 912	3	0,2
davon				
Handel ²⁾ , Gastgewerbe und Verkehr	678	659	- 19	- 2,8
davon				
Handel ³⁾ und Gastgewerbe	470	461	- 9	- 1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	208	198	- 10	- 4,8
Sonstige Dienstleistungen	1 231	1 253	22	1,8
davon				
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	169	169	—	—
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstl. für Unternehmen ⁴⁾	288	300	12	4,2
Öffentliche Verwaltung u. Ä.	210	214	4	1,9
Öffentliche und private Dienstleistungen ⁴⁾ (o. öffentl. Verw.)	564	570	6	1,1

1) Und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2) Und Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 3) Grundstück- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. — 4) Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen

um 6 000 oder 3 % auf 194 000, nachdem sie in den Jahren 1998 bis 2000 mit rund 180 000 annähernd konstant geblieben war. Dabei stieg die Zahl der geringfügig Beschäftigten bei den Frauen um 2 % und bei den Männern um 8 %. Allerdings war nur ein Fünftel der geringfügig Beschäftigten Männer.

Im April 2002 waren fast sieben Zehntel der hessischen Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Nur knapp drei Zehntel arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 1,5 % in der Land- und Forstwirtschaft. Die Zahl der Erwerbstätigen im Tertiären Sektor nahm binnen Jahresfrist nur noch geringfügig zu; im Produzierenden Gewerbe gab es einen Rückgang der Zahl der Beschäftigten um 3 %. Im Dienstleistungssektor war nur noch die Steigerung im Bereich der Unternehmensdienstleister (Grundstückswesen, Vermietung und Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) mit 4 % bemerkenswert. Bei der öffentlichen Verwaltung und der Sozialversicherung (+ 2 %) und bei den öffentlichen und privaten Dienstleistungen (+ 1 %) waren die Beschäftigtenzunahmen schwächer. Beim Kredit- und Versicherungsgewerbe blieb die Zahl der Beschäftigten unverändert.

Bei der Beschäftigung von Männern und Frauen bestehen weiter erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen. Während bei den Männern die Relation der Erwerbstätigen zwischen Dienstleistungsbe-

reich und Produzierendem Gewerbe im vergangenen Jahr mit 58 zu 40 % um 18 Prozentpunkte auseinanderklaffte, arbeiteten 82 % der berufstätigen Frauen im tertiären Sektor und nur 17 % im Produzierenden Gewerbe.

Ausfuhr stagniert, Einfuhr stark rückläufig

Im Jahr 2002 konnte die hessische Wirtschaft nach ersten Ergebnissen der Außenhandelsstatistik Waren im Wert von 31,7 Mrd. Euro im Ausland absetzen. Damit blieb die *Ausfuhr* gegenüber 2001 nahezu unverändert. Deutlich über die Hälfte der Exporte (53 %) geht nach wie vor in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU); darunter machte die Eurozone einen Anteil von 42 % aus. Bei den Exporten in die EU kam es zu einem Anstieg von 1 %, in die Eurozone war es sogar ein Plus von 4 %. Mehr Waren gelangten aus Hessen auch nach Belgien (+ 16 %), Spanien (+ 13,5 %), Österreich (+ 8,5 %), Irland und Italien (jeweils + 4 %), Schweden und Finnland (jeweils + 3 %) sowie Dänemark (+ 1 %). Nach Frankreich blieb die Ausfuhr auf dem Niveau des Vorjahres; dennoch blieb Frankreich mit 3,2 Mrd. Euro und damit einem Anteil von einem Zehntel an der gesamten hessischen Ausfuhr das Bestimmungsland Nummer 1. Dagegen ging im Jahresvergleich die Ausfuhr in die Niederlande (- 3 %), nach Portugal und Luxemburg (jeweils - 4 %), nach Griechenland (- 6,5 %) sowie in das Vereinigte Königreich (- 15 %) zurück. In die EFTA-Staaten wurden annähernd 6 % der hessischen Ausfuhren geliefert; hier kam es zu einer Zunahme von 3 %. Hauptabnehmer ist dort die Schweiz, wohin Waren im Wert von 1,5 Mrd. Euro ausgeführt wurden, was einem Anteil von 5 % an der Gesamtausfuhr entspricht.

Insgesamt nahmen die Europäischen Staaten 70 % der hessischen Ausfuhren auf; im Vergleich zum Jahr 2001 kam es zu einem Anstieg des Wertes der Ausfuhr von 1,5 %. In die USA dagegen wurden 2002 mit 2,8 Mrd. Euro 5 % weniger hessische Waren ausgeführt. Ihr Anteil an der Gesamtausfuhr ging auf 9 % zurück. Demgegenüber gab es bei den Ausfuhren nach Japan — dorthin gelangen 3 % der hessischen Ausfuhren — wieder eine Zunahme. Bei einem Warenwert von 946 Mill. Euro betrug die Wachstumsrate 1 %. Besonders lebhaft entwickelte sich die Ausfuhr nach China. Mit einem Plus von 15 % erreichte dieses Land einen Anteil von fast 3 %. Obwohl nach Polen und in die Tschechische Republik 1 bzw. 6 % weniger Waren aus Hessen gelangten, konnten sie ihre Anteile von etwas über 2 % halten. Das Gewicht der letztgenannten beiden Staaten wird dadurch deutlich, dass dorthin jeweils mehr hessische Waren ausgeführt wurden als nach Afrika oder auch in die MERCOSUR- oder ASEAN-Staaten.

Bei den wichtigsten Exportgütergruppen kam es im Vergleichszeitraum zu unterschiedlichen Entwicklungen. Während der Wert der chemischen und pharmazeutischen Erzeugnisse um 3 % auf 8,5 Mrd. Euro stieg, sank derjenige der ausgeführten Maschinen um 11 % auf 4,6 Mrd. Euro.

Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör gingen um 18 % auf 3,2 Mrd. Euro zurück, bei den elektrotechnischen Erzeugnissen betrug das Minus 5 % auf 3 Mrd. Euro, der Wert der Eisen- und Metallwaren ging um 9 % auf 2 Mrd. Euro zurück.

Bei der *Einfuhr*, die sich wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte auf Ebene der Bundesländer nicht mit der Ausfuhr saldieren lässt, ging der Wert im Jahresvergleich um fast 11 % auf 45,5 Mrd. Euro zurück. Hier erreichte der Anteil der EU-Staaten knapp die Hälfte, derjenige der Eurozone etwas über zwei Drittel. Die Einfuhr aus den EU-Staaten insgesamt verringerte sich im Vergleichszeitraum um 12 %, aus der Eurozone um 10,5 %. Besonders starke Rückgänge gab es bei den Einfuhren aus Frankreich (– 23 %), dem Vereinigten Königreich (– 21 %), das mit 4 Mrd. Euro das europäische Hauptherkunftsland blieb, Finnland (– 18 %) sowie Irland und Belgien (jeweils – 13 %). Auch aus Dänemark, den Niederlanden, Portugal, Italien und Österreich, wurden weniger Waren eingeführt. Dagegen gelangten aus Spanien, Schweden, Griechenland und Luxemburg mehr Waren nach Hessen. Ebenso wie bei der EU ging der Wert der Importe aus den EFTA-Staaten zurück, und zwar um 9 %. Ihr Anteil an den gesamten hessischen Einfuhren lag bei gut 4 %. Während die Einfuhr aus den USA um 21 % auf 5,6 Mrd. Euro abnahm, waren es bei Japan – 12 % auf 2,6 Mrd. Euro. Die Anteile dieser Länder an der Einfuhr gingen dadurch auf gut 12 % für die USA und annähernd 6 % für Japan zurück.

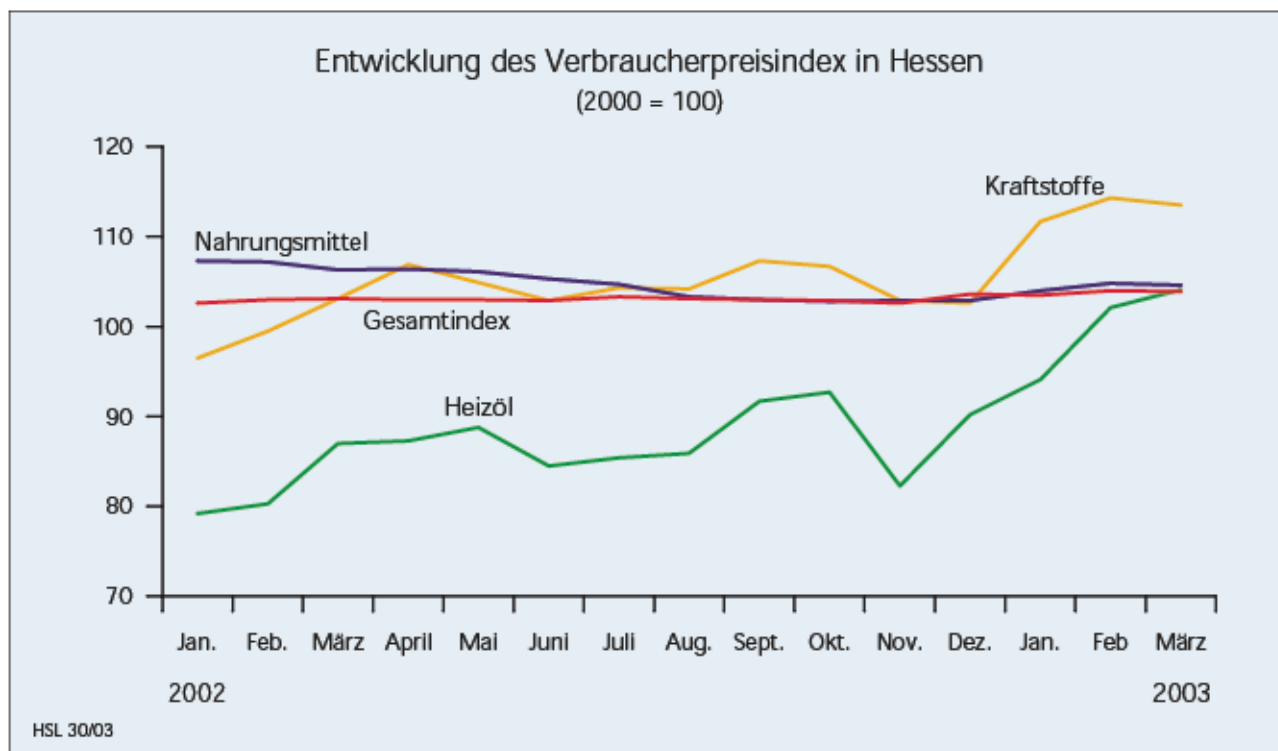
Hauptsächlich wurden Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse sowie Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör aus dem Ausland

nach Hessen eingeführt. Bei allen diesen Gruppen wurden im Jahresvergleich Abnahmeraten beobachtet: Bei Maschinen waren es – 20 % auf 8 Mrd. Euro, bei elektrotechnischen Erzeugnissen – 13 % auf 6,7 Mrd. Euro, bei chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen – 7 % auf 6,3 Mrd. Euro sowie bei Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -zubehör – 18 % auf 6,2 Mrd. Euro.

Ruhige Preisentwicklung

Im Jahr 2002 gab es eine insgesamt ruhige und auf einigen Wirtschaftsstufen sogar rückläufige Preisentwicklung. Die Großhandelsverkaufspreise sowie die landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugerpreise waren 2002 im Durchschnitt niedriger als 2001, die Preise für Neubauleistungen an Wohngebäuden verharrten auf dem gleichen Niveau wie 2001 und die Verbraucherpreise stiegen um nur 1,3 %. Im Jahr 2002 wirkten die Einfuhrpreise beruhigend auf das inländische Preisklima. Der Index der Einfuhrpreise lag im Jahresdurchschnitt 2002 um 2,5 % niedriger als im Vorjahr. Dabei wirkte die Wechselkursentwicklung des Euro entlastend. Lag der Wert des Euro im Jahresdurchschnitt 2001 noch bei 0,90 US-Dollar, waren es im Jahresdurchschnitt 2002 bereits 0,95 US-Dollar. Im November 2002 wurde die Parität zwischen Euro und US-Dollar schließlich erreicht und im Dezember sogar überschritten.

Im Jahr der Euro-Bargeldeinführung stiegen die Verbraucherpreise schwächer als in den beiden Vorjahren. Der auf der Basis 2000 berechnete *Verbraucherpreisindex* für Hessen lag 2002 im Durchschnitt des Jahres um 1,3 % höher als im Jahr davor. 2001 hatte die entsprechende Teuerungsrate



noch 1,7 % und im Jahr 2000 1,5 % betragen. Für den Rückgang der Teuerung war die Preisentwicklung für Nahrungsmittel entscheidend. Im Durchschnitt hatten Nahrungsmittel im Jahr 2002 nur noch um 0,6 % (nach 4,3 % im Jahr 2001) höhere Preise als im Vorjahr. Dabei waren Fleisch und Fleischwaren — die 2001 unter dem Einfluss der Tierseuchen noch um 6,0 % teurer als im Vorjahr gewesen waren — 2002 um 1,7 % billiger. Salat und Gemüse (einschl. Kartoffeln) hatten nach einem Preisanstieg von 2000 auf 2001 um 5,7 % von 2001 auf 2002 einen Preistrückgang um 0,9 % zu verzeichnen. Bei Obst wurde ein Preisanstieg um 7,1 % von einem Preistrückgang um 0,1 % und für Butter ein Preisanstieg um 4,6 % von einem Preistrückgang um 4,4 % abgelöst. Einen dämpfenden Einfluss auf die allgemeine Preisentwicklung hatten die Gaspreise, die 2002 um 7,1 % niedriger als im Vorjahr lagen, und die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (- 0,8 %), nachdem sie von 2000 auf 2001 noch um 19,4 bzw. 19,6 % zugenommen hatten. Entlastend wirkte auch, dass die Rundfunk- und Fernsehgebühren, die 2001 noch um 11,8 % höher als im Vorjahr gewesen waren, sich 2002 nicht mehr änderten. Dagegen zog bei den Wohnungsmieten die Teuerung an. Einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung, stiegen sie von 2001 auf 2002 im Durchschnitt um 1,6 % (nach + 0,7 % von 2000 auf 2001).

Zu Beginn des Jahres 2002 hatte es zeitgleich mit der Euro-Bargeldeinführung einen Preisschub gegeben. Im Januar 2002 war der Preisindex um 2,0 % (nach 1,4 % im Dezember 2001) höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Dieser Anstieg war aber nicht auf die Ablösung der DM durch den Euro, sondern auf Sondereinflüsse zurückzuführen. Zu Beginn des Jahres 2002 hatte es eine Reihe von Steuererhöhungen gegeben. So wurde die Tabaksteuer um 1 Cent je Zigarette, die Mineralölsteuer um 3,1 Cent je Liter Benzin und die Versicherungssteuer um 1 Prozentpunkt angehoben. Hinzu kamen im Januar starke Preiserhöhungen bei Obst, Salat und Gemüse wegen einem ungewöhnlichen Kälteeinbruch im Süden Europas. Im weiteren Verlauf des Jahres 2002 kam es dann zu einer deutlichen Entspannung. Von 2,0 % im Januar sank die am jeweils gleichen Monat des Vorjahres gemessene Teuerung auf 0,9 % im Juni und lag im Dezember schließlich bei 1,2 %. Die Indexentwicklung wurde dabei wesentlich von den Preisen für Heizöl und Kraftstoffe beeinflusst. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre die Teuerung fast kontinuierlich von 2,4 % im Januar auf 0,8 % im Dezember gefallen. Es gab jedoch eine unterschiedliche Preisentwicklung für die Mineralölprodukte. Während Heizöl in allen Monaten des Jahres 2002 außer im Dezember billiger als vor Jahresfrist war, waren Kraftstoff-

Ausgewählte Preisindizes für Hessen und Deutschland

Jahr Monat	Verbraucherpreisindex ¹⁾ (2000 = 100)		Preisindex für Neubauleistungen an Wohngebäuden ¹⁾ (1995 = 100)		Index der Großhandels- verkaufspreise ²⁾ (1995 = 100)		Index der Erzeugerpreise			
							landwirtschaftlicher Produkte ²⁾ (1995 = 100)		gewerblicher Produkte ²⁾ (1995 = 100)	
	in Hessen				in Deutschland ³⁾					
	Indizes	Zunahme in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ⁴⁾
1998 D	97,7 ⁵⁾	1,2	100,0	0,2	99,5	- 2,0	95,6	- 4,9	99,5	- 0,4
1999 D	98,5 ⁵⁾	0,8	100,2	0,2	98,6	- 0,9	89,9	- 6,0	98,5	- 1,0
2000 D	100	1,5	101,4	1,2	104,0	5,5	95,4	6,1	101,8	3,4
2001 D	101,7	1,7	102,4	1,0	105,8	1,7	100,8	5,7	104,9	3,0
2002 D	103,0	1,3	102,4	—	105,7	- 0,1	94,6	- 6,2	104,4	- 0,5
2001 Juni	102,0	2,1	.	.	106,9	3,1	100,3	3,9	105,7	4,3
Juli	102,2	1,9	.	.	106,0	2,2	100,5	3,4	105,2	3,1
August	102,0	1,9	102,5	1,0	105,7	1,5	101,9	4,5	105,1	2,7
September	102,0	1,7	.	.	105,8	- 0,2	102,6	5,0	105,2	1,9
Oktober	101,6	1,5	.	.	105,0	- 1,1	100,9	1,8	104,3	0,6
November	101,5	1,3	102,4	0,7	104,0	- 1,9	100,5	0,3	104,0	0,1
Dezember	102,4	1,4	.	.	104,1	- 1,5	99,8	1,0	103,7	0,1
2002 Januar	102,6	2,0	.	.	105,4	0,2	98,2	2,1	104,3	- 0,1
Februar	103,0	1,8	102,4	0,3	105,6	- 0,5	99,4	0,9	104,4	- 0,3
März	103,1	2,0	.	.	106,5	—	99,7	- 2,9	104,7	- 0,2
April	103,0	1,5	.	.	106,4	- 0,5	96,0	- 6,8	104,6	- 0,8
Mai	103,0	1,2	102,4	—	106,0	- 1,3	94,5	- 8,9	104,6	- 0,9
Juni	102,9	0,9	.	.	105,3	- 1,5	93,7	- 6,6	104,5	- 1,1
Juli	103,3	1,1	.	.	105,2	- 0,8	93,5	- 7,0	104,2	- 1,0
August	103,1	1,1	102,5	—	105,2	- 0,5	93,4	- 8,3	104,1	- 1,0
September	103,0	1,0	.	.	106,1	0,3	94,6	- 7,8	104,3	- 0,9
Oktober	102,9	1,3	.	.	105,9	0,9	94,3	- 6,5	104,6	0,3
November	102,6	1,1	102,2	- 0,2	105,1	1,1	94,8	- 5,7	104,4	0,4
Dezember	103,6	1,2	.	.	105,2	1,1	94,9 p	- 4,9 p	104,6	0,9
2003 Januar	103,5	0,9	.	.	106,7	1,2	106,0	1,6
Februar	104,0	1,0	102,2	- 0,2	107,3	1,6

1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 4) Gegenüber dem Vorjahr bzw. dem jeweiligen Vorjahresmonat. — 5) Originalbasis 1995 umbasiert auf 2000 = 100.

fe schon ab Juli deutlich teurer als im jeweils gleichen Monat des Vorjahres.

Die im Jahresverlauf abnehmende Teuerung ist vor allem auf die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Diese waren im Januar 2002 noch um 5,5 % teurer, im Mai aber schon um 0,6 % und im Dezember schließlich um 1,4 % billiger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Im Einzelnen waren Fleisch und Fleischwaren dabei im Januar noch um 3,2 %, Obst um 6,9 % und Salat und Gemüse (einschl. Kartoffeln) um 17 % teurer als vor Jahresfrist, im Dezember aber um 2,4 %, 1,9 % bzw. 10 % billiger.

Es gab aber im Einzelnen auch Abweichungen von der insgesamt ruhigen Preisentwicklung. So hatten einige Dienstleistungen wie z. B. Friseurleistungen, Chemische Reinigung, Verzehr in Gaststätten und Cafés oder Beherbergungsdienstleistungen im Jahr 2002 deutlich höhere Preise als 2001.

Bei schlechter Umsatz- und Auftragslage konnten im Jahr 2002 keine Preiserhöhungen für den Wohnungsbau durchgesetzt werden. Der noch auf der Basis 1995 berechnete Preisindex für den *Neubau von Wohngebäuden* (ohne Fertighäuser) blieb im Jahr 2002 im Durchschnitt genauso hoch wie 2001. Von 2000 auf 2001 war er noch um 1,0 % gestiegen. Im November 2002 lag er sogar um 0,2 % niedriger als ein Jahr zuvor. Allerdings sind die Preise für den Ausbau von Wohngebäuden weiter gestiegen, während die für den Rohbau sanken. Im Durchschnitt des Jahres waren Ausbauarbeiten 2002 um 1,1 % teurer und Rohbauarbeiten um 1,2 % billiger als 2001. Dabei sind die Preise der für die Erstellung eines Gebäudes besonders wichtigen Mauerarbeiten um 2,7 % und für Beton- und Stahlbetonarbeiten um 0,8 % gesunken, während die für Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen um 2,9 % und für Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsarbeiten um 2,3 % gestiegen sind.

Der Index der *Großhandelsverkaufspreise*⁷⁾ war 2002 um 0,1 % niedriger als 2001. Von 2000 auf 2001 hatte es noch einen Anstieg um 1,7 % und von 1999 auf 2000 um 5,5 % gegeben. Ab September 2002 zog die Teuerung wieder an. Zwar waren die Großhandelsverkaufspreise im Juni noch um 1,5 % niedriger, im September aber schon um 0,3 % und im November und Dezember um jeweils 1,1 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Von August auf September hatte es auch eine Trendwende bei den Mineralölzeugnissen gegeben; bis dahin waren sie billiger, ab September aber wieder teurer als im jeweils gleichen Monat des Vorjahres. Starke preisdämpfende Einflüsse gingen das ganze Jahr über von der Nachrichtentechnik (einschl. Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie elektronischen Bauelementen) aus. Im Durchschnitt des Jahres blieben die Großhandelsverkaufspreise für sie um 5,9 % niedriger als ein Jahr zuvor. Auch Bü-

romaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen sowie Chemische Erzeugnisse hatten in allen Monaten des Jahres 2002 niedrigere Großhandelsverkaufspreise als vor Jahresfrist. Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen waren damit im Durchschnitt des Jahres 2002 um über 35 % billiger als 1995, dem Basisjahr der Preisindexberechnung.

Die *Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte*⁷⁾ waren 2002 um 6,2 % niedriger als im Vorjahr. 2001 hatten sie noch um 5,7 % und 2000 um 6,1 % höher als im jeweiligen Vorjahr gelegen. Die Erzeugerpreise für pflanzliche Produkte gingen dabei von 2001 auf 2002 um 3,5 % und die für tierische Produkte um 7,5 % zurück. Im Einzelnen blieb Getreide dabei in allen Monaten des Jahres 2002 billiger als vor Jahresfrist (im Durchschnitt des Jahres um 10,3 %), während Hackfrüchte in der ersten Hälfte des Jahres teurer, in der zweiten Jahreshälfte aber billiger als jeweils zwölf Monate zuvor waren. Im Durchschnitt lagen die Erzeugerpreise für Hackfrüchte im Jahr 2002 damit genauso hoch wie 2001. Dagegen stiegen die Erzeugerpreise für Schnittblumen und Topfpflanzen von 2001 auf 2002 im Durchschnitt um 7,5 %. Bei den tierischen Produkten gingen vor allem die Preise für Milch zurück. Im Durchschnitt des Jahres waren die Erzeugerpreise für Milch 2002 um 8,7 % niedriger als ein Jahr zuvor, und die Preise für Schlachtvieh sanken um 7,4 %. Demgegenüber waren Eier im Durchschnitt des Jahres 2002 um 2,1 % teurer als im Vorjahr.

Die *Erzeugerpreise gewerblicher Produkte*⁷⁾ (im Inland produzierte und abgesetzte Erzeugnisse) waren 2002 im Durchschnitt des Jahres um 0,5 % niedriger als 2001. Von 2000 auf 2001 hatte es dagegen noch einen Anstieg um 3,0 % und von 1999 auf 2000 um 3,4 % gegeben. In den einzelnen Monaten des Jahres 2002 waren die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte von Januar bis September jeweils niedriger, ab Oktober aber wieder höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Im Dezember 2002 lagen sie schon um 0,9 % höher als vor Jahresfrist. Entscheidend für das Wiederanziehen der Jahresteuierung war ein Basiseffekt: Weil sich die im letzten Quartal 2001 vor allem bei Energie registrierten starken Preisrückgänge in der gleichen Zeit des Jahres 2002 nicht wiederholten, zog die im Jahresvergleich gemessene Teuerungsrate entsprechend an. Nur auf Grund der Preisentwicklung für Energie (die neben Mineralölzeugnissen auch die gewichtige Gruppe „Strom, Gas und Fernwärme“ umfasst) kam es zu einem Rückgang der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte. Ohne die Berücksichtigung von Energie wäre der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 2002 sogar um 0,4 % höher (statt 0,5 % niedriger) als im Vorjahr gewesen. Energie war im Berichtsjahr um 3,2 % billiger als ein Jahr zuvor. Dabei waren Mineralölzeugnisse im Durchschnitt des Jahres 2002 nur um 0,3 %, Strom, Gas und Fernwärme aber um 4,4 % billiger als vor Jahresfrist. Mineralölzeugnisse allein konnten den Index der Erzeuger-

7) Für Deutschland auf der Basis 1995 berechnet.

Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten

Jahr Monat	Durchschnittlicher Bruttoverdienst der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe				Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Angestellten			
	je Stunde		je Monat		im Produzierenden Gewerbe		im Handel ¹⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe ²⁾	
	Euro	Zunahme in % ³⁾	Euro	Zunahme in % ³⁾	Euro	Zunahme in % ³⁾	Euro	Zunahme in % ³⁾
Männer								
2001 Oktober	15,31	0,5	2 519	0,2	3 876	2,4	3 415	4,4
D ⁴⁾	15,36	1,0	2 520	0,8	3 843	2,3	3 380	4,4
2002 Januar	15,35	0,3	2 488	0,3	3 890	2,5	3 675	5,1
April	15,48	0,4	2 526	-0,0	3 915	2,5	3 699	4,4
Juli	15,63	1,6	2 570	1,4	3 959	2,9	3 730	4,1
Oktober	15,72	2,7	2 578	2,3	3 964	2,3	3 757	4,2
D ⁴⁾	15,59	1,5	2 551	1,2	3 941	2,6	3 725	4,3
Frauen								
2001 Oktober	11,70	1,6	1 885	1,1	2 892	3,1	2 649	4,2
D ⁴⁾	11,66	1,5	1 883	1,4	2 863	3,1	2 617	4,1
2002 Januar	11,68	1,6	1 886	1,2	2 913	3,1	2 796	5,3
April	11,81	1,9	1 898	1,3	2 939	3,5	2 784	3,7
Juli	11,99	2,1	1 935	1,9	2 972	3,7	2 823	3,9
Oktober	12,03	2,8	1 937	2,8	2 991	3,4	2 860	4,3
D ⁴⁾	11,92	2,2	1 920	2,0	2 963	3,5	2 823	4,2
Männer und Frauen								
2001 Oktober	14,86	0,7	2 438	0,3	3 618	2,6	3 095	4,3
D ⁴⁾	14,89	1,0	2 438	0,8	3 586	2,5	3 060	4,2
2002 Januar	14,87	0,5	2 409	0,4	3 637	2,8	3 323	5,3
April	15,02	0,6	2 446	0,1	3 664	2,9	3 331	4,3
Juli	15,18	1,7	2 490	1,5	3 700	3,1	3 366	4,2
Oktober	15,26	2,7	2 498	2,5	3 710	2,5	3 403	4,5
D ⁴⁾	15,13	1,6	2 471	1,4	3 687	2,8	3 365	4,5

1) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 2) Wegen eines Berichtskreiswechsels sind die Ergebnisse im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe ab Januar 2002 nicht unmittelbar mit denen bis Oktober 2001 vergleichbar. Bei der Ermittlung des Verdienstanstiegs von 2001 auf 2002 sind Störungen durch den Berichtskreiswechsel jedoch rechnerisch ausgeschaltet worden. Dies erfolgte mit Korrekturfaktoren, die aus einer Doppelbefragung des alten und neuen Berichtskreises im Oktober 2001 gewonnen worden sind. — 3) Jeweils gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. — 4) Durchschnitt aus den Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober.

preise gewerblicher Produkte im Jahr 2002 nur wenig beeinflussen. Ohne sie wäre der Gesamtindex im Jahr 2002 nur um 0,4 % statt um 0,5 % niedriger als im Vorjahr gewesen.

Bruttoverdienste stärker als Nettoverdienste gestiegen

Von 2001 auf 2002 stiegen die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer erstmals seit 1997 (bei Familien mit zwei Kindern erstmals seit 1998) stärker als die Nettoverdienste. Die vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten in der hessischen Industrie, in der Energie- und Wasserversorgung sowie im Hoch- und Tiefbau (Produzierendes Gewerbe ohne Handwerk) verdienten 2002 im Durchschnitt einschl. aller Zulagen und Zuschläge 2935 Euro *brutto pro Monat*. Einmalige Zahlungen wie Weihnachtsgeld, Gratifikationen oder 13. Monatsgehalt sind hierin allerdings nicht enthalten. Der Bruttomonatsverdienst war damit um 2,2 % höher als ein Jahr zuvor. Im Jahr 2001 hatte der entsprechende Anstieg noch 1,4 % betragen. Nach Modellrechnungen blieben einem verheirateten Arbeitnehmer mit nicht berufstätigem Ehepartner und zwei Kindern im Jahr 2002 von diesem Bruttoverdienst 2010 Euro *netto pro Monat* übrig. Das waren 1,5 % mehr als im Vorjahr. Für einen allein stehenden

Arbeitnehmer ohne Kinder errechnet sich für das Jahr 2002 ein Nettomonatsverdienst von 1632 Euro, ein Plus von 1,0 % gegenüber 2001. Der Anstieg war damit deutlich niedriger als von 2000 auf 2001, als der Nettoverdienst für das erwähnte Ehepaar mit zwei Kindern noch um 2,8 % und für den allein stehenden Arbeitnehmer um 3,9 % zugenommen hatte. Bei diesen Modellrechnungen sind Steuern und Sozialversicherungsbeiträge von den Bruttoverdiensten abgezogen worden. Die unterschiedliche Entwicklung von Brutto- und Nettoverdiensten von 2001 auf 2002 ist vor allem auf eine leicht steigende Belastung bei der Lohnsteuer und den gestiegenen Beitragssatz zur Krankenversicherung (AOK-Hessen) zurückzuführen. Andererseits hat sich für das Ehepaar mit zwei Kindern bei dem erwähnten durchschnittlichen Bruttoverdienst die Kirchensteuer mehr als halbiert. Da die Verbraucherpreise in Hessen im Jahr 2002 um 1,3 % höher waren als 2001, ergibt sich damit für das Ehepaar mit zwei Kindern unter Berücksichtigung dieser Preisentwicklung real ein Anstieg des Nettoverdienstes um 0,1 % und für den allein stehenden Arbeitnehmer ein Rückgang um 0,3 %.

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe stieg das durchschnittliche *Bruttomonatsgehalt* der männlichen und

weiblichen Angestellten von 2001 auf 2002 um 5,1 %⁸⁾ auf 3714 Euro. Im Handel sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (ohne Handwerk) nahm es um 3,5 %⁸⁾ auf 3083 Euro zu.

Insolvenzen steigen weiter kräftig — in Hessen erstmals mehr als 5000 Insolvenzen

Im Jahr 2001 war es zu einer erheblichen Abschwächung des Welthandels gekommen, sodass der Export im Vergleich zum Jahr 2000 nur noch mäßig zulegen konnte. Auf Grund seiner hohen Exportabhängigkeit war Deutschland von den retardierenden Kräften relativ stark betroffen und die deutsche Wirtschaft schlingerte im Jahr 2001 am Rande einer Rezession. Die allgemein zu beobachtende Belebung der Weltwirtschaft wirkte sich im Jahr 2002 sehr zögerlich auf die Volkswirtschaften des Euro-Raums aus, denn insbesondere die Binnennachfrage verharrte hier, bei gedrückter Konsumstimmung, leicht verschlechterter Lage auf dem Arbeitsmarkt und einem inflationsbedingten Kaufkraftentzug, auf niedrigem Niveau. Auf Grund der steigenden Auslandsnachfrage deutete sich in Deutschland zunächst eine Überwindung der rezessiven Entwicklungen des Jahres 2001 an, die sich aber bei rückläufigen Privaten Konsumausgaben und schrumpfender Binnennachfrage im Verlauf des Jahres 2002 doch nicht einstellte.

Obgleich der Zusammenhang der *Unternehmensinsolvenzen* zur konjunkturellen Entwicklung durch prozessuale (insbesondere Timelags zwischen Marktschwäche, Illiquidität und Insolvenz der Unternehmen), monetäre (Kreditkonditionen, Refinanzierungsmöglichkeiten) und strukturelle (Branchenzugehörigkeit, Alter und Rechtsform der Unternehmen) Faktoren keineswegs stringent ist, bleibt das globale wirtschaftliche Hintergrundscenario nicht ganz ohne Einfluss auf das Insolvenzgeschehen in Hessen. Im Vergleich der Veränderungen der Unternehmensinsolvenzen des Jahres 2002 zum Vorjahr sind allerdings auch die Auswirkungen der Reform des Insolvenzrechts, die zum Ende des Jahres 2001 in Kraft getreten ist und die im weiteren bei der Darstellung der Ergebnisse der Insolvenzstatistik für den Bereich der „Übrigen Schuldner“ noch etwas ausführlicher erläutert werden, zu berücksichtigen. So ist es im Jahr 2002, nachdem es in den Jahren 1998 bis 2000 noch Rückgänge der Unternehmensinsolvenzen gegeben hatte (1998: – 1,7 %, 1999: – 5,2 %, 2000: – 1,6 %) und im Jahr 2001 die Zahl der Insolvenzen hessischer Unternehmen um 165 oder 9,0 % auf genau 2000 angestiegen war, zu einer weiteren, noch etwas kräftigeren Zunahme der Insolvenzen hessischer Unternehmen gekommen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nahm in Hessen im Jahr 2002 um 230 oder 11,5 % auf 2230

⁸⁾ Wegen eines Berichtskreiswechsels sind die Ergebnisse ab 2002 nicht mehr unmittelbar mit denen für die Vorjahre vergleichbar. Bei der Ermittlung des Verdienstanstiegs von 2001 auf 2002 sind Störungen durch den Berichtskreiswechsel jedoch rechnerisch ausgeschaltet worden. Dies erfolgte mit Korrekturfaktoren, die aus einer Doppelbefragung des alten und neuen Berichtskreises im Oktober 2001 gewonnen worden sind.

Entwicklung der Insolvenzen¹⁾ in Hessen 1992 bis 2002

Jahr	Insolvenzen insgesamt	davon	
		Unternehmensinsolvenzen	Übrige Schuldner
1992	1 340	952	388
1993	1 769	1 290	479
1994	2 047	1 516	531
1995	2 283	1 734	549
1996	2 479	1 963	516
1997	2 615	2 001	614
1998	2 505	1 967	538
1999	2 406	1 864	542
2000	2 824	1 835	989
2001	3 220	2 000	1 220
2002 ²⁾	5 122	2 230	2 892

1) 1992 bis 1998: Konkurse und Vergleiche nach der Konkurs- und Vergleichsordnung; 1999 bis 2002: Insolvenzen nach der Insolvenzordnung. — 2) Änderung der Insolvenzordnung durch das Insolvenzrechtsänderungsgesetz zum 1.12.2001: Regelinsolvenzverfahren für alle ehemaligen oder noch aktiven wirtschaftlich selbstständig Tätigen; Option zur Stundung der Verfahrenskosten für Verbraucher.

zu. Während des Jahres 2002 hatte sich die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen bis in die zweite Jahreshälfte hinein deutlich beschleunigt. Vom jeweiligen Quartalsbeginn waren bis Ende März 3,7 %, Ende Juni 10,7 % und Ende September 24,7 % mehr Unternehmensinsolvenzen als im jeweiligen Vierteljahr des Vorjahres zu registrieren. Demgegenüber beruhigte sich im vierten Quartal des Jahres 2002 — bei 581 Insolvenzanträgen gegen Unternehmen, 41 Anträgen oder 7,6 % mehr als im letzten Quartal des Jahres 2001 — die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen wieder etwas.

Nach den Ergebnissen der Insolvenzstatistik des Jahres 2002 aller Statistischer Landesämter haben die Unternehmensinsolvenzen in Deutschland insgesamt etwas stärker zugenommen als in Hessen. Sie nahmen bundesweit um 5301 oder 16,4 % auf 37 600 zu. Damit konnte sich Hessen zwar nicht dem Sog der allgemeinen Entwicklung entziehen, hebt sich aber mit seiner mit 11,5 % unterdurchschnittlichen Zunahme bei den Zahlen über die wirtschaftlichen Zusammenbrüche von Unternehmen auch weiterhin positiv von den großen Flächenländern im Süden und Westen der Republik ab.

Von zunehmenden Unternehmensinsolvenzen war in Hessen die Mehrzahl der Wirtschaftsbereiche, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, betroffen. Die stärkste Belebung des Insolvenzgeschehens war tendenziell bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen und in konsumnahen Wirtschaftszweigen zu beobachten. Die Bereiche „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“, haben mit einer Erhöhung um 55 auf 582 Insolvenzen (+ 10 %), und „Handelsvermittlung und Großhandel“, mit einer Zunahme um 50 auf 166 Insolvenzen (+ 43 %), absolut am kräftigsten zu dem Wiederanstieg der Unternehmensinsolvenzen beigetragen. Im Handel auf der Stufe der Endverbraucher waren es zum einen der Kraftfahr-

Insolvenzen¹⁾

Wirtschaftsbereich	2000	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-) 2002/2001 in %
Land- und Forstwirtschaft	32	26	25	- 3,8
Fischerei und Fischzucht	—	—	—	—
Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	1	1	1	0,0
Energie- und Wasserversorgung	—	—	1	—
Verarbeitendes Gewerbe	222	254	294	15,7
Baugewerbe	416	436	448	2,8
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz. u. Gebrauchsgütern darunter	374	366	467	27,6
Kfz.-Handel, Instandhaltung und Rep. von Kfz., Tankstellen;	59	36	62	72,2
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz.)	112	116	166	43,1
Einzelh. (ohne Handel mit Kfz., Tankst.), Rep. von Gebrauchsgütern	203	214	239	11,7
Gastgewerbe	139	126	116	- 7,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	109	157	145	- 7,6
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	17	14	24	71,4
Grundstücks-, Wohnungswesen, Dienstleistungen f. Unternehmen	424	527	582	10,4
Erziehung und Unterricht	8	6	3	- 50,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	38	38	57	50,0
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	55	49	67	36,7
Unternehmen z u s a m m e n	1 835	2 000	2 230	11,5
Übrige Schuldner	989	1 220	2 892	137,0
davon				
Verbraucher	698	873	1 202	37,7
ehemals wirtschaftlich selbstständig Tätige ²⁾	—	—	514	—
sonstige natürliche Personen ³⁾ , Nachlässe	291	347	1 176	238,9
Insolvenzen i n s g e s a m t	2 824	3 220	5 122	59,1

1) Auf Grund der Änderungen der Insolvenzordnung durch das Insolvenzrechtsänderungsgesetz zum 1.12.2001 (Regelinsolvenzverfahren für alle ehemaligen oder noch aktiven wirtschaftlich selbstständig Tätigen; Option zur Stundung der Verfahrenskosten für Verbraucher) ist der Vergleich der Daten des Jahres 2002 zu den Vorjahren nur eingeschränkt, bei den "Übrigen Schuldnern" sogar nur sehr eingeschränkt möglich. — 2) Nachweis erst infolge des Insolvenzrechtsänderungsgesetz ab Januar 2002 möglich. — 3) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter.

zeughandel⁹⁾, mit 62 insolventen Unternehmen (+ 26, + 72 %), zum anderen der Einzelhandel¹⁰⁾ mit 239 insolventen Unternehmen (+ 25, + 12 %), die deutlich mehr Insolvenzen aufzuweisen hatten als im Vorjahr.

Auch gegen bzw. für Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe (hier wurden mit 294 Insolvenzen 40 (+ 16 %) mehr gemeldet als im Jahr 2001) wurden wiederum zahlreicher als im Vorjahr Insolvenzanträge gestellt.

Rückläufig waren die Insolvenzzahlen dagegen insbesondere im Gastgewerbe, mit einer Abnahme um 10 auf 116 Insolvenzen (- 7,9 %), und im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, mit einer Abnahme um 12 auf 145 Insolvenzen (- 7,6 %).

Von den 2230 hessische Unternehmen betreffenden Insolvenzen des Jahres 2002 führten 1263 oder 57 % auch zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Mit dieser neuerlichen und deutlichen Erhöhung des Anteils der eröffneten Insolvenzverfahren an der Zahl der insgesamt beantragten Unternehmensinsolvenzen hat sich die, mit der ab dem 1.1.1999 in Kraft getretenen neuen Insolvenzordnung intendierten, Anhebung der Eröffnungsquote weiter fortgesetzt. Im langjährigen Durchschnitt der Jahre vor dem In-Kraft-Treten der

neuen Insolvenzordnung hatte die Eröffnungsquote nur bei 25 % gelegen. Schon im Jahr 1999 war sie auf 33 % gestiegen, erreichte im Jahr 2000 die 40-Prozent-Marke, die sie im Jahr 2001 mit 47 % überschritten hatte.

Während aus der Entwicklung der reinen Fallzahlen der Insolvenzen von Unternehmen in Hessen also nicht nur negative Aspekte herauszulesen sind, haben die bei den Insolvenzgerichten angemeldeten Forderungen der Gläubiger — und damit die absehbaren, rein materiellen Schäden aus den Unternehmenszusammenbrüchen — stark zugenommen.

In den 2230 Insolvenzen hessischer Unternehmen im Jahr 2002 standen voraussichtliche Forderungen in Höhe von rund 4,4 Mrd. Euro zur Auseinandersetzung an. Das waren rund 1,9 Mrd. Euro oder 176 % mehr als im Vorjahr. Zu dem kräftigen Anstieg der Insolvenzforderungen haben zu einem guten Teil auch Zusammenbrüche größerer Unternehmen beigetragen. Die höchsten Forderungssummen, die in vier Einzelverfahren beim Insolvenzgericht Darmstadt zur Auseinandersetzung gelangten, beliefen sich im Jahr 2002 auf Beträge zwischen 330 Mill. und fast 370 Mill. Euro.

Von den gesamten Unternehmensinsolvenzen des Jahres 2002 richteten sich 1390 oder 62 % gegen reine Kapitalgesellschaften; das waren 121 oder 10 % mehr als im Vorjahr. Auch bei den Unternehmensformen mit persönlichen Schuldverhältnissen, für die die neue Insolvenzordnung

9) Einschl. der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und einschl. Tankstellen.

10) Einschl. der Reparatur von Gebrauchsgütern; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen.

durch das Institut der Restschuldbefreiung Vorteile zu bieten vermag, kam es zu einem Anstieg der Insolvenzen. Ihre Zahl hat nach 732 im Jahr 2001 auf 840 im Jahr 2002 zugenommen (+ 15 %).

Stark belebt zeigte sich im Jahr 2002 das Insolvenzgeschehen bei den natürlichen Personen, Nachlässen und anderen, nichtkommerziellen Institutionen, die man, in Abgrenzung zu dem das Insolvenzgeschehen wirtschaftlich dominierenden Unternehmensbereich, zusammenfassend als „Übrige Schuldner“ bezeichnet. Hier wurden im Jahr 2002 nahezu 2892 Insolvenzen von „*Übrigen Schuldner*“ verzeichnet, 1672 oder 137 % mehr als im Jahr 2001. Diese gravierende Zunahme der Insolvenzen ist wesentlich auf die Reform des Insolvenzrechts zum Jahresende 2001 zurückzuführen, die sich insbesondere auf die Insolvenzzahlen natürlicher Personen auswirkte (+ 1158). Seit 1. Dezember 2001 können natürliche Personen, auch wenn sie mittellos sind, ein Insolvenzverfahren beantragen, da ihnen nunmehr die Möglichkeit zur Stundung der Verfahrenskosten eröffnet wurde. Bis zu dieser Reform scheiterten sehr viele private Schuldner bei dem Versuch sich über das Insolvenzrecht eine neue wirtschaftliche Basis zu schaffen bereits an der Hürde der Verfahrenskosten. So haben aktuell zu der hohen Zahl von Insolvenzverfahren „Übriger Schuldner“ insbesondere 1202 Verbraucherinsolvenzen beigetragen. Dies waren 329 oder fast 38 % mehr als im Jahr 2001. Im Jahr 1999 hatten erst 171 Personen die neue Option des Insolvenzrechts zur formalen Klärung und Bereinigung ihrer Illiquidität genutzt.

Im Jahr 2002 konnten von den 2892 Insolvenzverfahren von „Übrigen Schuldner“ 2406 oder 83 % eröffnet werden (2001: 60 %). Noch günstiger verlief die Entwicklung bei den Verbraucherinsolvenzen: Von den 1202 durch die hessischen Insolvenzgerichte im Jahr 2002 behandelten Anträgen wurden 1111 (92 %) zur Verfahrenseröffnung angenommen, und in weiteren 53 Fällen (4 %) fanden die eingereichten

Schuldenbereinigungspläne die Zustimmung der Gläubiger, sodass letztlich nur in 3 % der Verbraucherinsolvenzen eine Verfahrenseröffnung mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Insolvenzmasse abgelehnt werden musste.

In den 2892 Insolvenzverfahren „Übriger Schuldner“ standen Forderungen in Höhe von 568 Mill. Euro zur Auseinandersetzung an, in jedem der Insolvenzverfahren also durchschnittlich rund 200 000 Euro. Herausragender Insolvenzfall bei den „Übrigen Schuldner“ war im Jahr 2002 die Insolvenz eines privaten Verbrauchers, gegen den aus vorheriger unternehmerischer Tätigkeit ein Forderungsvolumen in Höhe von nahezu 35 Mill. Euro vor dem Insolvenzgericht Marburg zu verhandeln war.

Insgesamt ist die Zahl der Insolvenzen in Hessen im Jahr 2002 mit 5122 erstmals auf über 5000 angestiegen. Waren 1998 und 1999 jeweils noch Rückgänge der Gesamtzahl der Insolvenzen zu verzeichnen, so nahmen diese — unter dem besonderen Einfluss der Entwicklung der Insolvenzen von „Übrigen Schuldner“ auf Grund des seit 1999 geltenden neuen Insolvenzrechts — von 1999 auf 2000 um 418 (+ 17 %) und von 2000 auf 2001 um 396 (+ 14 %) zu. Die neuerliche Änderung des Insolvenzrechts zum Dezember 2001 beschleunigte nunmehr diese Entwicklung steigender Insolvenzzahlen „Übriger Schuldner“ und führte ganz wesentlich zu dem kräftigen Anstieg der Gesamtzahl der Insolvenzen um 1902 (+ 59 %) im Jahr 2002.

Rückgang der Gewerbeanzeigen auch im Jahr 2002

Bei den hessischen Gewerbeämtern gingen im Jahr 2002 nur noch 133 300 Gewerbemeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe) ein, das waren 1213 oder fast 1 % weniger als im Vorjahr. Seit dem Jahr 1998 mit der bislang höchsten Zahl von Meldungen setzte sich der Rückgang damit kontinuierlich fort. Gut 12 % oder fast 16 300 der Gewerbemeldungen waren *Ummeldungen*. Sie erhöhten sich

An- und Abmeldungen von Gewerbetreibenden¹⁾ 2001 und 2002 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsberich	Anmeldungen					Abmeldungen				
	2001		2002		Zu- bzw. Abnahme (-) in %	2001		2002		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Land- und Forstwirtschaft	751	1,2	752	1,2	0,1	700	1,2	695	1,2	- 0,7
Verarbeitendes Gewerbe	2 356	3,7	2 190	3,6	- 7,0	2 550	4,5	2 356	4,2	- 7,6
Baugewerbe	4 022	6,3	4 235	6,9	5,3	4 117	7,2	4 341	7,8	5,4
Handel ²⁾	18 099	28,4	18 112	29,6	0,1	18 513	32,4	18 342	32,8	- 0,9
Gastgewerbe	4 671	7,3	4 711	7,7	0,9	4 749	8,3	4 649	8,3	- 2,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 452	5,4	3 228	5,3	- 6,5	3 553	6,2	3 253	5,8	- 8,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 448	5,4	3 195	5,2	- 7,3	2 703	4,7	2 812	5,0	4,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	20 449	32,1	17 880	29,3	- 12,6	15 359	26,9	14 179	25,3	- 7,7
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	4 696	7,4	5 250	8,6	11,8	3 839	6,7	4 321	7,7	12,6
Übrige Wirtschaftszweige ⁵⁾	1 697	2,7	1 560	2,6	- 8,1	1 063	1,9	1 017	1,8	- 4,3
Insgesamt	63 641	100	61 113	100	- 4,0	57 146	100	55 965	100	- 2,1

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 3) So wie Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. — 4) Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen. — 5) Zusammenfassung der Abschnitte B Fischerei und Fischzucht, C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, E Energie- und Wasserversorgung, M Erziehung und Unterricht und N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.

im Vergleich zum Vorjahr um 18 %. Die An- und die Abmeldungen gingen dagegen weiter zurück, und zwar die **Anmeldungen** um 4,0 % auf 61 100 und die **Abmeldungen** um 2,1 % auf 56 000. Per saldo gab es somit im Jahr 2002 fast 5150 Menschen mehr, die sich mit der Ausübung eines Gewerbes befassen. Dieser Wert lag damit wie bereits 1999 unter dem Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre.

Auch die Struktur der An- und Abmeldungen hat sich in den letzten beiden Jahren nur wenig verändert. Bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl der Meldungen entfielen in 2002 (wie schon im Jahr 2001) auf die Neuerrichtung eines Gewerbes 23 % und auf die teilweise bzw. vollständige Geschäftsaufgabe 19 % (18 % in 2001).

Bei den Gewerbeanmeldungen blieben der Handel und der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen (einschl. Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) die beiden bedeutendsten Wirtschaftsbereiche. Auf das Grundstücks- und Wohnungswesen entfielen gut 29 % und auf den Handel fast 30 % aller Anmeldungen. Den stärksten Bedeutungszuwachs erfuhren die Sonstigen Dienstleistungen, deren Anteil im Vorjahresvergleich von 7,4 auf 8,6 % anstieg und die damit gegenüber dem Gastgewerbe ihren dritten Rang behaupteten. Ursache dafür war der deutliche Anstieg der Anzahl der Gewerbeanmeldungen um 12 %. Im Baugewerbe erhöhten sich die Anmeldungen um gut 5 %, im Gast-

gewerbe um 0,9 %. In den meisten Wirtschaftsbereichen stagnierte jedoch die Anzahl der Anmeldungen oder ging sogar zurück: Im Grundstück- und Wohnungswesen um 13 %, in den übrigen Wirtschaftszweigen um 8,1 %, im Kredit- und Versicherungsgewerbe um 7,3 %, im Verarbeitenden Gewerbe um 7,0 % und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung um 6,5 %.

Bei den Gewerbeabmeldungen verlief die Entwicklung etwas anders: Im Bereich Sonstige Dienstleistungen nahmen sie um 13 % zu, im Baugewerbe um 5,4 % und im Kredit- und Versicherungsgewerbe um 4,0 %. In den anderen Wirtschaftsbereichen nahmen die Gewerbeabmeldungen gegenüber dem Vorjahr ab.

Nimmt man die Differenz zwischen An- und Abmeldungen als Maß für die wirtschaftliche Aktivität, so hat diese sich im Berichtsjahr weiter verringert. Der Zuwachs an Gewerbetreibenden verringerte sich insgesamt um 1347 auf 5148. Mehr Aktivitäten gab es im Gastgewerbe, wo der Saldo vom Jahr 2002 mit 62 um 140 höher lag als der noch negative Saldo vom Jahr 2001. Ebenso weiter gestiegen sind die Aktivitäten bei den sonstigen Dienstleistungen um 72 auf 929. Im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung verbesserte sich die Lage nur insoweit, als sich der negative Saldo verringerte.

In den übrigen Wirtschaftszweigen errechnet sich ein niedrigerer Saldo als im Vorjahr, und zwar im Dienstleistungsbereich um fast 1390 und im Kredit- und Versicherungsgewerbe um 362.

Bei der Betrachtung der An- und Abmeldungen nach der Art der Meldung fällt auf, dass sich die meisten An- bzw. Abmeldungen mit über 55 % bzw. über 57 % auf die Kleingewerbetreibenden beziehen, die wirtschaftlich keine große Bedeutung haben. Neben den Verlagerungen und den Übernahmen/Übergaben von Betrieben entfielen nur knapp 23 % aller Anmeldungen auf echte Betriebsneugründungen und nur knapp 19 % auf die Aufgabe echter Betriebe. Saldiert man die echten Neugründungen mit den echten Betriebsaufgaben, so hat sich die Zahl der Betriebe im Jahr 2002 um 3250 erhöht. Dieser Zuwachs war um fast 1100 niedriger als im Vorjahr.

Bei der Struktur der Gewerbeanzeigen nach der Rechtsform blieb die Dominanz der Einzelunternehmung auch im Jahr 2002 erhalten. Über 76 % der Anmeldungen und 78 % der Abmeldungen entfielen auf diese Rechtsform. Sie trug damit auch zu mehr als der Hälfte zum Zuwachs bei den Gewerbetreibenden bei, wobei es sich hierbei allerdings überwiegend um Kleingewerbetreibende handelt. Mit über 14 % der Anmeldungen und fast 13 % der Abmeldungen lagen die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) auf dem zweiten Rang. Per saldo entstanden 2002 in Hessen fast 1700 neue GmbHs, das war ein Drittel des Zuwachses an Be-

Gewerbemeldungen¹⁾ 2001 und 2002
nach Art der Meldung

Art der Meldung	2001		2002		Zu- bzw. Abnahme (-) gegen- über Vorjahr in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Anmeldungen					
Echte Neuerrichtungen	14 465	22,7	13 818	22,6	- 4,5
Kleingewerbetreibende ²⁾	34 828	54,7	33 945	55,5	- 2,5
Verlagerungen	4 948	7,8	5 024	8,2	1,5
Übernahmen	9 400	14,8	8 326	13,6	- 11,4
Insgesamt	63 641	100	61 113	100	- 4,0
Abmeldungen					
Aufgabe echter Betriebe	10 124	17,7	10 568	18,9	4,4
Kleingewerbetreibende ³⁾	32 654	57,1	32 187	57,5	- 1,4
Verlagerungen	4 862	8,5	5 481	9,8	12,7
Übernahmen ⁴⁾	9 506	16,6	7 729	13,8	- 18,7
Insgesamt	57 146	100	55 965	100	- 2,1
Salden ⁵⁾					
Echte Betriebe	4 341	x	3 250	x	x
Kleingewerbetreibende	2 174	x	1 758	x	x
Verlagerungen	86	x	- 457,0	x	x
Übernahmen/Übergaben	- 106,0	x	597	x	x
Insgesamt	6 495	x	5 148	x	x

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Neuerrichtung als Nebentätigkeit und sonstige Neuerrichtung. — 3) Aufgabe eines Kleingewerbetreibenden oder einer Nebentätigkeit. — 4) Aufgabe oder teilweise Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes. — 5) Mehr bzw. weniger (-) Anmeldungen als Abmeldungen.

**An- und Abmeldungen von
Gewerbetreibenden¹⁾ 2002 nach Rechtsform und
Staatsangehörigkeit des Inhabers**

Rechtsform Staatsangehörigkeit	Anmeldungen		Abmeldungen		Mehr bzw. weniger (-) An- als Abmel- dungen
	Anzahl	%	Anzahl	%	
OHG	270	0,4	287	0,5	- 17
KG	205	0,3	258	0,5	- 53
GmbH & Co. KG	1 257	2,1	829	1,5	428
GbR	3 099	5,1	3 142	5,6	- 43
AG, KGaA	415	0,7	357	0,6	58
GmbH	8 677	14,2	6 986	12,5	1 691
Übrige Rechtsform	524	0,9	467	0,8	57
Einzelunternehmen	46 666	76,4	43 639	78,0	3 027
davon nach Staatsange- hörigkeit des Inhabers					
deutsch	39 027	83,6	36 894	84,5	2 133
französisch	101	0,2	90	0,2	11
griechisch	470	1,0	439	1,0	31
italienisch	861	1,8	840	1,9	21
niederländisch	90	0,2	80	0,2	10
spanisch	111	0,2	116	0,3	- 5
türkisch	2 272	4,9	2 055	4,7	217
übriges Europa	1 965	4,2	1 567	3,6	398
Afrika	309	0,7	232	0,5	77
Amerika	243	0,5	212	0,5	31
Asien	1 102	2,4	885	2,0	217
fehlende Angaben	71	0,2	185	0,4	- 114
ungeklärte o. sonstige Staatsangehörigkeit	44	0,1	44	0,1	—
Insgesamt	61 113	100	55 965	100	5 148

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

trieben insgesamt. Die drittbeliebteste Rechtsform war die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die ebenfalls eher von Kleingewerbetreibenden bevorzugt wird. Die Entwicklung in diesem Bereich war allerdings rückläufig; es gab 43 bzw. 1 % mehr Ab- als Anmeldungen. Die Zahl der Betriebe mit der Rechtsform GmbH & Co. KG erhöhte sich dagegen per saldo um 428 oder anteilig 8,3 %, obwohl auf sie nur 2,1 % der Anmeldungen und 1,5 % der Abmeldungen entfielen.

Leider lässt sich die wirtschaftliche Bedeutung einer Betriebsgründung nicht aus den Angaben der Statistik der Gewerbeanzeigen ablesen. Zu den wirtschaftlich eher bedeutenden Betrieben zählen aber sicherlich die mit der Rechtsform Aktiengesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft auf Aktien. Hiervon gab es im Jahr 2002 in Hessen 415 Anmeldungen und 357 Abmeldungen, woraus sich ein Zuwachs von 58 (anteilig 1,1 %) ergibt. Die anderen Rechtsformen wie Offene Handelsgesellschaft (OHG) und Kommanditgesellschaft (KG) spielen von den Fallzahlen her eine noch geringere Rolle.

Für die Einzelunternehmen lassen sich Aussagen über die Staatsangehörigkeit der Inhaber(innen) gewinnen. So lag der Anteil der Nichtdeutschen bei den Anmeldungen bei über 16 % und bei den Abmeldungen bei knapp 16 %.

Diese Anteilswerte lagen 2 bzw. 1 Prozentpunkt(e) über dem entsprechenden Bevölkerungsanteil. Eine gegenüber der übrigen Bevölkerung überdurchschnittliche Gewerbeaktivität konzentrierte sich auf bestimmte Nationalitäten: So lag dieser Anteil bei Türken um 6,5 Prozentpunkte, bei Asiaten und Italienern um 2,6 Prozentpunkte höher.

Wirtschaftsbereiche

Umsatzrückgang im Verarbeitenden Gewerbe — verstärkter Beschäftigungsabbau

Das hessische Verarbeitende Gewerbe musste im Jahr 2002 den stärksten Umsatzrückgang seit neun Jahren hinnehmen. Dafür war allein die schwache Binnennachfrage verantwortlich, die seit Jahren — nur im Jahr 2001 gab es eine geringe Zunahme — rückläufig ist. Dagegen legte das Auslandsgeschäft nochmals zu, sodass die Exportquote, d. h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, weiter auf 39,5 % anstieg. Die Rationalisierungsbemühungen führten zu einem weiteren verstärkten Beschäftigungsabbau, der fast alle Branchen erfasste und im Jahresverlauf noch zunahm. Der im Jahresdurchschnitt deutliche Rückgang der Auftragseingänge ist vor allem auf das sehr schlechte erste Quartal zurückzuführen. Allerdings enttäuschte nach einem leichten Aufwärtstrend im zweiten und dritten Quartal das letzte Vierteljahr mit einem erneuten Rückgang, sodass die Erwartungen für das Jahr 2003 eher gedämpft sind.

Die Zahl der *Beschäftigten* des Verarbeitenden Gewerbes lag 2002 im Jahresdurchschnitt mit 444 000 um 14 400 oder 3,1 % niedriger als im Jahr zuvor. Der Rückgang fiel höher aus als in den Jahren seit 1998. Seit 1995 sind knapp 16 % der Arbeitsplätze verlorengegangen oder in den Dienstleistungssektor ausgegliedert worden. Wegen der fehlenden Auftriebskräfte im Jahr 2002 lag der Rückgang zum Jahresende mit 3,5 % deutlich höher als im Januar mit 2,0 %. Die beschäftigungsstärkste Branche blieb auch im Jahr 2002 mit 62 700 Mitarbeitern die Chemische Industrie. Der Rückgang von 2,5 % im Vergleich zum Vorjahr überzeichnet allerdings die reale Entwicklung der Branche, die durch eine Betriebsverlagerung stark beeinflusst war. Die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen — mit 26 200 Beschäftigten der größte Teilbereich der Chemischen Industrie — erhöhte ihren Personalbestand um 1,4 %. Dagegen gab es bei den Herstellern von chemischen Grundstoffen einen Rückgang um 2,3 % auf 20 500 Mitarbeiter. Der hessische Maschinenbau reduzierte 2002 seine Beschäftigtenzahl um 2,5 % auf 61 000. Überdurchschnittliche Einbußen verzeichnete der Kraftwagensektor, dessen Mitarbeiterzahl um 4 % auf 56 900 zurückging. Die Hersteller von Kraftwagentteilen verbuchten allerdings ein Plus von 3 % auf 36 700. Zu den größeren Branchen gehören auch die Hersteller vom Metallzeugnissen mit 37 500 Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾
(Zeitliche Entwicklung 2002)

Zeitraum 2002	Beschäftigte		Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz		Volumenindex des Auftragseingangs		
	1000	Abnahme in % ²⁾	1000 Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾	1000 Euro	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾	insgesamt	Inland	Ausland
							Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾		
Januar	448,7	- 2,0	6 190 686	- 6,1	2 450 055	- 5,7	- 8,0	- 8,2	- 7,7
Februar	447,7	- 2,3	6 275 913	- 4,5	2 477 031	- 3,1	- 10,5	- 8,8	- 12,6
März	446,5	- 2,8	6 831 156	- 9,9	2 618 519	- 11,4	- 14,3	- 17,5	- 9,4
April	444,9	- 2,9	6 929 596	5,0	2 735 123	8,8	7,4	2,2	15,2
Mai	443,9	- 3,2	6 601 022	- 8,7	2 619 844	- 2,4	- 0,2	- 9,0	12,5
Juni	443,7	- 3,6	7 128 366	1,0	2 873 888	5,5	- 1,4	- 3,7	2,0
Juli	444,9	- 3,4	6 887 868	2,7	2 724 866	8,7	3,8	2,6	5,2
August	445,4	- 3,4	6 634 466	- 3,8	2 521 177	2,9	- 3,9	- 8,5	3,4
September	444,4	- 3,5	7 469 979	5,4	2 960 342	12,5	0,4	- 4,9	7,9
Oktober	441,5	- 3,6	7 323 642	- 1,3	2 803 091	2,9	3,5	0,9	7,2
November	439,3	- 3,6	7 384 781	- 1,1	2 979 172	11,9	- 0,6	- 4,9	5,9
Dezember	437,3	- 3,5	6 575 858	1,1	2 679 996	9,1	- 7,6	- 7,0	- 8,4
1. Vj. D	447,6	- 2,4	19 297 756	- 7,0	7 545 605	- 6,9	- 11,1	- 11,8	- 10,0
2. Vj. D	444,2	- 3,2	20 658 984	- 1,1	8 228 855	3,9	1,8	- 3,6	9,6
3. Vj. D	444,9	- 3,4	20 992 313	1,4	8 206 385	8,2	0,2	- 3,7	5,6
4. Vj. D	439,4	- 3,6	21 284 281	- 0,5	8 462 258	7,9	- 1,5	- 3,5	1,6
2002 D	444,0	- 3,1	82 233 333	- 1,8	32 443 103	3,1	- 2,8	- 5,8	1,4

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

2002. Dort gingen 4,9 % der Arbeitsplätze verloren. Glimpflich erging es dem Ernährungsgewerbe, das nur eine Abnahme von 1,0 % auf 34 400 Beschäftigte verzeichnete.

Tempora mutantur. Der *Arbeiteranteil* an der Beschäftigtenzahl, aber auch die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden hat in den letzten Jahrzehnten deutlich abgenommen. Während der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbeschäftigtenzahl im Jahr 1950 noch bei über 81 % lag, ging er bis 2002 auf gut 58 % zurück. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die immer bessere Kapitalausstattung der Arbeitsplätze (höhere Kapitalintensität), die bei gleichbleibendem Arbeitseinsatz einen höheren Output ermöglichte. Das spiegelt sich auch deutlich bei den geleisteten Arbeiterstunden wider. Sie gingen je Arbeiter und Monat von 186 im Jahr 1950 auf nur noch 124 im letzten Jahr zurück. Der sehr niedrige Wert im letzten Jahr erklärt sich allerdings auch durch die ungünstige konjunkturelle Lage, die zu niedriger Kapazitätsauslastung, Überstundenabbau bzw. sogar zu Kurzarbeit führte.

Mit einem *Umsatz* von insgesamt 82,2 Mrd. Euro hat das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2002 das Vorjahresniveau um 1,8 % verfehlt. Die Inlandsumsätze gingen um 4,7 % auf 49,8 Mrd. Euro zurück, während die Auslandsumsätze sich um 3,1 % auf 32,4 Mrd. Euro erhöhten. Deutlich umsatzstärkste Branche blieb die Chemische Industrie. Mit 16,8 Mrd. Euro lag der Gesamtumsatz wegen des geschilderten Sondereffekts allerdings um 8,3 % niedriger als im Jahr 2001. Dagegen konnte der Maschinenbau durch ein hervorragendes Auslandsgeschäft seinen Gesamtumsatz um 7,4 % auf 10 Mrd. Euro steigern. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagentellen erhöhten ihren Umsatz um 2,3 % auf 10,5 Mrd. Euro.

Der konjunkturelle Frühindikator *Auftragseingang* hatte im ersten Quartal 2002 einen deutlichen Rückgang von 11 % verzeichnet. Nach zwischenzeitlicher Besserung wurde im letzten Quartal wieder ein Minus von 1,5 % registriert. Im Jahresdurchschnitt gingen die preisbereinigten Auftragseingänge um 2,8 % gegenüber 2001 zurück. Während es auf dem Inlandsmarkt Einbußen von 5,8 % gab, nahmen die realen Orders aus dem Ausland um 1,4 % zu. Trotz eines schwächeren zweiten Halbjahres reichte es bei der Chemischen Industrie im Jahresdurchschnitt noch zu einem minimalen Plus von 0,1 %, das auf einen Zuwachs bei den Auslandsaufträgen

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Art der Angabe	2001	2002	Zu- bzw. Abn. (-) in %	
			2001	2002
			gegenüber	
			2000	2001
Beschäftigte ²⁾ (in 1000)	458,5	444,0	- 0,2	- 3,1
darunter Arbeiter	269,6	259,7	- 0,5	- 3,7
Geleistete Arbeiterstunden (in Mill. Std.)	409,9	387,2	- 2,3	- 5,5
Bruttolohn- und -gehaltssumme (in Mill. Euro)	17 038,1	16 866,7	1,4	- 1,0
Umsatz (in Mill. Euro)	83 720,9	82 233,3	1,6	- 1,8
davon				
Inlandsumsatz	52 257,9	49 790,2	1,3	- 4,7
Auslandsumsatz	31 463,0	32 443,1	2,2	3,1
Umsatz nach Bereichen (in Mill. Euro)				
Vorleistungsgüterproduzenten	36 024,4	35 602,9	0,3	- 1,2
Investitionsgüterproduzenten	26 211,2	25 523,5	0,7	- 2,6
Gebrauchsgüterproduzenten	3 072,3	3 055,0	13,5	- 0,6
Verbrauchsgüterproduzenten	18 413,0	18 052,0	4,0	- 2,0

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten (Industrie und Verarbeitendes Handwerk). — 2) Im Durchschnitt des Jahres.

gen zurückzuführen ist. Maschinenbau und Kraftwagen-sektor verfehlten das Vorjahresniveau um 0,4 bzw. 2,1 %, wobei auch in diesen Branchen das Auslandsgeschäft positiv verlief.

Abwärtstrend im Bauhauptgewerbe hält an

Der Abwärtstrend im hessischen Bauhauptgewerbe konnte auch im Jahr 2002 nicht gebremst werden. Seit einigen Jahren schon hält der dramatische Beschäftigungsabbau an. Kaum tröstlich kann es sein, dass die Entwicklung in Hessen im vergangenen Jahr — wie schon im Jahr zuvor — weniger ungünstig verlief als in den alten und vor allem in den neuen Bundesländern. Neben der seit Jahren schwachen Entwicklung im Wohnungsbau überraschte der gewerbliche und industrielle Bau im Jahr 2002 negativ. Der gewerbliche Hochbau konnte nicht an den günstigen Verlauf der letzten drei Jahre anknüpfen und beim gewerblichen Tiefbau fiel der Einbruch noch drastischer aus. Nur der öffentliche und Verkehrsbau setzte einen Kontrapunkt.

Der dramatische Beschäftigungsabbau des Bauhauptgewerbes hielt auch im Jahr 2002 an. Mit im Jahresdurchschnitt noch 30 600 *Beschäftigten* (in den Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr tätigen Personen) wurde der Vorjahresstand um 7,8 % verfehlt. Gegenüber 1995 bedeutet dies einen Rückgang von fast 47 %. Überdurchschnittlich waren im Jahr 2002 die Fachwerker und Werker — angelegene Arbeitskräfte — betroffen. Ihre Zahl ging im Vergleich zum Vorjahr um 11 % auf 5140 zurück. Bei den Facharbeitern wurde eine Abnahme von 7,5 % auf 16 700 und bei den Angestellten von 5,4 % auf 7260 verzeichnet. Stark rückläufig war die

Zahl der gewerblich Auszubildenden mit einer Abnahme von 12 % auf 1270.

Im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe sind die Umsätze des Bauhauptgewerbes in den letzten Jahren — vom Jahr 1999 abgesehen — rückläufig. Im Jahr 2002 lagen die *baugewerblichen Umsätze* mit knapp 4,1 Mrd. Euro um 7,1 % niedriger als im Jahr zuvor. Besonders betroffen war der Wohnungsbau, der schon in den letzten Jahren kräftige Einbußen hinnehmen musste. 2002 gingen die Umsätze in diesem Sektor um 14 % auf 445 Mill. Euro zurück. Der gewerbliche und industrielle Bau verzeichnete einen Rückgang um 12 % auf 2,05 Mrd. Euro. Nur der öffentliche und Verkehrsbau, der sich in den letzten Jahren als relativ stabil erwies, erhöhte seinen Umsatz um 3 % auf 1,56 Mrd. Euro.

Trotz eines kleinen Lichtblicks im letzten Quartal 2002 gab es bei den wertmäßigen *Auftragseingängen* im Jahr 2002 einen erheblichen Rückgang von 12 % auf 3,3 Mrd. Euro. Der gewerbliche und industrielle Hochbau erlebte mit einer Abnahme von 34 % auf 930 Mill. Euro den deutlichsten Einbruch. Der seit Jahren gebeutelte Wohnungsbau verzeichnete ein Minus von 14 % auf 360 Mill. Euro. Dagegen konnten der gewerbliche und industrielle Tiefbau sowie der öffentliche und Verkehrstiefbau Zuwachsraten von 9,5 und 10 % ausweisen.

Weniger Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im Jahr 2002 für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen im *Wohn- und Nichtwohnbau* insgesamt 5,54 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Damit ging der zu erwartende Flächenbedarf um 667 000 m² oder knapp 11 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Bei den veranschlagten reinen Baukosten ergab sich ein Wert von 5,51 Mrd. Euro. Sie wurden von den Bauherren für alle neu zu errichtenden sowie umzubauenden Wohn- und Nichtwohngebäude um 461 Mill. Euro geringer angesetzt als im Jahr 2001 (– 7,7 %). Die Negativentwicklung, die Ausdruck der gegenwärtigen Konjunkturschwäche ist, betraf sowohl den Wohn- als auch den Nichtwohnbau.

Die hessischen Bauaufsichtsbehörden erteilten 2002 rund 8600 Genehmigungen für neue *Wohngebäude*, 6,5 % weniger als im Jahr davor. Damit sank das Genehmigungsvolumen auf ein Niveau ab, welches letztmalig Mitte der Achtzigerjahre aufgetreten war. Im Bereich der Einfamilienhäuser wurden Baugenehmigungen für rund 5800 neue Gebäude erteilt. Die Zahl der Genehmigungen ging hier um 10,4 % gegenüber 2001 zurück. Im Geschosswohnbau wurden zwar nur knapp 40 Gebäude weniger zum Bau freigegeben (– 3,4 %), die Zahl der Wohnungen in den Mehrfamilienhäusern verringerte sich jedoch deutlich von 8470 auf 7200 (– 15 %). Stärker nachgefragt wurden lediglich Baugeneh-

Bauhauptgewerbe¹⁾
(Zeitliche Entwicklung 2002)

Zeitraum 2002	Beschäftigte		Baugewerblicher Umsatz		Auftrags- eingang	
	Anzahl	Ab- nahme in % ²⁾	1000 Euro	Zu- bzw. Abn. (–) in % ²⁾	Index (1995=100)	Zu- bzw. Abn. (–) in % ²⁾
Januar	31 114	– 7,5	203 061	– 9,4	49,0	– 24,2
Februar	30 689	– 7,7	234 624	– 17,3	53,7	– 14,1
März	30 701	– 7,5	269 892	– 14,5	86,9	8,0
April	31 075	– 7,0	301 887	4,6	81,1	6,6
Mai	30 914	– 6,7	328 746	– 9,6	70,3	– 32,4
Juni	30 422	– 8,4	347 468	– 14,4	96,2	– 4,4
Juli	30 118	– 9,5	367 695	– 4,1	72,0	3,3
August	30 567	– 9,5	376 013	– 5,2	75,9	– 30,3
September	30 649	– 8,8	379 335	– 1,3	71,2	– 34,9
Oktober	30 719	– 7,9	414 761	2,1	71,6	11,6
November	30 631	– 6,1	420 270	– 6,7	63,8	– 11,5
Dezember	29 858	– 6,8	424 536	– 11,0	65,1	1,6
1. Vj. D	30 835	– 7,6	707 557	– 14,1	63,2	– 8,7
2. Vj. D	30 804	– 7,4	978 101	– 7,6	82,5	– 11,9
3. Vj. D	30 445	– 9,3	1 123 043	– 3,6	73,0	– 24,0
4. Vj. D	30 403	– 6,9	1 259 567	– 5,6	66,8	0,0
2002 D	30 621	– 7,8	4 068 268	– 7,1	71,4	– 12,3

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

migungen für Zweifamilienhäuser. Bei dieser Gebäudeart konnte ein Anstieg um 6,2 % auf 1824 Gebäude (mit 3650 Wohnungen) registriert werden. In der Summe reduzierte sich die Zahl der *neu zu errichtenden Wohnungen* um fast 1700 auf nur noch 16 640. Ferner wurden noch weitere 2880 Wohnungen im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sowie im Nichtwohnbau zum Bau freigegeben, sodass insgesamt Genehmigungen für rund 19 500 neue bzw. umzubauende Wohnungen erfasst wurden. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 10,5 % unterschritten.

Vom Rückgang der genehmigten Wohnungen (Wohn- und Nichtwohnbau) waren im letzten Jahr alle Regierungsbezirke betroffen. Im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt wurden 2002 nur noch 12 260 Wohnungen zum Bau freigegeben. Mit im Vergleich zum Vorjahr 14 % weniger genehmigten Wohnungen fiel die Abnahme hier besonders stark aus. Im Regierungsbezirk Kassel wurden 3960 Wohnungen genehmigt und im Regierungsbezirk Gießen waren es 3300. Die Rückgänge um 3,7 % bzw. 5,6 % fielen dort wesentlich moderater aus.

Im Jahr 2002 wurden im *Nichtwohnbau* rund 1840 Neubauvorhaben genehmigt. Das waren etwas mehr als ein Viertel Gebäude weniger als 2001. Das geplante Bauvolumen hatte einen Umfang von rund 14 Mill. m³ umbauten Raum. Es reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 12 %. An genehmigter neuer Nutzfläche wurde 2002 mit 2,43 Mill. m² 9,7 % weniger erfasst als im Vergleichsjahr. Der beobachtete Rückgang beim umbauten Raum und bei den Nutzflächen im Neubausegment war, über einen Dreijahreszeitraum betrachtet, allerdings weniger dramatisch als die

Differenzwerte vermuten lassen. Denn in 2001, dem Bezugsjahr für das aktuelle Berichtsjahr 2002, waren außergewöhnlich hohe Werte erzielt worden. So wurde 2002 das Niveau des Jahres 2000 bei der Nutzfläche leicht um 190 000 m² (+ 8,4 %) und beim umbauten Raum sogar deutlich um 3,6 Mill. m³ (+ 34 %) übertroffen.

Zu den genehmigten neuen Nutzflächen kamen im Jahr 2002 noch 260 000 m² Nutzfläche, die bei Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden genehmigt wurden, sodass die hessischen Bauaufsichtsbehörden insgesamt Nutzflächen von 2,69 Mill. m² zum Bau freigaben. Das Vorjahresergebnis wurde um 12 % unterschritten. Deutlich fiel der Rückgang bei den beiden Gebäudearten aus, die auch die größten Anteile an den Gesamtflächen hatten. Für Handels- und Lagergebäude genehmigten die Baubehörden 631 000 m² Nutzfläche. Das waren 183 000 m² bzw. 22,5 % weniger als im Vorjahr. Bei Büro- und Verwaltungsgebäuden wurde ein Bedarf an Nutzfläche von 906 000 m² angemeldet, was einer Verminderung um 74 000 m² oder 7,6 % gegenüber 2001 entsprach. Ebenfalls rückläufig war die Flächennachfrage bei landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (- 10,3 % bei genehmigten 252 000 m²). Für Fabrik- und Werkstattgebäude sowie für sonstige Nichtwohngebäude wie Schulen, Kindertagesstätten, Museen oder Kirchen wurde dagegen zusätzlicher Flächenbedarf angemeldet. Bei ersteren wurden 368 000 m² (+ 6,7 %), bei letzteren 258 000 m² (+13,2 %) zum Bau freigegeben.

Während in Hessen im Durchschnitt beinahe ein Zehntel weniger neue Nutzflächen im Nichtwohnbau genehmigt wurden, meldeten die Bauherren in Nordhessen einen Mehrbedarf von 15 % gegenüber 2001 an. Zusammen wurden im Regierungsbezirk Kassel 576 000 m² Nutzfläche zum Bau freigegeben. In den süd- und mittelhessischen Regionen verringerte sich die Flächennachfrage. Im Regierungsbezirk Darmstadt lagen die in den Bauämtern angefragten Flächen um 195 000 m² oder 11,1 % unter denen des Vorjahres. Eine 34%ige Abnahme um 144 000 m² verzeichneten die Bauaufsichtsbehörden im Regierungsbezirk Gießen.

Bei der Betrachtung der Baugenehmigungszahlen hinsichtlich konjunktureller Entwicklungen in der Bauwirtschaft ist zu beachten, dass Baugenehmigungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Baupreise, der Hypothekenzinsen, des Immobilienmarktes sowie staatlicher Förderprogramme nicht immer oder nicht unmittelbar zu Bauaufträgen oder Baumaßnahmen führen. Da nur der Hochbausektor Gegenstand der Bautätigkeitsstatistik ist, fließen zudem keine Daten aus dem Teilbereich Tiefbau (Straßen-, Brücken-, Kanalbau u. Ä.) ein.

Einzelhandel weiterhin schwach

Gut ein Drittel der Ausgaben der Privathaushalte fließt in die Kassen des Einzelhandels. So geben die Informationen über die dort getätigten Umsätze einen wichtigen Hinweis auf die

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Art der Angabe	2000	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
				2001	2002
				gegenüber	
				2000	2001
Wohnbau¹⁾					
Gebäude ²⁾	10 959	9 217	8 620	- 15,9	- 6,5
darunter mit					
1 Wohnung	7 877	6 427	5 757	- 18,4	- 10,4
2 Wohnungen	1 938	1 717	1 824	- 11,4	6,2
3 oder mehr					
Wohnungen	1 144	1 073	1 036	- 6,2	- 3,4
Rauminhalt (1000 m ³)	12 248	11 107	9 616	- 9,3	- 13,4
Wohnungen	19 980	18 327	16 642	- 8,3	- 9,2
Wohnfläche (1000 m ²)	2 260	2 033	1 816	- 10,0	- 10,7
Nichtwohnbau¹⁾					
Gebäude	2 942	2 486	1 840	- 15,5	- 26,0
Rauminhalt (1000 m ³)	10 500	15 999	14 101	52,4	- 11,9
Nutzfläche (1000 m ²)	2 237	2 687	2 426	20,1	- 9,7
Wohnungen insgesamt³⁾	23 618	21 807	19 520	- 7,7	- 10,5

1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) Einschl. Wohnheime. — 3) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Nach ersten Ergebnissen für das Jahr 2002 gingen die *Umsätze* der hessischen Einzelhandelsbetriebe im Vergleich zum Vorjahr nominal um annähernd 3 % zurück. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen bedeutete dies real einen Rückgang um etwas über 3 %. Damit hat sich der reale Abschwung des letzten Jahres noch verstärkt. Im Bereich des Kfz-Handels, der Kfz-Reparatur und den Tankstellen war das Bild noch stärker eingetrübt. Dort gingen die Umsätze nominal um etwas über 2 % zurück; real war dies ein Minus von annähernd 4 %.

Am günstigsten war die Entwicklung weiterhin beim Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen, medizinischen und ähnlichen Artikeln. Er weitete seinen Umsatz 2002 nominal um gut 2 und real um etwas über 3 % aus. Die größte Branche, der Handel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Kaufhäuser und Supermärkte zählen, war im Minus. Ihr Umsatz sank nominal um etwas über 1 %; real war dies ein Rückgang von gut 2 %. Der Facheinzelhandel ohne Nahrungsmittel, der zu etwas über einem Drittel zum gesamten Einzelhandelsumsatz beiträgt, büßte im Jahresvergleich nominal 7 und real sogar 8 % seines Umsatzes ein. Der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, mit einem Umsatzanteil von etwa 3 % allerdings von geringerem Gewicht, konnte ein klares Plus verzeichnen. Nominal betrug die Zuwachsrate etwas über 5 %, real waren es annähernd 3 %. Der Einzelhandel, der, wie zum Beispiel der Versandhandel, seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, musste einen nominalen Umsatzrückgang hinnehmen (– 2 %), real blieb der Umsatz fast auf dem Niveau des Vorjahres. Diese Branche trägt zu etwa einem Achtel zum Gesamtumsatz bei.

Die schlechte Lage führte zu einer weiteren Verminderung der Gesamtzahl der *Beschäftigten*. Sie ging im Durchschnitt des Jahres 2002 um etwas über 2 % zurück, wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten verglichen mit 2001 nur leicht abnahm, während diejenige der Vollbeschäftigten um annähernd 4 % zurückging.

Zahl der Übernachtungsgäste rückläufig

Im Jahr 2002 wurden die hessischen Beherbergungsstätten (mit neun oder mehr Betten) von 9,6 Mill. *Gästen* aufgesucht, die 24,6 Mill. *Übernachtungen* buchten. Gegenüber dem Vorjahr waren das fast 2 % weniger Gäste und knapp 4 % weniger Übernachtungen. Während die Zahl der Gäste mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um 2 % zurückging und die Zahl ihrer Übernachtungen sogar um etwas über 4 % sank, gab es bei den Gästen mit ausländischem Wohnsitz ein schwächeres Minus: Hier verminderte sich die Zahl der Ankünfte um lediglich knapp 1 % und die Zahl der Übernachtungen um etwas über 2 %. Gäste aus Asien übernachteten wieder mehr in Hessen, während weniger Gäste aus Europa und Amerika hessische Beherbergungsstätten

nutzten. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste blieb mit 2,6 Tagen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Großstädte mit 100 000 oder mehr Einwohnern schnitten 2002 unterdurchschnittlich ab. Dort ging die Zahl der Gäste um 2 % zurück, während diejenige der Übernachtungen um etwas über 4 % sank. Sehr unterschiedlich war die Entwicklung in den *Fremdenverkehrsgemeinden mit Prädikat*: In den Mineral- und Moorbädern kam es zu einer Abnahme der Ankünfte um 4,5 % und der Übernachtungen um knapp 4 %. Die heilklimatischen Kurorte hatten dagegen 4,5 % mehr Gäste und etwas über 2 % mehr Übernachtungen. Bei den Kneippkurorten wiederum waren es etwas über 4 % weniger Gäste und gut 7 % weniger Übernachtungen. Bei den Luftkurorten ging die Zahl der Gäste um 4,5 % und die ihrer Übernachtungen sogar um knapp 8 % zurück. Die Erholungsorte verbuchten bei den Gästen ein Minus von fast 1 %, die Zahl der Übernachtungen verringerte sich in dieser Gemeindegruppe um 4 %.

Unter den einzelnen *Betriebsarten* konnte keine Gruppe ihr Vorjahresergebnis halten oder gar verbessern. Die Hotels hatten 2 % weniger Gäste und annähernd 4 % weniger Übernachtungen, bei den Gasthöfen waren es annähernd 7 % weniger Gäste und knapp 8 % weniger Übernachtungen, bei den Pensionen etwas über 1 % weniger Gäste und knapp 6 % weniger Übernachtungen. Ähnlich verlief es bei den Hotels garnis (2 % weniger Gäste und 6 % weniger Übernachtungen). Von den übrigen Betriebsarten büßten die Ferienzentren annähernd 5 % ihrer Gäste und annähernd 7 % an Übernachtungen ein. Auch die Vorsorge- und Reha-Kliniken konnten sich nicht behaupten. Sie verbuchten zwar 0,2 % mehr Ankünfte, hatten aber knapp 3 % weniger Übernachtungen.

Im vergangenen Jahr fanden außerdem noch 308 000 Gäste auf Campingplätzen vorübergehend Unterkunft, und zwar für 976 000 Übernachtungen. Hier nahm die Zahl der Gäste im Vergleichszeitraum um annähernd 2 % ab, bei den Übernachtungen gab es ein Minus von etwas über 1 %.

Gastgewerbe rückläufig

Im Jahr 2002 waren die *Umsätze* im hessischen Gastgewerbe über 5 % niedriger als im Vorjahr. Real, das heißt nach Ausschaltung der Preisveränderungen, betrug das Minus sogar etwas über 8 %. Zu diesem Ergebnis trugen das Gaststättengewerbe und das Beherbergungsgewerbe in nahezu gleichem Umfang bei: Sie hatten nominal annähernd 6 und real sogar 9 % weniger in ihren Kassen. Dagegen schnitten die Kantinen und Catering-Unternehmen im Jahresvergleich mit einem nominalen Umsatzminus von etwas über 3 % und einem realen von 6 % etwas günstiger ab.

Entsprechend der Umsatzentwicklung ging die Zahl der *Beschäftigten* im Vergleichszeitraum um fast 6 % zurück, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um etwas über 4 % ab-

nahm, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sich um 8 % verringerte.

Weniger Güter auf dem Wasser, mehr in der Luft

In der *Binnenschifffahrt* hat 2002 die umgeschlagene Gütermenge abgenommen. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden in diesem Zeitraum insgesamt 13,7 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, 8,5 % weniger als im Jahr 2001. Dabei blieb das Volumen des Versands von Gütern mit 2,6 Mill. t nahezu unverändert, während das Volumen des Empfangs um etwas über 10 % auf 11,2 Mill. t sank. Unter den wichtigsten Massengütern ging der Umschlag von festen mineralischen Brennstoffen (Steinkohle und -briketts) um etwas über 9 % auf 1,9 Mill. t zurück. Der Umschlag von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen verringerte sich um etwas über 13 % auf 4,2 Mill. t, derjenige von Steinen und Erden (Sand, Kies, Bims und Ton) um etwas über 15 % auf 4 Mill. t.

Bei der *Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln* (Busse, Straßen- und U-Bahnen, ohne den Regionalverkehr, der von der DB AG bereitgestellt wird — wie zum Beispiel S-Bahnen) war die Lage uneinheitlich. Im Jahr 2002 wurden mit 453 Mill. Personen fast 4 % weniger Fahrgäste befördert als im Jahr 2001. Die dabei zurückgelegten Wagenkilometer summierten sich auf 295 Mill., das waren annähernd 2 % mehr als im Vorjahr. Die Einnahmen konnten dagegen im Jahresvergleich um gut 6 % auf 533 Mill. Euro gesteigert werden.

Der *Luftverkehr* auf dem international bedeutenden Flughafen Frankfurt (Main) erlebte im Passagierverkehr im Gefolge der Ereignisse vom September 2001 eine Unterbrechung der bisherigen Aufwärtsentwicklung. Im Jahr 2002 erfolgten im zivilen Verkehr 458 000 Starts und Landungen, 0,4 % mehr als im Jahr 2001. Die Zahl der Fluggäste ging um 0,2 % zurück und konnte mit 48,5 Mill. die 50-Millionen-Marke immer noch nicht überschreiten. Während der Interkontinentalverkehr seine Verluste weitgehend ausgleichen konnte, kam es im Europaverkehr zu einem Rückgang. Vor allem aber der Inlandverkehr büßte im Jahresvergleich wegen der Nachfrageschwäche im Geschäftsreiseverkehr und der Konkurrenz durch den ICE deutlich an Passagieren ein. So verlor Frankfurt seine Spitzenstellung im Passagieraufkommen auf dem Europäischen Kontinent; an erster Stelle stand 2002 der Pariser Flughafen Charles de Gaulle. Im Luftfrachtverkehr — hier blieb Frankfurt Nummer 1 in Europa und gehört zu den weltweit wichtigsten Umschlagplätzen — hat sich trotz der Konjunkturschwäche in Europa wieder ein Zuwachs eingestellt. Ausschlaggebend war hierfür der Fernostverkehr, der bei einer Zunahme von etwas über 11 % seinen Anteil am gesamten Frankfurter Frachtaufkommen auf über 40 % steigern konnte. Das Luftfrachtaufkommen stieg insgesamt um etwas über 1 % auf 1,5 Mill. t. Dagegen gab es bei der beför-

derten Luftpost im Gegensatz zum Vorjahr ein leichtes Minus: Sie verminderte sich um 0,1 % auf 141 000 t.

Zulassungen von Krafträdern weiterhin im Aufwind

Zum Jahresanfang 2003 — die früher an dieser Stelle genannten Bestände zum 1. Juli werden vom Kraftfahrt-Bundesamt nicht mehr ermittelt — waren in Hessen 289 000 Krafträder (einschl. dreirädriger Kfz) zugelassen. Verglichen mit dem Stand am 1. Januar 2002 waren dies annähernd 3 % mehr. Wesentlich schwächer hat im gleichen Zeitraum die Zahl der Personenkraftwagen zugenommen, nämlich lediglich um knapp 1 % auf 3,5 Mill.

Am 1. Januar 2003 gab es in Hessen insgesamt 4,2 Mill. Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, knapp 1 % mehr als ein Jahr zuvor. Da die Zunahme etwas höher ausfiel als in der Bundesrepublik insgesamt, nimmt Hessen weiterhin einen Spitzenplatz bei der Fahrzeugdichte unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland ein.

Weniger Verkehrstote

Im Jahr 2002 ereigneten sich 26 700 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen, etwas über 1 % weniger als im Jahr 2001. Dabei sank die Zahl derer, die tödliche Verletzungen erlitten, um 18 Personen oder 3,5 % auf 501. Bei den Schwerverletzten betrug der Rückgang etwas über 2 % auf nunmehr 6300; bei der Zahl der Leichtverletzten gab es im Jahresvergleich ebenfalls eine Abnahme, und zwar um etwas über 1 % auf 29 600. Die seit einer Reihe von Jahren zu beobachtende günstige Entwicklung hat sich damit — nach der Unterbrechung im Jahr 2001 — weiter fortgesetzt und führte zur bisher niedrigsten Zahl von Verkehrstoten seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1950.

Landwirtschaft und Flächennutzung 2002

Im Rahmen der *Integrierten Erhebung* 2002 wurden in Hessen 25 390 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, die eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 750 850 ha bewirtschafteten. Die durchschnittliche Betriebsgröße betrug damit knapp 30 ha.

Bedingt durch die Rekordgetreideernte des Jahres 2001 fiel die *Getreideernte* des Jahres 2002 um gut 9 % geringer aus als die des Vorjahres. Auch unterschritt sie den Durchschnitt der Jahre 1996—2001 um rund 5 %. Dies war vor allem auf den für Getreide ungünstigen Witterungsverlauf zurückzuführen. Gleichzeitig bewirkte jedoch der Witterungsverlauf deutliche Ertragssteigerungen bei Zuckerrüben und Reben. Nach den Meldungen der amtlichen Berichtersteller wurde in Hessen die Aussaatfläche von Roggen im Herbst 2002 um 25 % auf nunmehr 13 000 ha eingeschränkt. Damit reagierten die landwirtschaftlichen Betriebe auf die Pläne der Agrarpolitik zur Einschränkung der Roggenintervention sowie die unbefriedigende Marktlage dieser Getreideart.

Betriebe mit Verkaufsanbau von Baumobstarten 2002

Baumobstfläche von ... ha	Insgesamt			davon					
				Äpfel		Birnen		sonstiger Anbau	
	Betriebe	Fläche (ha)	Bäume	Fläche (ha)	Bäume	Fläche (ha)	Bäume	Fläche (ha)	Bäume
0,3 bis unter 0,5	144	53	25 021	25	17 627	1	506	26	6 888
0,5 bis unter 1	89	61	33 986	27	21 124	3	1 709	32	11 153
1 bis unter 2	64	90	73 780	49	58 050	4	2 637	36	13 093
2 bis unter 3	22	53	50 336	25	37 131	1	1 274	26	11 931
3 bis unter 5	21	80	109 415	52	91 217	6	5 874	22	12 324
5 bis unter 10	19	138	247 537	98	213 118	11	15 071	28	19 348
10 oder mehr	5	71	115 458	41	93 424	6	7 863	24	14 171
Insgesamt	364	546	655 533	317	531 691	31	34 934	198	88 908

In der *Viehhaltung* konnte 2002 im Vergleich zu 2001 eine unterschiedliche Entwicklung der Betriebe mit Viehhaltung auf der einen Seite und der Viehbestände auf der anderen Seite ermittelt werden. In der Schweinehaltung konnte erstmals seit Durchführung der Erhebung der Viehbestände zum Stichtag 3. Mai ein Anstieg der Bestandszahlen um knapp 3 % festgestellt werden, die Zahl der Betriebe mit Schweinehaltung nahm allerdings um gut 4 % ab. In anderen Bereichen der Tierhaltung war sowohl ein Rückgang der Betriebe als auch der Tierbestände zu beobachten.

Nach den Ergebnissen der im fünfjährigen Turnus durchgeführten *Baumobstanbauerhebung* wurden in Hessen 364 obstanbauende Betriebe mit Verkaufsanbau gezählt, die insgesamt knapp 550 ha Baumobstfläche bewirtschaft-

teten. Dabei waren von insgesamt 656 000 Obstbäumen allein 532 000 bzw. 81 % aller ermittelten Baumobstarten Apfelbäume. Die weiteren Baumobstarten teilten sich in knapp 6 % Süßkirschen, gut 5 % Birnen sowie rund 4 % Sauerkirschen auf. Die restlichen knapp 4 % der Bäume waren Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen und Renekloden, Aprikosen sowie Walnüsse. Die bedeutendsten Apfelsorten im Verkaufsanbau waren Elstar, Jonagold und Boskoop. Regionaler Schwerpunkt des hessischen Anbaus zum Verkauf von Baumobst ist der Main-Taunus-Kreis, in dem allein knapp 37 % aller hessischen Bäume gezählt wurden, gefolgt von der Landeshauptstadt Wiesbaden (14 %) und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg (11 %).

Die zukünftige *Flächennutzung* Hessens sieht knapp 8 % der 2,1 Mill. ha Landesfläche als Bauflächen und 3,6 % zur Nutzung für den überörtlichen Verkehr vor. Grundlage dieser Daten waren die Flächennutzungspläne der Gemeinden und Städte. Von den insgesamt 166 600 ha Bauflächen wurde über die Hälfte als Wohnbauflächen und ein gutes Viertel als gemischte Baufläche ausgewiesen. Die verbleibende Fläche setzte sich aus gewerblichen Bauflächen und Sonderbauflächen zusammen. Gegenüber der letzten Auswertung im Jahr 1997 ergab sich damit eine Zunahme der gesamten Bauflächen um 3,6 % oder rund 5800 ha. Für den überörtlichen Verkehr sind 75 600 ha der Landesfläche verplant, von

Anbau und Erträge ausgewählter Kulturarten

Hauptnutzungs- und Kulturarten	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-) in %
Fläche in ha			
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) ¹⁾	766 310	750 855	- 2,0
darunter			
Dauergrünland	274 277	266 058	- 3,0
Ackerland	486 000	479 102	- 1,4
darunter			
Getreide ²⁾	320 218	314 403	- 1,8
dar. Winterweizen ³⁾	143 547	147 002	2,4
Kartoffeln	4 712	4 717	0,1
Zuckerrüben	18 415	18 811	2,2
Winterraps	50 354	52 722	4,7
Gemüse und Erdbeeren	7 269	7 231	- 0,5
Rebflächen	3 550	3 488	- 1,7
Hektarertrag (in dt/ha)			
Getreide	69,3	62,8	- 9,4
dar. Winterweizen ³⁾	81,0	71,1	-12,2
Kartoffeln	366,3	324,4	-11,4
Zuckerrüben	543,9	589,5	8,4
Winterraps	34,8	32,5	- 6,6
Hektarertrag (in hl/ha)			
Weißmost	66,8	94,6	41,6
Rotmost	72,0	104,7	45,4

1) Teilw. repr. Erhebung. — 2) Einschl. Körnermais und Corn-Cob-Mix. — 3) Einschl. Dinkel.

Viehbestände in den landwirtschaftlichen Betrieben

Art der Angabe	2001	2002 ¹⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) in %
Betriebe mit Rinderhaltung	13 394	12 414	- 7,3
dar. Betriebe mit Milchkühen	6 310	5 831	- 7,6
Rinder	542 556	511 238	- 5,8
dar. Milchkühe	168 465	160 560	- 4,7
Betriebe mit Schweinehaltung	12 397	11 884	- 4,1
dar. Betriebe mit Zuchtsauen	3 199	3 146	- 1,7
Schweine	827 002	851 386	2,9
dar. Zuchtsauen	77 274	76 121	- 1,5
Betriebe mit Schafhaltung	2 117	2 020	- 4,6
Schafe	181 194	177 971	- 1,8

1) Repräsentativerhebung; Stichtag jeweils 3. Mai.

denen wiederum knapp 88 % bzw. 66 400 ha als Flächen für den Straßenverkehr und 10 % bzw. 7600 ha als Flächen für den Bahnverkehr vorgesehen sind. Die verbleibenden 1600 ha Verkehrsfläche dienen dem Luftverkehr. 43 % oder 910 000 ha der Landesfläche sollen auch weiterhin für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Allerdings erfolgen die Flächenzuwächse bei den Siedlungsaktivitäten zu Lasten der Landwirtschaftsfläche, die gegenüber 1997 um 10 400 ha abnahm. Indessen soll nach dem Willen der kommunalen Planungsträger die Waldfläche um 2300 ha auf zukünftig 851 600 ha steigen. Das sind — wie zur letzten Erhebung 1997 — gut 40 % der Landesfläche.

Bevölkerung

Leichte Bevölkerungszunahme

Die *Bevölkerung* Hessens ist im Jahr 2002 etwas stärker gestiegen als im Jahr zuvor. Darauf lassen die bei Redaktionsschluss vorliegenden Daten der ersten 11 Monate schließen. Aus der Entwicklung bis November wurde hier auf das ganze Jahr hochgerechnet und eine Bevölkerungszunahme von knapp 15 000 auf rund 6,093 Mill. Einwohner geschätzt. Das im Vergleich zu 2001 höhere Bevölkerungswachstum beruhte auf wieder höheren Wanderungsüberschüssen, während der Saldo aus Geborenen und Gestorbenen mit einem gestiegenen Geburtendefizit zu Buche schlug.

Die Bilanz der *Wanderungen* über die hessische Landesgrenze wies 2002 einen Überschuss von 19 600 Personen aus, 6800 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Zugezogenen nahm um knapp 5 % ab, gleichzeitig verminderte sich die

Zahl der Fortgezogenen um gut 9 %, sodass trotz rückläufiger Zuwanderung der Wanderungsgewinn bei 167 200 Zu- und 147 600 Fortzügen zunahm. Maßgeblich für den kräftigen Rückgang der Fortzüge war eine starke Abnahme der Abwanderung ins Ausland um über 16 %, während sich der Abstrom aus Hessen ins Bundesgebiet nur um knapp 3 % verminderte. Gleichzeitig sank die Zahl der aus dem Ausland nach Hessen Zugezogenen mit rund 6 % etwas stärker, als die Zahl der aus dem übrigen Bundesgebiet (3,6 %) eingereisten Personen.

Im Ergebnis kamen aus den anderen Bundesländern per saldo 9100, aus dem Ausland 10 500 Personen nach Hessen. Der Saldo gegenüber dem Bundesgebiet beinhaltet allerdings auch Spätaussiedler, die vom Ausland kommend zunächst in der Aufnahmestelle im niedersächsischen Friedland melderechtlich registriert und bei der Einreise nach Hessen als Zugezogene aus diesem Bundesland gezählt werden. Der Saldo Hessens müsste deshalb gegenüber dem Bundesgebiet um etwa 5400 Personen vermindert, und derjenige gegenüber dem Ausland um die entsprechende Zahl erhöht werden. Unmittelbar aus dem Ausland kamen im vergangenen Jahr 72 800 Menschen nach Hessen, während gleichzeitig 62 300 Personen ins Ausland zogen. Im Saldo ergab sich für Hessen gegenüber den Ländern Polen, Türkei, Russische Föderation sowie der Ukraine größere Zuwanderungsüberschüsse. Die größten Wanderungsverluste resultierten aus den Wanderungsverflechtungen mit Jugoslawien und Italien.

Der positive Saldo gegenüber den anderen Bundesländern fiel 2002 bei 94 400 Zuzügen und 85 300 Fortzügen leicht auf 9100. Dabei dürften per saldo aus den neuen Bundesländern 8900 Menschen und 200 Personen aus den alten Bundesländern nach Hessen gekommen sein. Der Wanderaustausch Hessens mit den alten Bundesländern war gegenüber Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland positiv, während gegenüber Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hohe Wanderungsverluste bestanden.

Die Bilanz der *Geborenen* und *Gestorbenen* schlug mit einem Geburtendefizit von 4700 weniger Geborenen als Gestorbenen zu Buche. Die Zahl der lebend Geborenen war in den ersten 11 Monaten 2002 um 2 % niedriger als im Vorjahr, gleichzeitig wurde die Zahl der Gestorbenen um knapp 1 % überschritten. Für das gesamte Jahr 2002 ist daher mit einem Rückgang der Geburten auf 55 100, und einem Anstieg der Sterbefälle auf 59 800 zu rechnen.

Trend zu kleinen Haushalten abgeschwächt

Im April 2002 gab es in Hessen 2,84 Mill. Privathaushalte, in denen 6,1 Mill. Personen lebten. 36 % dieser Haushalte bestanden aus einer Person, 35 % aus zwei Personen, 14 % aus drei, 12 % aus vier und 4 % aus fünf oder mehr Personen.

Bevölkerungsbilanz 2001 und 2002

Art der Angabe	Bevölkerung		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	2001	2002 (geschätzt)	
Bevölkerung am Jahresanfang	6 068 129	6 077 826	0,2
Lebend Geborene	56 228	55 100	- 2,0
Gestorbene	59 370	59 800	0,7
Gestorbenenüberschuss (-)	- 3 142	- 4 700	X
Zugezogene über die Landesgrenzen	175 180	167 200	- 4,6
davon aus (dem)			
anderen Bundesländern	97 880	94 400	- 3,6
Ausland	77 300	72 800	- 5,8
Fortgezogene über die Landesgrenzen	162 341	147 600	- 9,1
davon in (das)			
andere Bundesländer	87 828	85 300	- 2,9
Ausland	74 513	62 300	- 16,4
Wanderungsgewinn	12 839	19 600	X
davon gegenüber (dem)			
anderen Bundesländern	10 052	9 100	X
Ausland	2 787	10 500	X
Bevölkerung am Jahresende	6 077 826	6 092 700	0,2
Bevölkerungszunahme	9 697	14 874	X

Privathaushalte im April 2002 nach Haushaltstypen

Haushaltstyp	Haushalte		Zu- bzw. Abn. (-) 2002 geg. 2001	Personen in Privathaushalten	
	1000	%		1000	%
Haushalte insgesamt	2 840	100	0,4	6 116	100
davon					
Einpersonenhaushalte	1 012	35,6	0,6	1 012	16,5
Mehrpersonenhaushalte	1 828	64,4	0,2	5 104	83,5
davon mit					
2 Personen	980	34,5	0,2	1 960	32,0
3 Personen	406	14,3	0,5	1 218	19,9
4 Personen	329	11,6	1,2	1 316	21,5
5 oder mehr Personen	114	4,0	- 2,6	610	10,0

Gegenüber 2001 stieg die Zahl der Haushalte nur geringfügig (+ 0,4 %). Die Einpersonenhaushalte nahmen ein wenig stärker zu als die Mehrpersonenhaushalte. Die Zahl der Haushalte mit fünf oder mehr Personen ging weiter zurück, und zwar um fast 3 %.

Mehrpersonenhaushalte mit oder ohne Kinder(n) unter 18 Jahren im April 2002

Haushaltstyp	Haushalte		Zu- bzw. Abn. (-) 2002 geg. 2001
	1000	%	
Mehrpersonenhaushalte insgesamt	1 828	100	0,2
davon			
ohne Kinder unter 18 Jahren	1 153	63,1	0,3
mit Kindern unter 18 Jahren	675	36,9	0,1
davon mit			
1 Kind	336	49,7	- 1,2
2 Kindern	262	38,8	2,3
3 Kindern	60	8,9	—
4 oder mehr Kindern	17	2,5	- 5,6

Die Anteile der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren haben sich im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr nicht signifikant verändert. Nur die Zahl der Haushalte mit vier oder mehr Kindern unter 18 Jahren nahm mit - 6 % weiter deutlich ab.

Heinz-Kurt Rompel in den Ruhestand getreten



Der Leiter des Referats „Sozialleistungen, Wirtschaftsrechnungen, Zensus“ und stellvertretende Leiter der Abteilung II des Hessischen Statistischen Landesamtes, Herr Heinz-Kurt Rompel, ist mit Wirkung vom 1. April 2003 in den Ruhestand getreten. Vor fast 35 Jahren, und zwar am 1. Mai 1968, begann Herr Rompel seinen Dienst im Hessischen Statistischen Landesamt, wo er zunächst als Arbeitsgruppenleiter, Sachbearbeiter und Hauptsachbearbeiter bei verschiedenen Statistiken der Abteilung II eingesetzt war. Im Juli 1973 wurde Herr Rompel Sachgebietsleiter, wobei insbesondere die Vorbereitung und Kalkulation neuer Erhebungen zu seinen Aufgabengebieten gehörte.

Im Januar 1980 wurde Herrn Rompel die Leitung des Referats „Sozialleistungen, Wirtschaftsrechnungen, Zensus“ übertragen. Ab 1986 leitete er die Vorbereitung, Durchführung, Auswertung und Veröffentlichung der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987. In den vergangenen Jahren trat Herr Rompel auch besonders als Autor von Aufsätzen und Kurzberichten für die Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ hervor. Von 1980 bis 2002 verfasste er insgesamt 180 Beiträge zu vielen Bereichen der amtlichen Statistik.

Den scheidenden Referatsleiter und stellvertretenden Abteilungsleiter begleiten der Dank für die geleistete Arbeit und die besten Wünsche für Gesundheit, Glück und Zufriedenheit im Ruhestand.

Struktur und Entwicklung der Rentnerhaushalte

In den letzten 50 Jahren hat die Lebenserwartung eines Neugeborenen um rund 10 Jahre zugenommen. Auch in den kommenden Jahrzehnten wird die Lebenserwartung in Deutschland weiter steigen, wobei bis zum Jahr 2035 ein Anstieg von rund drei Jahren erwartet wird. Gleichzeitig ging in den letzten 35 Jahren die Zahl der lebend Geborenen in Hessen von fast 90 000 auf rund 55 000 jährlich zurück, also um zwei Fünftel. Beide Entwicklungen hatten zur Folge, dass der Anteil der Senioren (60-Jährige und Ältere) deutlich gestiegen ist. Immer mehr ältere Menschen stehen immer weniger Personen im erwerbsfähigen Alter gegenüber. Während Mitte der Sechzigerjahre zwei Drittel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren und erst jeder Achte im Rentenalter (65 Jahre oder mehr) waren, hat sich der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung im Großen und Ganzen kaum verändert, aber jetzt steht bereits jeder Sechste im Rentenalter.

Immer mehr Menschen leben überwiegend von Rente

Im Jahre 1961 lebten 15 % der hessischen Einwohner überwiegend von Rente oder Pension, wobei der Anteil bei den Frauen mit 17 % deutlich höher war als bei den Männern mit 13 %. In den darauf folgenden Jahrzehnten bestritten immer mehr Menschen ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Rente oder Pension, wobei der Anstieg bei den Männern stärker ausfiel als bei den Frauen. Besonders in den Neunzigerjahren nahm das Renteneintrittsalter bei den Männern deutlich ab. Im Jahr 2002 waren bei gut jedem fünften Hessen Rente und Pension die Hauptunterhaltsquelle, wobei der Anteil bei den Frauen mit 23 % nur noch um 2 Prozentpunkte höher war als bei den Männern.

Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Rente und Pension in Hessen 1961 bis 2002

Jahr	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1000	% ¹⁾	1000	% ¹⁾	1000	% ¹⁾
1961	738	15,3	302	13,3	436	17,2
1970	860	16,0	360	13,9	500	17,9
1982	963	17,2	415	15,4	548	18,8
1992	1 079	18,4	465	16,2	614	20,5
2002	1 319	21,7	618	20,7	700	22,6

1) Bezogen auf die jeweilige Gesamtbevölkerung.

Drei Fünftel der Rentnerhaushalte mit einem Einkommen von 1300 Euro oder mehr

Zu den Rentnerhaushalten zählen alle Haushalte, deren Bezugsperson ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Rente oder Pension bestreitet. Weitere Einkommensquellen, wie zum Beispiel aus Vermietung, können noch vorhanden sein. Aus aufbereitungstechnischen Gründen ist die Bezugsperson bei Ehepaaren grundsätzlich der Mann.

Im Jahr 2002 gab es in Hessen 1,06 Mill. Rentnerhaushalte, das waren 180 000 oder gut ein Fünftel mehr als vor zehn Jahren. 18 % der Rentnerhaushalte — hier handelt es sich fast ausschließlich um Einpersonenhaushalte — mussten

2002 mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro auskommen. 22 % der Haushalte hatten ein Einkommen von 900 bis unter 1300 Euro — auch hier dominierten die Haushalte von Alleinstehenden — und 10 % von 1300 bis unter 1500 Euro. Bei 18 % der Rentnerhaushalte lag das monatliche Nettoeinkommen zwischen 1500 und 2000 Euro, bei 15 % zwischen 2000 und 2600 Euro und bei 8 % zwischen 2600 und 3200 Euro. In diesen Einkommensgruppen waren die Rentnerehepaare weitaus stärker als die allein stehenden Rentner vertreten. Über ein Einkommen von 3200 Euro oder mehr konnten immerhin 9 % aller Rentnerhaushalte — zum weitaus größten Teil Haushalte von Rentnerehepaaren — verfügen.

Von den allein stehenden Rentnerhaushalten mussten jeweils drei Zehntel mit weniger als 900 Euro oder mit 900 bis unter 1300 Euro monatlich auskommen. Jedem dritten Rentner-Einpersonenhaushalt stand allerdings bereits ein monatliches Budget von 1300 bis unter 2600 Euro zur Verfügung. 7 % der allein stehenden Rentner hatten sogar ein Einkommen von 2600 Euro oder mehr.

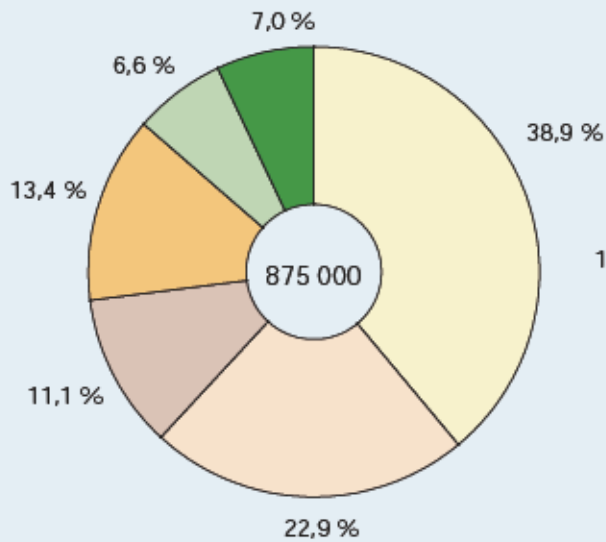
Haushalte von Rentnerehepaaren, bei denen in der Regel zwei Renten oder eine Rente und eine andere Einkommensquelle vorhanden ist, lagen erwartungsgemäß mehr im mittleren Einkommensbereich. So hatte nur knapp ein Fünftel weniger als 1300 Euro monatliches Nettoeinkommen, aber gut die Hälfte zwischen 1300 und 2600 Euro zur Verfügung. Fast drei Zehntel konnten über 2600 Euro oder mehr verfügen.

Die Einkommensstruktur der weiblichen Einperson-Rentnerhaushalte entsprach im Großen und Ganzen der aller allein stehenden Rentnerhaushalte, da gut drei Viertel der allein stehenden Rentner Frauen waren.

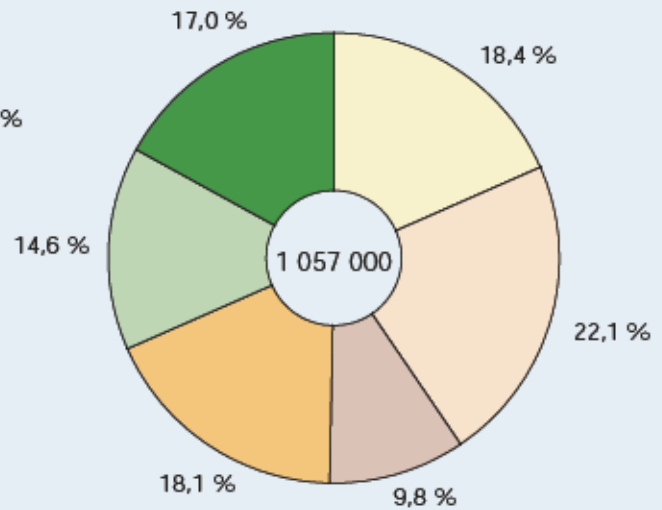
Ein Vergleich der Einkommensstruktur der Rentnerhaushalte des Jahres 2002 mit derjenigen des Jahres 1992 zeigt, dass die Rentner an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilgenommen haben. 1992 verfügten gut drei Fünftel aller Rentnerhaushalte nur über ein monatliches Nettoeinkom-

Rentnerhaushalte in Hessen 1992 und 2002 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

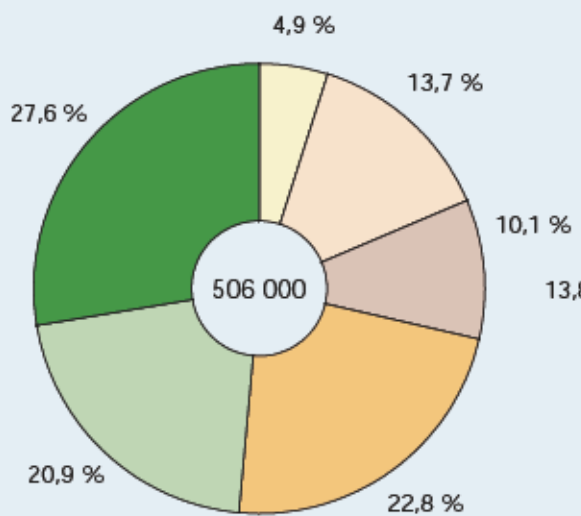
Rentnerhaushalte 1992



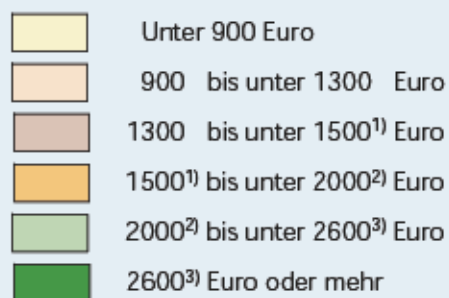
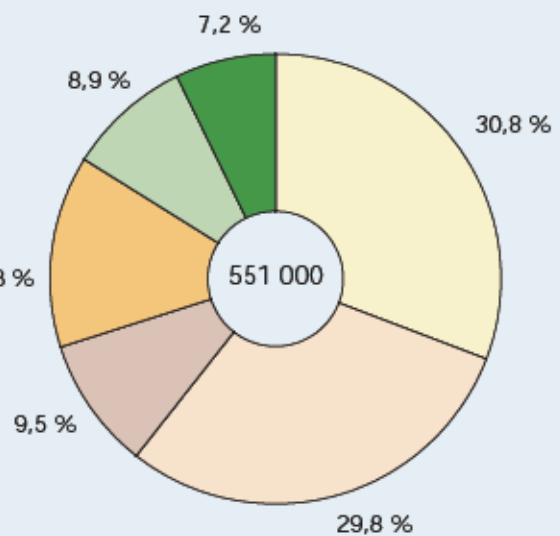
Rentnerhaushalte 2002



Rentnerehepaare 2002



Allein stehende Rentnerhaushalte 2002



1) Für 1992: 1550 Euro.
 2) Für 1992: 2050 Euro.
 3) Für 1992: 2550 Euro.

Rentnerhaushalte 1992 und 2002 in Hessen nach Haushaltseinkommen und Familienstand

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Euro ¹⁾	1992			Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Euro ¹⁾	2002		
	insgesamt	verheiratet ²⁾	allein stehend ³⁾		insgesamt	verheiratet ²⁾	allein stehend ³⁾
	%				%		
Unter 900	38,9	13,3	56,3	Unter 900	18,4	4,9	30,8
900 bis unter 1300	22,9	23,6	22,4	900 bis unter 1300	22,1	13,7	29,8
1300 bis unter 1550	11,1	15,8	8,0	1300 bis unter 1500	9,8	10,1	9,5
1550 bis unter 2050	13,4	21,9	7,6	1500 bis unter 2000	18,1	22,8	13,8
2050 bis unter 2550	6,6	11,7	3,2	2000 bis unter 2600	14,6	20,9	8,9
2550 bis unter 3050	3,4	6,6	(1,3)	2600 bis unter 3200	7,7	12,4	3,3
3050 bis unter 3850	1,9	3,8	.	3200 bis unter 4500	6,2	10,1	2,5
3850 oder mehr	1,7	3,3	.	4500 oder mehr	3,1	5,1	(1,4)
Insgesamt	100	100	100	Insgesamt	100	100	100

1) Aus allen Einkommensquellen. — 2) Und zusammen lebend. — 3) Ledig, verheiratet getrennt lebend, verwitwet, geschieden.

men von weniger als 1300 Euro, wobei dieser Anteil bei den Alleinstehenden fast vier Fünftel und bei den Verheirateten 37 % betrug. Zehn Jahre später mussten nur noch zwei Fünftel aller Rentnerhaushalte mit weniger als 1300 Euro monatlich auskommen. Demgegenüber nahm der Anteil der Rentnerhaushalte im mittleren Einkommensbereich (1300 bis unter 2600 Euro) sowie im oberen Bereich (2600 Euro oder mehr) um jeweils rund 10 Prozentpunkte zu. Während in den mittleren Einkommensbereich vor allem viele Haushalte von allein stehenden Rentnern hineinwuchsen, war dies im oberen Einkommensbereich bei den Haushalten von Rentnerhepaaren der Fall.

Aus den — im Rahmen der Befragung — von den Haushalten erhaltenen Angaben nach Einkommensgruppen kann man ein durchschnittliches Nettoeinkommen aller Rentnerhaushalte von rund 1280 Euro für 1992 und von rund 1800 Euro für 2002 errechnen. Im Zehnjahreszeitraum stieg somit das Durchschnittsnettoeinkommen der Rentnerhaushalte um rund 40 % und damit deutlich stärker als die Lebenshaltungskosten (gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) mit 19 %. Demgegenüber nahm das durchschnittliche Nettoeinkommen aller Haushalte nur um rund 27 % zu, und zwar von rund 1790 auf rund 2280 Euro. Es ist allerdings zu beachten, dass sich die Zusammensetzung der Rentnerhaushalte in diesem Zehnjahreszeitraum erheblich geändert hat. Immer mehr Doppelverdiener-Ehepaare traten die Verrentung an, sodass im Ruhestand zwei Renten in Form von eigenen Renten oder eigener Rente und Witwenrente zur Verfügung stehen. Zudem weisen immer mehr Rentner sehr lange Beitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung auf, wodurch sich ein vergleichsweise hohes Rentenniveau ergibt. Diese strukturellen Aspekte sind bei der Interpretation der o. g. Veränderungsraten zu beachten.

Weniger als 1 % der Senioren-Haushalte leben überwiegend von Sozialhilfe

Im Jahr 2002 waren für 56 000 Haushalte Sozialhilfe und Asylbewerberleistungen die überwiegende Unterhaltsquel-

le. Bei drei Zehnteln dieser Haushalte war die Bezugsperson zwischen 35 und 45 Jahre und bei fast einem Viertel zwischen 25 und 35 Jahre alt. Es handelt sich hier vor allem um Haushalte von allein erziehenden Frauen, die mangels keiner oder nur geringer Einkommen aus Erwerbstätigkeit auf Sozialhilfe angewiesen waren, sowie um Haushalte von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen. Demgegenüber gab es nur etwa 7000 Haushalte von Bezugspersonen in der Altersgruppe der 65-Jährigen oder Älteren, das waren 12 % aller Haushalte, die überwiegend von der Sozialhilfe lebten. Damit betrug der Anteil der Sozialhilfehaushalte unter den Senioren nur 1 %, bezogen auf alle Haushalte mit Bezugsperson in dieser Altersgruppe, während der entsprechende Anteil unter den Haushalten der unter 25-Jährigen 4 %, unter den Haushalten der 25- bis unter 35-Jährigen sowie unter den Haushalten der 35- bis unter 45-Jährigen jeweils 3 % betrug. Es zeigt sich auch hier, dass Rentner — auf Grund vieler Berufsjahre — im Allgemeinen eine ausreichende Rente erhalten, sodass sie nur in Ausnahmefällen auf Sozialhilfe angewiesen sind.

34 000 Sozialhilfehaushalte hatten eine deutsche und 22 000 eine nichtdeutsche Bezugsperson, wobei bei den Ausländern vor allem die Leistungen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge von Bedeutung sind. Damit war der Anteil der Sozialhilfehaushalte unter den Nichtdeutschen mit 8 % sechsmal so hoch wie bei den Deutschen (1,3 %).

Die Gesamtzahl der Haushalte, die Sozialhilfe oder Asylbewerberleistungen als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 2001 — nach den Ergebnissen der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik — bekamen, lag deutlich höher als die Zahl der Haushalte, die überwiegend von Sozialhilfe lebte, da diese Leistungen weitaus häufiger ergänzende als überwiegende Unterhaltsquelle waren. So bekamen nach den Ergebnissen der Sozialhilfestatistik 120 000 Haushalte am Jahresende 2001 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Weitere 14 500 Haushalte von Regelleistungsempfängern erhielten Ende 2001 laufende Hilfe nach dem Asylbewerberleis-

tungsgesetz. Von den Sozialhilfeempfängern waren nur knapp 9 % und von den Asylbewerberleistungsempfängern 2 % im Alter von 65 oder mehr Jahren.

Haushalte von Senioren häufig Haus- und Grundbesitzer

Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe besaß Anfang 1998 jeder zweite hessische Haus-

halt Haus- und Grundbesitz. In der Altersgruppe der 45- bis unter 55-jährigen sowie der 55- bis unter 65-jährigen Haupteinkommensbezieher betrug dieser Anteil jeweils zwei Drittel. Unter den Senioren im Alter von 65 bis unter 70 Jahren verfügten noch gut drei Fünftel über Haus- und Grundbesitz. Deutlich niedriger war die Quote der Haus- und Grundbesitzer bei den Bezugspersonen im Alter von 70 oder mehr Jahren mit 44 %. □

Veröffentlichungsreihen des Hessischen Statistischen Landesamtes

Im nachstehenden Überblick konnten nicht alle Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes aufgenommen werden. Ausführliche Hinweise (mit Erscheinungsfolge, regionaler Gliederung und Preisangaben) über das Veröffentlichungsprogramm gibt das „Verzeichnis der Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes“, das kostenlos angefordert werden kann.

Staat und Wirtschaft in Hessen

In dieser monatlich erscheinenden Zeitschrift des Hessischen Statistischen Landesamtes werden in Aufsätzen und Kurzberichten die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatlichen und politischen Verhältnisse und Entwicklungen im Lande Hessen dargestellt. Ein Anhang („Hessischer Zahlenspiegel“) bietet über 300 ausgewählte neue, meist monatliche Daten aus der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik, jeweils mit Vergleichszahlen für vorangegangene Monate und mit Jahresdurchschnitten. Vierteljährlich mit dem „Hessischen Umwelt-Monitor“.

Hessische Kreiszahlen

Die Veröffentlichung erscheint zweimal jährlich. Sie bringt für jeden Landkreis und für jede kreisfreie Stadt jeweils rund 400 bis 500 Daten aus den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen, dazu ausgewählte Daten für Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern sowie für den Umlandverband Frankfurt. Ein Anhang enthält „Ausgewählte Daten im Zeitvergleich“.

Hessische Gemeindestatistik

Veröffentlichungen dieser Reihe erscheinen im allgemeinen nach Großzählungen. Mit Ergebnissen laufender Statistiken ist Ende 1980 erstmals ein Band dieser Reihe veröffentlicht worden, um der Nachfrage nach Gemeindeergebnissen auch zwischen den Großzählungen gerecht zu werden. Jeweils in der zweiten Jahreshälfte werden die Folgebände veröffentlicht. Die „Hessische Gemeindestatistik“ enthält für jede Gemeinde und jeden Landkreis, den Planungsverband Frankfurt, den Umlandverband Frankfurt, den Rhein-Main-Verdichtungsraum und den Zweckverband Raum Kassel Zahlenmaterial aus den Bereichen Gebiet und Bevölkerung, Beschäftigung, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft und Wohnungswesen, Verkehr, Finanzen und Steuern.

Beiträge zur Statistik Hessens

In dieser Reihe werden Ergebnisse von Groß- und Sonderzählungen in ausführlicher Form veröffentlicht. Es handelt sich hier um die eigentlichen statistischen Quellen-Veröffentlichungen.

Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes

Die Statistischen Berichte (derzeit rund 90 Reihen) erscheinen als aktuelle Informationen über das angefallene Material aus allen Sachgebieten der amtlichen Statistik. Titel und Kenn-Nummern der wichtigsten Berichte sind in allen Statistischen Landesämtern gleich; auch der Inhalt ist weitgehend vergleichbar.

Statistisches Handbuch für das Land Hessen

Das Statistische Handbuch schließt im Aufbau weitgehend an die bis 1993 herausgegebenen „Statistischen Taschenbücher“ an, allerdings erweitert um textliche Kurzbeschreibungen der wichtigsten Hauptabschnitte und um grafische Darstellungen. Das Handbuch bringt einen guten Querschnitt der statistischen Ergebnisse für das Land Hessen und seine Verwaltungsbezirke. Darüber hinaus wird in zwei gesonderten Kapiteln Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union dargestellt. Handbücher erscheinen in zweijährlichem Turnus.

W-113

Hessisches Statistisches Landesamt · Vertriebsstelle · 65175 Wiesbaden
(Tel: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992 · E-Mail: vertrieb@hsl.de)

10 Jahre erzieherische Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz

Am 1. Januar 1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) in Kraft, das der Weiterentwicklung der Jugendhilfepraxis Rechnung tragen sollte. Auch die Jugendhilfestatistiken wurden den geänderten gesetzlichen Grundlagen angepasst. In dem folgenden Beitrag wird die Entwicklung der „Institutionellen Beratung“ und der „Einzelbetreuung“ näher untersucht. Bei der Erziehungsberatung gab es innerhalb von 10 Jahren einen Anstieg der Beratungen um vier Fünftel. Bei gut 1 % aller Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden unter 27 Jahren wurde 2001 eine Beratung durchgeführt, wobei diese Quote bei den Buben und jungen Männern deutlich höher war als bei den Mädchen und jungen Frauen. Am häufigsten wurden die Beratungsstellen in den ersten Schuljahren aufgesucht. Bei den Jungen im Alter von 6 bis unter 12 Jahren waren es immerhin fast 3 % dieser Altersgruppe. Schulprobleme waren hier der häufigste Anlass der Beratung. Bei der Einzelbetreuung handelt es sich um eine Hilfeart, die intensiver auf die jungen Menschen einwirkt als die Erziehungsberatung. Die ambulante Einzelbetreuung wird in Form der Unterstützung durch Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer bzw. in Form der sozialen Gruppenarbeit gewährt. Absolut und relativ am stärksten wurden Einzelbetreuungsmaßnahmen im Jahr 2001 bei Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren eingesetzt mit einem Anteil von 5 % der Altersgruppe, wobei die Quote bei den Jungen mehr als doppelt so hoch war wie bei den Mädchen. In dieser Altersgruppe waren zwar bei jedem zweiten Betreuten Schul- und Ausbildungsprobleme der häufigste Anlass der Hilfe, aber eine Straftat des Jugendlichen war bereits bei drei Zehnteln der wichtigste Anlass der Hilfe. Bei den jungen Männern im Alter von 18 bis unter 27 Jahren war eine begangene Straftat mit einem Anteil von drei Fünfteln der häufigste Anlass der Einzelbetreuung, meist durch einen Betreuungshelfer oder in Form der sozialen Gruppenarbeit.

1 Überblick

Zahlenmäßig hat die Erziehungsberatung eine weitaus größere Bedeutung als die Einzelbetreuung. So fielen im Jahr 2001 gut 87 % auf die institutionelle Beratung und nur knapp 13 % auf die Einzelbetreuung. Der Anteil der Einzelbetreuung war jedoch beim männlichen Geschlecht mit fast 15 % deutlich höher als bei den Mädchen und jungen Frauen mit einem Zehntel. Die Quote der jungen Menschen mit erzieherischer Hilfe, für die eine Einzelbetreuung angeordnet wurde, nahm mit steigendem Alter deutlich zu. In der Altersgruppe der 15- bis unter 18-Jährigen reichte nur noch bei sieben Zehnteln die Erziehungsberatung aus, während bei drei Zehnteln Hilfe durch einen Betreuungshelfer oder einen Erziehungsbeistand bzw. in Form der sozialen Gruppenarbeit erforderlich wurde. Bei den männlichen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren war der letztgenannte Anteil mit 36 % fast doppelt so hoch wie beim weiblichen Geschlecht der gleichen Altersgruppe.

Die Hälfte aller jungen Menschen mit erzieherischer Hilfe in Form der Erziehungsberatung oder der Einzelbetreuung wohnte bei den Eltern. Dabei war der Anteil bei der Erziehungsberatung mit gut der Hälfte deutlich höher — auf Grund niedrigeren Durchschnittsalters — als bei der Einzelbetreuung mit knapp zwei Fünfteln. Demgegenüber lebten junge Menschen mit Betreuungshelfer, Erziehungsbeistand oder in sozialer Gruppenarbeit relativ häufiger bei einem allein erziehenden Elternteil, bei Großeltern, Verwandten, in einer Pflegefamilie, in einer Wohngemeinschaft oder in einer eigenen Wohnung.

Schul- oder Ausbildungsprobleme waren bei der Einzelbetreuung mit fast der Hälfte aller Fälle weitaus häufiger Anlass für die Hilfe als bei der Erziehungsberatung mit drei Zehnteln. Auch Entwicklungsauffälligkeiten waren für die Anordnung eines Betreuungshelfers, eines Erziehungsbeistands oder einer sozialen Gruppenarbeit um 12 Prozentpunkte häufiger als bei der institutionellen Beratung. Eine Straftat des Jugendlichen oder jungen Volljährigen hatte bei der Einzelbetreuung mit knapp einem Fünftel große Bedeutung, während jungen Menschen mit diesem Anlass durch die Erziehungsberatung nur relativ selten geholfen wurde. Auch sonstige Probleme in und mit der Familie hatten bei der Einzelbetreuung eine etwas größere Bedeutung als bei der Erziehungsberatung. Demgegenüber waren Trennung oder Scheidung der Eltern bei der Erziehungsberatung mit einem Viertel mehr als dreimal so häufig Anlass für den Weg in die Beratungsstelle als bei der Einzelbetreuung Anlass zur Hilfe. Auch Beziehungsprobleme waren bei der Erziehungsberatung um fast 10 Prozentpunkte stärker vertreten als bei der Einzelbetreuung.

2 Institutionelle Beratung

Die institutionelle Beratung ist die mit Abstand häufigste Form der ambulanten erzieherischen Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Die institutionelle Beratung setzt beim einzelnen jungen Menschen an, um bei der Bewältigung individueller und familiärer Probleme zu helfen. Bei der Beratung, die in einer Einrichtung — zumeist in einer Erziehungsberatungsstelle — durchgeführt und deshalb als

Junge Menschen mit erzieherischen Hilfen in Hessen 2001 nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe	2001						Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1991 in %		
	insgesamt		männlich		weiblich				
	Anzahl	auf 10 000 ¹⁾	Anzahl	auf 10 000 ¹⁾	Anzahl	auf 10 000 ¹⁾	insgesamt	männlich	weiblich
Beendete institutionelle Beratung									
Unter 6 Jahre	4 057	111,5	2 424	129,7	1 633	92,2	66,3	62,6	72,3
6 bis unter 12 Jahre	8 647	226,2	5 462	279,6	3 185	170,3	68,7	59,6	86,9
12 bis unter 15 Jahre	3 608	188,1	2 075	210,5	1 533	164,3	153,2	146,7	162,5
15 bis unter 18 Jahre	2 357	130,2	1 207	129,4	1 150	131,0	119,9	142,4	100,3
Unter 18 Jahre	18 669	166,8	11 168	194,5	7 501	137,6	85,5	78,6	96,9
18 bis unter 27 Jahre	1 841	30,9	847	28,3	994	33,4	42,9	57,7	32,4
Z u s a m m e n	20 510	119,5	12 015	137,6	8 495	100,8	80,7	77,0	86,3
Einzelbetreuung									
Unter 6 Jahre	117	3,2	68	3,6	49	2,8	12,5	15,3	8,9
6 bis unter 12 Jahre	701	18,3	479	24,5	222	11,9	31,8	53,0	1,4
12 bis unter 15 Jahre	707	36,9	497	50,4	210	22,5	23,8	47,0	- 9,9
15 bis unter 18 Jahre	969	53,5	676	72,5	293	33,4	62,9	70,3	48,0
Unter 18 Jahre	2 494	22,3	1 720	30,0	774	14,2	38,4	55,4	11,4
18 bis unter 27 Jahre	499	8,4	343	11,5	156	5,2	19,4	7,2	59,2
Z u s a m m e n	2 993	17,4	2 063	23,6	930	11,0	34,8	44,6	17,3
Insgesamt									
Unter 6 Jahre	4 174	114,7	2 492	133,3	1 682	95,0	64,1	60,8	69,4
6 bis unter 12 Jahre	9 348	244,5	5 941	304,1	3 407	182,2	65,2	59,0	77,2
12 bis unter 15 Jahre	4 315	224,9	2 572	260,9	1 743	186,8	116,2	118,2	113,3
15 bis unter 18 Jahre	3 326	183,7	1 883	201,9	1 443	164,3	99,5	110,4	86,9
Unter 18 Jahre	21 163	189,1	12 888	224,5	8 275	151,8	78,4	75,1	83,7
18 bis unter 27 Jahre	2 340	39,2	1 190	39,8	1 150	38,6	37,2	38,9	35,5
Insgesamt	23 503	137,0	14 078	161,3	9 425	111,8	73,2	71,3	76,0

1) Auf 10 000 Personen gleichen Alters und Geschlechts.

Institutionelle Beratung bezeichnet wird, handelt es sich um Gespräche und therapeutische Hilfen. Die Kontaktaufnahme erfolgt meist durch die Eltern, vor allem die Mutter des Kindes. Mit zunehmendem Alter suchen die jungen Menschen aus eigenem Antrieb eine Beratungsstelle auf.

20 500 Beratungen im Jahr 2001 abgeschlossen

Im Jahr 2001 wurden 20 500 institutionelle Beratungen beendet, das waren über 9000 oder gut vier Fünftel mehr als zehn Jahre zuvor. Der Anstieg war bei den Mädchen und jungen Frauen mit 86 % noch stärker als bei den Knaben und jungen Männern mit 77 %. Besonders kräftig waren die Zunahmen in den Altersgruppen der 12- bis unter 15-Jährigen und der 15- bis unter 18-Jährigen. Im Durchschnitt dauerten die Beratungen sieben Monate. Gut sieben Zehntel der Beratungen wurden einvernehmlich abgeschlossen. Bei knapp einem Zehntel erfolgte eine „Weiterverweisung“, das heißt, die begonnene Hilfe sollte durch eine andere Stelle und durch andere Maßnahmen weitergeführt werden. Knapp ein Fünftel der Beratungen wurde dadurch beendet, dass der zu Beratende den Kontakt zur Hilfestelle einseitig abbrach.

Junge Männer nahmen deutlich stärker die Beratung in Anspruch als Mädchen und junge Frauen. So schlossen 14 % aller jungen Männer unter 27 Jahren im Jahr 2001 eine Beratung ab, während es bei den jungen Frauen nur 10 % waren. Im gesamten Zehnjahreszeitraum nahmen die Beratungen

bei beiden Geschlechtern durchweg zu, wobei der Anstieg bei den Mädchen und jungen Frauen — mit Ausnahme der 15- bis unter 27-Jährigen — kräftiger ausfiel als bei den Personen männlichen Geschlechts.

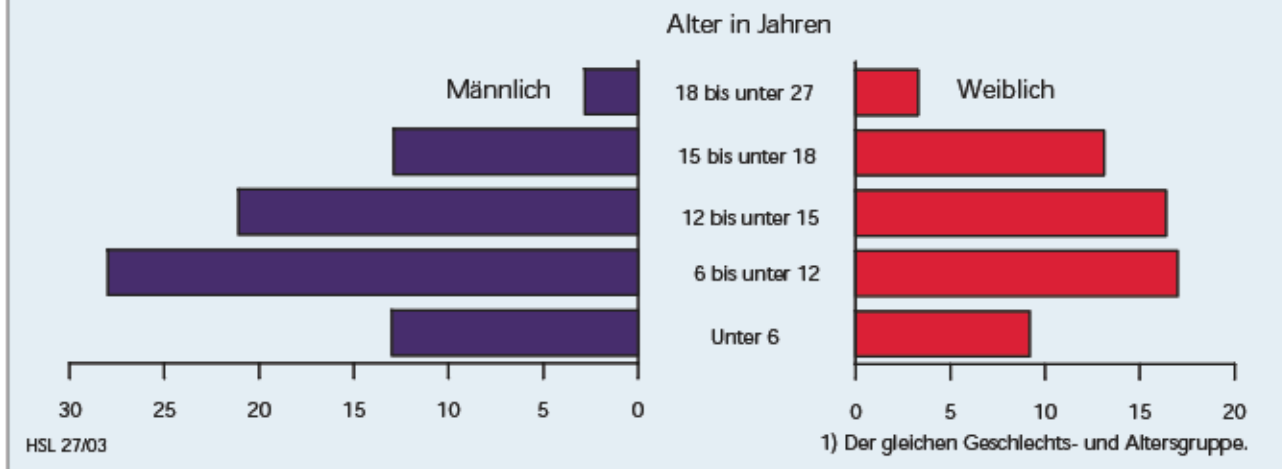
Beratungsbedarf in den ersten Schuljahren am größten

Die Dienste der Beratungsstellen wurden am häufigsten von den Kindern im Alter von 6 bis unter 12 Jahren in Anspruch genommen, und zwar von 28 % aller Jungen und 17 % aller Mädchen entsprechenden Alters. Mit zunehmendem Alter wurden die Beratungen seltener. Bei den unter 15-Jährigen nahmen Jungen weitaus häufiger die Beratungsstellen in Anspruch als Mädchen. Dagegen war bei den jungen Frauen zwischen 15 und 18 Jahren der Beratungsbedarf ein wenig höher als bei den jungen Männern in der gleichen Altersgruppe. Auf deutlich niedrigerem Niveau als bei den Kindern und Jugendlichen im Alter unter 18 Jahren waren die Beratungen bei den jungen Volljährigen, wobei unter den Frauen die Quote der Hilfeempfänger etwas höher lag als bei den gleichaltrigen Männern.

Gut drei Zehntel der Minderjährigen mit Beratungsbedarf lebte bei einem allein erziehenden Elternteil

Gut die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, deren Erziehungsberatung 2001 endete, lebte zu Beginn der Beratung

Junge Menschen in Hessen mit 2001 beendeter institutioneller Beratung auf 1000 Personen¹⁾ nach Geschlecht und Altersgruppen



bei den Eltern, also in einer vollständigen Familie. Gut drei Zehntel der Minderjährigen hielten sich bei einem allein erziehenden Elternteil auf, und gut jedes achte Kind wohnte bei einem Elternteil mit Stiefelternteil oder Partner. Die restlichen 3 % lebten außerhalb des Elternhauses, vor allem bei Großeltern oder sonstigen Verwandten, bei Pflegeeltern oder in Heimen.

Ganz anders waren die Wohnverhältnisse bei den jungen Volljährigen im Alter von 18 bis unter 27 Jahren. Nur 45 % wohnten noch bei den Eltern, während gut ein Viertel in einer eigenen Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft lebte. Bei den jungen Frauen war der zuletzt genannte Anteil mit einem Drittel fast doppelt so hoch wie bei den jungen Männern.

Beziehungsprobleme häufigster Beratungsanlass

Die Darstellung der Beratungsanlässe soll die Störungs- oder Krisensymptome beschreiben, die zur Kontaktaufnahme mit einer Beratungsstelle geführt hatten. Da angesichts komplexer Lebenssituationen die Angabe nur eines „Anlasses“ die Problemlage nur unzureichend wiedergibt, können die Beratungsstellen bis zu zwei „Anlässe“ angeben, was im Jahr 2001 bei fast jedem zweiten Beratungsfall auch erfolgte.

Bei gut einem Drittel der jungen Menschen führten „Beziehungsprobleme“ zum Weg in die Beratungsstellen. Beziehungsprobleme können im Erziehungsgeschehen zwischen Eltern und Kind, im Verhältnis der Eltern untereinander und im zwischenmenschlichen Kontakt zu den Geschwistern, aber auch zu Schulkameraden, Lehrern oder Nachbarn auftreten. An zweiter Stelle folgten Schul- oder Ausbildungsprobleme, die bei drei Zehnteln — allein oder mit einem weiteren Anlass — zum Aufsuchen einer Beratungsstelle führten. Bei fast einem Viertel der Beratungsfälle waren Trennung oder Scheidung der Eltern ursächlich. Auf dem vierten Platz lagen Entwicklungsauffälligkeiten mit knapp einem

Viertel, gefolgt von „sonstigen“ Problemen in oder mit der Familie, die bei jedem fünften jungen Menschen ein Anlass zur Beratung waren. Bei 3 % der Beratungsfälle lagen Anzeichen für sexuellen Missbrauch vor, bei 2 % Suchtprobleme. Eine Straftat des Jugendlichen oder jungen Volljährigen, Anzeichen für Misshandlung sowie Wohnungsprobleme (unzureichende Wohnverhältnisse, Nichtsesshaftigkeit, Obdachlosigkeit) wurden bei jeweils rund 1 % der Beratungen angegeben.

Altersgruppenspezifische Beratungsanlässe bei Kindern und Jugendlichen

Zwischen den Altersgruppen bestanden große Unterschiede bei der Struktur der Beratungsanlässe. Entwicklungsauffälligkeiten waren der häufigste Beratungsanlass bei den unter 6-jährigen Kindern; sie wurden bei 36 % aller Beratungsfälle angegeben. Von großer Bedeutung waren noch Beziehungsprobleme und Trennung oder Scheidung der Eltern mit jeweils rund einem Drittel sowie sonstige Probleme in und mit der Familie mit gut einem Fünftel.

Schulprobleme hatten die größte Bedeutung bei den 6- bis unter 12-jährigen Kindern; für fast zwei Fünftel waren sie Beratungsanlass. Auf dem zweiten Platz folgten Beziehungsprobleme mit knapp einem Drittel. Entwicklungsauffälligkeiten bzw. Trennung oder Scheidung der Eltern wurden bei gut jedem vierten Beratungsfall angegeben.

Auch bei den 12- bis unter 15-jährigen Kindern waren schulische Probleme mit einem Anteil von 44 % wichtigster Anlass für das Aufsuchen einer Beratungsstelle. Es folgten Beziehungsprobleme mit einem Anteil von zwei Fünfteln. Auf den nächsten Plätzen lagen Trennung oder Scheidung der Eltern und sonstige Probleme in und mit der Familie.

Noch deutlicher tritt die Veränderung der Struktur der Beratungsanlässe mit zunehmendem Alter in der Gruppe der Ju-

**Junge Menschen mit erzieherischen Hilfen 2001 nach Altersgruppen,
Geschlecht und Art des Aufenthalts**

Altersgruppe Geschlecht	Insgesamt	davon Aufenthalt						
		bei den Eltern	bei einem Elternteil mit Stiefelertenanteil oder Partner	beim allein erziehenden Elternteil	bei Großeltern, Verwandten, in einer Pflegefamilie	im Heim	in einer Wohngemeinschaft, eigenen Wohnung	ohne feste Unterkunft, an unbekanntem Ort
		%						
Beendete institutionelle Beratung								
Unter 6 Jahre	4 057	56,8	7,9	33,2	1,8	0,1	0,0	0,2
6 bis unter 12 Jahre	8 647	51,4	13,8	32,5	1,9	0,3	0,0	0,1
12 bis unter 18 Jahre	5 965	48,7	16,6	29,3	2,7	1,5	0,8	0,4
Unter 18 Jahre	18 669	51,7	13,4	31,6	2,1	0,7	0,3	0,2
18 bis unter 27 Jahre	1 841	45,3	11,7	12,5	1,6	1,1	25,7	2,1
Männlich	12 015	53,4	13,1	29,5	1,9	0,6	1,3	0,3
Unter 18 Jahre	11 168	53,8	13,2	30,3	1,9	0,6	0,1	0,1
18 bis unter 27 Jahre	847	49,0	11,0	17,8	1,7	0,9	17,7	1,9
Weiblich	8 495	47,9	13,5	30,5	2,3	0,8	4,3	0,6
Unter 18 Jahre	7 501	48,7	13,7	33,5	2,4	0,8	0,4	0,3
18 bis unter 27 Jahre	994	42,2	12,3	7,9	1,6	1,2	32,5	2,3
Z u s a m m e n	20 510	51,1	13,3	29,9	2,1	0,7	2,6	0,4
Einzelbetreuung								
Unter 6 Jahre	117	39,3	12,8	39,3	7,7	—	0,9	—
6 bis unter 12 Jahre	701	43,2	14,0	37,5	4,6	0,4	0,3	—
12 bis unter 18 Jahre	1 676	38,8	15,4	35,1	6,2	1,1	3,0	0,5
Unter 18 Jahre	2 494	40,1	14,9	36,0	5,8	0,8	2,1	0,3
18 bis unter 27 Jahre	499	32,5	6,2	15,8	4,8	2,2	36,3	2,2
Männlich	2 063	41,5	12,7	33,7	4,6	1,0	5,8	0,7
Unter 18 Jahre	1 720	41,8	14,1	36,9	4,6	0,8	1,6	0,2
18 bis unter 27 Jahre	343	40,2	5,2	18,1	4,7	2,3	26,5	2,9
Weiblich	930	32,7	15,2	30,1	8,0	1,2	12,4	0,5
Unter 18 Jahre	774	36,2	16,5	34,0	8,5	1,0	3,2	0,5
18 bis unter 27 Jahre	156	15,4	8,3	10,9	5,1	1,9	57,7	0,6
Z u s a m m e n	2 993	38,8	13,4	32,6	5,6	1,1	7,8	0,6

gendlichen von 15 bis unter 18 Jahren zu Tage. 45 % der Jugendlichen, die eine Beratungsstelle aufsuchten, hatten Beziehungsprobleme. Bei 36 % der Jugendlichen waren Schul- oder Ausbildungsprobleme der einzige oder ein weiterer Anlass. Sonstige Probleme in oder mit der Familie traten immerhin bei gut jedem fünften Beratungsfall auf, während Trennung oder Scheidung der Eltern erst auf dem vierten Platz lagen. Entwicklungsauffälligkeiten folgten auf dem fünften Platz. Von nicht unerheblicher Bedeutung waren in dieser Altersgruppe allerdings eine Straftat des Jugendlichen sowie Suchtprobleme (jeweils 5 %).

Beziehungsprobleme bei jungen Volljährigen

Die Verschiebung der Struktur der Beratungsanlässe setzt sich verstärkt bei den jungen Volljährigen fort. Beziehungsprobleme waren mit einem Anteil von fast zwei Fünfteln der dominierende Beratungsanlass bei diesen Menschen, gefolgt von den sonstigen Problemen in und mit der Familie mit gut drei Zehnteln. Schul- oder Ausbildungsprobleme traten bei gut jedem fünften, Trennung oder Scheidung der Eltern

bei gut jedem sechsten jungen Volljährigen auf, der eine Beratungsstelle aufsuchte. Entwicklungsauffälligkeiten waren bei jedem Neunten und Suchtprobleme bei jedem Zwölften von Bedeutung.

Schul- oder Ausbildungsprobleme bei Jungen weitaus häufiger als bei Mädchen

Auch zwischen den Geschlechtern gab es in den jeweiligen Altersgruppen deutliche Unterschiede in der Struktur der Beratungsanlässe. Schul- oder Ausbildungsprobleme waren bei männlichen Personen mit 35 % weitaus häufiger anzutreffen als bei weiblichen (23 %). Demgegenüber hatten Beziehungsprobleme bei den Mädchen und jungen Frauen mit 38 % eine etwas größere Bedeutung als beim männlichen Geschlecht (34 %). Entwicklungsauffälligkeiten wurden bei den männlichen Personen mit gut jedem vierten angegeben, während es bei den Mädchen und jungen Frauen nur jede fünfte war. Trennung oder Scheidung der Eltern führten bei den weiblichen Personen häufiger in die Beratungsstelle als beim männlichen Geschlecht. So wurde dieser Anlass bei

**Junge Menschen mit erzieherischen Hilfen 2001 nach Altersgruppen,
Geschlecht und Anlass der Beratung bzw. Hilfen**

Altersgruppe Geschlecht	Ins- gesamt ¹⁾	Anlass der Beratung bzw. Hilfen ²⁾									
		Entwick- lungs- auffällig- keiten	Bezie- hungs- pro- bleme	Schul-/ Ausbil- dungs- pro- bleme	Straftat des Ju- gendl./ jungen Voll- jährigen	Sucht- pro- bleme	An- zeichen für Misshand- lung	An- zeichen für sexuellen Miss- brauch	Tren- nung/ Schei- dung der Eltern	Woh- nungs- pro- bleme, Arbeits- losigkeit	sonstige Pro- bleme in und mit der Familie
Beendete institutionelle Beratung											
Unter 6 Jahre	4 057	36,3	33,5	2,4	—	—	0,8	3,2	31,9	0,7	22,5
6 bis unter 12 Jahre	8 647	27,0	31,8	37,9	—	0,2	0,9	1,8	26,7	0,3	16,2
12 bis unter 15 Jahre	3 608	17,7	39,7	43,5	2,1	1,2	0,8	3,0	22,0	0,4	18,6
15 bis unter 18 Jahre	2357	14,3	45,1	36,2	5,4	5,4	0,8	3,6	16,0	1,0	21,1
Unter 18 Jahre	18 669	25,6	35,4	31,0	1,1	0,9	0,8	2,6	25,6	0,5	18,6
18 bis unter 27 Jahre	1 841	11,4	39,3	21,6	4,5	8,4	0,5	3,4	17,5	1,5	31,3
Männlich	12 015	26,6	33,9	35,0	1,8	1,8	0,7	0,9	23,4	0,5	18,1
Unter 18 Jahre	11 168	27,9	33,6	35,7	1,3	1,0	0,8	1,0	23,9	0,5	17,5
18 bis unter 27 Jahre	847	11,1	37,2	26,3	8,7	12,6	0,1	0,4	16,6	1,5	26,6
Weiblich	8 495	21,1	38,3	23,3	0,8	1,5	0,9	5,0	27,0	0,6	22,1
Unter 18 Jahre	7 501	22,3	37,9	24,1	0,8	1,0	0,9	4,9	28,1	0,5	20,3
18 bis unter 27 Jahre	994	11,7	41,1	17,6	0,9	4,7	0,8	6,0	18,3	1,4	35,3
Z u s a m m e n	20 510	24,3	35,7	30,2	1,4	1,7	0,8	2,6	24,8	0,6	19,8
Einzelbetreuung											
Unter 6 Jahre	117	50,4	17,9	—	—	—	0,9	0,9	20,5	4,3	56,4
6 bis unter 12 Jahre	701	50,1	25,5	52,8	—	0,4	1,4	2,3	12,3	0,6	26,3
12 bis unter 15 Jahre	707	44,8	32,4	60,1	1,8	1,7	1,1	1,1	8,2	0,7	23,2
15 bis unter 18 Jahre	969	25,5	27,1	52,8	30,8	4,9	0,6	1,8	3,9	1,4	20,0
Unter 18 Jahre	2 494	39,1	27,7	52,5	12,5	2,5	1,0	1,4	8,3	1,0	24,5
18 bis unter 27 Jahre	499	19,8	21,4	29,5	45,5	12,2	1,0	2,0	2,8	7,0	18,6
Männlich	2 063	35,5	23,7	51,9	22,6	3,7	0,5	0,8	6,8	1,8	19,5
Unter 18 Jahre	1 720	39,1	25,8	56,3	15,4	2,3	0,6	0,8	7,6	0,8	20,9
18 bis unter 27 Jahre	343	17,0	14,6	30,0	58,6	6,7	0,3	0,9	2,6	6,7	12,8
Weiblich	930	36,7	33,3	41,5	7,7	4,9	2,0	3,9	8,7	2,6	32,3
Unter 18 Jahre	774	38,9	32,0	44,2	5,9	3,0	1,9	3,7	9,8	1,2	32,4
18 bis unter 27 Jahre	156	25,6	39,7	28,2	16,7	14,7	2,6	4,5	3,2	7,7	31,4
Z u s a m m e n	2 993	35,9	26,7	48,7	18,0	4,1	1,0	1,8	7,4	2,1	23,5

1) Ohne Mehrfachzählungen. — 2) Für jeden jungen Menschen konnten bis zu zwei Anlässe der Beratung bzw. Hilfe angegeben werden.

27 % der Mädchen, aber nur bei 23 % der Jungen festgestellt. Die sonstigen Probleme in und mit der Familie waren bei Mädchen und jungen Frauen ebenfalls mit 22 % ausgeprägter als bei Knaben und jungen Männern.

Auch bei den jungen Volljährigen gab es einige Besonderheiten bei der Untergliederung nach dem Geschlecht. Bei jedem achten jungen Mann waren Suchtprobleme und bei jedem elften eine Straftat Anlass für den Weg in die Beratungsstelle. Andererseits waren für 6 % der jungen Frauen Anzeichen für sexuellen Missbrauch Grund für eine Beratung.

Trennung oder Scheidung der Eltern weitaus häufiger Beratungsanlass als vor zehn Jahren

Gegenüber 1991 sanken die Anteile der Anlässe Entwicklungsauffälligkeiten um 9 und Beziehungsprobleme um 6 Prozentpunkte. Demgegenüber nahm die Bedeutung einer Trennung bzw. Scheidung der Eltern als Anlass für das Aufsuchen einer Erziehungsberatungsstelle kräf-

tig zu, und zwar um 10 Prozentpunkte. Leicht gestiegen ist auch der Anlass Schul- oder Ausbildungsprobleme (+ 1 Prozentpunkt).

3 Einzelbetreuung

Die ambulante Einzelbetreuung in Form der Unterstützung durch Erziehungsbeistände oder Betreuungshelfer bzw. in Form der sozialen Gruppenarbeit soll Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen bei der Bewältigung ihrer Entwicklungsprobleme beistehen. Es handelt sich hier um eine Hilfeart, die intensiver auf die jungen Menschen einwirkt als die institutionelle Beratung. Während die Erziehungsbeistandschaft bereits im alten Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) als ambulante erzieherische Hilfe eingeführt war, wurde der Betreuungshelfer im Rahmen der Jugendgerichtshilfe als zusätzliche Hilfeart aufgenommen. Bei der sozialen Gruppenarbeit wird auf ein gruppenpädagogisches Konzept zurückgegriffen, um die Entwicklung des Heranwachsenden durch soziales Lernen in der Gruppe zu fördern.

Ein Drittel mehr Einzelbetreuungen als vor 10 Jahren

Bei der Einzelbetreuung werden — im Gegensatz zur institutionellen Beratung — nicht nur die im Jahr abgeschlossenen, sondern auch die über das Jahr hinaus gehenden Betreuungsanlässe gezählt. Im Jahr 2001 wurde in Hessen fast 3000 Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen durch Erziehungsbeistände, Betreuungshelfer oder in Form sozialer Gruppenarbeit bei der Bewältigung ihrer Entwicklungsprobleme geholfen. Bei rund 1750 jungen Menschen dauerte die Hilfe am Jahresende 2001 noch an, während sie bei 1250 Personen im Laufe des Jahres beendet wurde. Im Durchschnitt dauerte die Einzelbetreuung durch öffentliche oder freie Träger der Jugendhilfe 13 Monate, also deutlich länger als die Erziehungsberatungen. Gegenüber 1991 nahm die Zahl der Einzelbetreuungen um 35 % zu, wobei der Anstieg bei den Personen männlichen Geschlechts weitaus stärker war als bei den Mädchen und jungen Frauen.

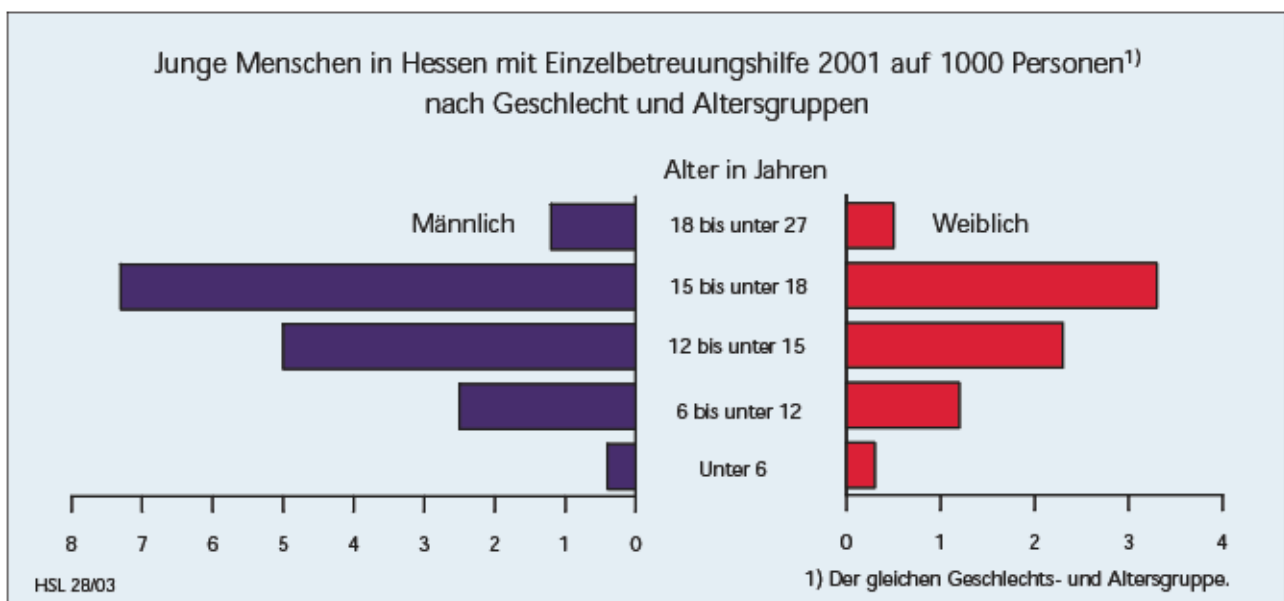
Die relative Häufigkeit der Einzelbetreuung war im Jahr 2001 bei den Jungen und volljährigen Männern mit 24 Fällen auf 10 000 Einwohner dieser Personengruppe mehr als doppelt so hoch wie bei den jungen Frauen. Damit waren die Unterschiede zwischen den Geschlechtern deutlich ausgeprägter als bei der Erziehungsberatung. Während bei letzterer der Beratungsbedarf in der Altersgruppe der 6- bis unter 12-Jährigen am größten ist, trifft dies bei der Einzelbetreuung auf die 15- bis unter 18-jährigen Jugendlichen zu, und zwar mit 54 Betreuungen auf 10 000 Personen dieses Alters. Auch hier wurden mehr als doppelt so viele Personen männlichen Geschlechts durch einen Betreuungshelfer, Erziehungsbeistand oder in Form sozialer Gruppenarbeit betreut als Mädchen und junge Frauen. Unter den 15- bis unter 18-jährigen männlichen Jugendlichen erreichte die Betreuungsquote bereits 73 Fälle von 10 000 Personen dieser Altersgruppe.

Betreuungshelfer viermal so zahlreich wie vor 10 Jahren

Die häufigste Art der Einzelbetreuung war im Jahr 2001 der *Betreuungshelfer*. Diese Unterstützung wurde gut 1200 jungen Menschen zuteil. Für den Einsatz eines Betreuungshelfers ist in der Regel eine gerichtliche Entscheidung erforderlich. Auch beim Betreuungshelfer war der Anteil der Personen männlichen Geschlechts mit zwei Dritteln doppelt so hoch wie bei den Mädchen und jungen Frauen. Vor zehn Jahren war der Anteil der männlichen jungen Leute, die eines Betreuungshelfers bedurften, sogar noch höher gewesen als im Jahr 2001. Die Zunahme der Zahl der Anordnungen eines Betreuungshelfers war bei den Mädchen und jungen Frauen im Zehnjahreszeitraum mehr als doppelt so stark (+ 470 %) als bei den Knaben und jungen Männern (+ 230 %).

Die zweithäufigste Art der *Einzelbetreuung* war im Jahr 2001 die Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand, der das Kind, den Jugendlichen oder jungen Heranwachsenden bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen — möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds — unterstützen und unter Erhaltung des Lebensbezugs zur Familie seine Selbstständigkeit fördern soll. Im Jahr 2001 wurden allerdings nur noch knapp 1200 junge Menschen durch einen Erziehungsbeistand unterstützt; davon waren knapp zwei Drittel männlichen und gut ein Drittel weiblichen Geschlechts. Im Zehnjahreszeitraum gingen die Erziehungsbeistandschaften um gut ein Viertel zurück, wobei die Abnahme bei den Mädchen und jungen Frauen mit einem Drittel etwas stärker war als bei den jungen männlichen Personen mit einem Fünftel.

Die dritte Form der Einzelbetreuung, die *soziale Gruppenarbeit*, soll älteren Kindern, Jugendlichen und jungen Heranwachsenden bei der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen durch soziales



Lernen in der Gruppe helfen. Für gut 600 junge Menschen wurde im Jahr 2001 soziale Gruppenarbeit durchgeführt, das waren fast doppelt so viele wie vor 10 Jahren. Hierbei war der Anstieg bei den männlichen Jugendlichen und jungen Volljährigen fast doppelt so groß wie bei den weiblichen Personen. Vor allem männlichen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren sollte durch soziale Gruppenarbeit geholfen werden.

Jeder dritte junge Mensch mit Einzelbetreuung lebte bei einem allein erziehenden Elternteil

Fast zwei Fünftel der Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen, die im Jahr 2001 an einer Einzelbetreuung teilnahmen, lebten bei den Eltern. Fast ein Drittel wohnte bei einem allein erziehenden Elternteil. Damit war dieser Familientyp weitaus stärker bei den Einzelbetreuungen vertreten, als es dem Anteil aller Kinder, die in derartigen Haushalten leben (ein Siebtel), entsprach. Gut 13 % der jungen Menschen mit Einzelbetreuung wohnten bei einem Elternteil mit Stiefeltern- oder Partner, während 8 % in einer Wohngemeinschaft oder eigenen Wohnung lebten. Weitere 6 % lebten bei den Großeltern, anderen Verwandten oder in einer Pflegefamilie. 1 % wohnte in einem Heim, und knapp 1 % hatte keine feste Unterkunft.

Bei der Art des Aufenthalts der betreuten Menschen lassen sich deutliche altersspezifische Unterschiede feststellen. Zwei Fünftel der Kinder unter sechs Jahren mit Einzelbetreuung lebten bei einem allein erziehenden Elternteil, ebenso viele wie bei den Eltern. In den übrigen Altersgruppen wohnten deutlich mehr Kinder bei den Eltern als bei einer allein erziehender Mutter oder einem allein erziehendem Vater. Unter den jungen Volljährigen mit Einzelbetreuung lebten bereits 36 % in einer Wohngemeinschaft oder in einer eigenen Wohnung, wobei diese Quote bei den jungen Frauen im Alter von 18 bis unter 27 Jahren sogar 58 % betrug.

Schul- oder Ausbildungsprobleme bei Einzelbetreuung am häufigsten

Während bei der Erziehungsberatung Beziehungsprobleme als häufigster Beratungsanlass genannt wurden, waren bei der Einzelbetreuung Schul- oder Ausbildungsprobleme der am meisten genannte Grund für die Hilfe. Bei fast jedem zweiten Kind, Jugendlichen oder jungen Volljährigen waren sie Anlass für die Hilfen. Es folgten Entwicklungsauffälligkeiten (36 %), Beziehungsprobleme (27 %) sowie sonstige Pro-

bleme in oder mit der Familie (24 %). Bei fast jedem fünften Jugendlichen oder jungen Heranwachsenden war eine begangene Straftat der Hauptanlass für die Einzelbetreuung, zum weitaus größten Teil durch einen Betreuungshelfer oder in der Form der sozialen Gruppenarbeit. Die übrigen Beratungsanlässe waren nur in einzelnen Altersgruppen oder geschlechtsspezifisch von Bedeutung. Wie bei der Erziehungsberatung konnten auch bei der Einzelbetreuung zwei Anlässe der Hilfe angegeben werden.

Schul- oder Ausbildungsprobleme waren in allen Altersgruppen — die unter 6-Jährigen natürlich ausgenommen — der am meisten genannte Anlass für die Hilfestellung. Sie hatten die größte Bedeutung bei den 12- bis unter 15-Jährigen, die bei drei Fünfteln der Hilfefälle genannt wurden. Entwicklungsauffälligkeiten waren mit Anteilen von jeweils der Hälfte bei den Kindern unter 6 Jahren sowie bei den 6- bis unter 12-Jährigen Anlass für eine Einzelbetreuung. Beziehungsprobleme lagen in fast allen Altersgruppen auf dem dritten Platz; am häufigsten wurden sie bei den 12- bis unter 15-Jährigen genannt. Sonstige Probleme in und mit der Familie waren der wichtigste Grund für eine Einzelbetreuung bei den Kindern unter 6 Jahren; bei mehr als jedem zweiten waren sie Anlass für die Stellung eines Erziehungsbeistands. Trennung oder Scheidung der Eltern führten ebenfalls bei jedem fünften Kind unter 6 Jahren zur Hilfe durch einen Erziehungsbeistand. Eine Straftat war bei drei Zehnteln der 15- bis unter 18-jährigen Jugendlichen und bei fast der Hälfte der jungen Volljährigen wichtigster Anlass für die Einzelbetreuung, vor allem durch einen Betreuungshelfer oder in Form der sozialen Gruppenarbeit.

Eine Straftat des jungen Volljährigen als Beratungsanlass konzentrierte sich auf das männliche Geschlecht. Bei 59 % der jungen Männer, aber nur 17 % der jungen Frauen über 18 Jahren war dieser Grund für die Stellung eines Betreuungshelfers oder die Anordnung sozialer Gruppenarbeit ursächlich. Auch Schul- oder Ausbildungsprobleme waren beim männlichen Geschlecht mit gut der Hälfte deutlich häufiger als bei den Mädchen und jungen Frauen mit gut zwei Fünfteln. Demgegenüber waren Beziehungsprobleme und sonstige Probleme in oder mit der Familie beim weiblichen Geschlecht mit Anteilen von jeweils rund einem Drittel erheblich häufiger Grund für eine Einzelbetreuung als bei den Knaben und jungen Männern mit Quoten von nur knapp einem Viertel bzw. einem Fünftel. □

Knapp 300 Studierende an den ersten vier staatlich anerkannten Berufsakademien in Hessen

Eine Alternative zum Studium an einer Hochschule stellt das Studium an einer Berufsakademie dar¹⁾. Es bestehen Studienmöglichkeiten in den Ausbildungsbereichen Sozialwesen, Wirtschaft und Technik. In Hessen wurde die staatliche Anerkennung von Berufsakademien im Juni 2001 legalisiert²⁾. Berufsakademien sind — neben den Hochschulen — besondere Bildungseinrichtungen des tertiären Bildungsbereichs. Es sind Einrichtungen nichtstaatlicher Träger, die eine mindestens dreijährige wissenschaftsbezogene und zugleich praxisorientierte Ausbildung vermitteln. Das Ziel ist somit eine im tertiären Bereich angesiedelte duale Ausbildung mit enger Verzahnung von Studium und beruflicher Praxis. Die Phasen der praktischen Ausbildung in den Betrieben und des Studiums an der Berufsakademie sind inhaltlich aufeinander

abgestimmt und führen zu einem staatlich anerkannten Diplom (BA)-Abschluss, wie z. B. Diplom-Betriebswirt/in (BA) oder Diplom-Wirtschaftsinformatiker/in (BA). Zum Studium an einer Berufsakademie ist berechtigt, wer die Hochschulreife besitzt; außerdem müssen Studienbewerber einen Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen vorlegen, das mit der Berufsakademie zusammenarbeitet. In dem dreijährigen dualen Studium wechseln sich berufliche Praxis im Unternehmen und Theorie an der Akademie in einem Drei-Monats-Rhythmus ab. Nach zwei Jahren erwerben die Studierenden einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss (z. B. den IHK-Abschluss). Nach einem weiteren Jahr, somit nach insgesamt sechs Semestern, kann das Studium mit der Diplomarbeit und Diplomprüfung abgeschlossen werden. In Hessen ist dieser Abschluss nicht dem Fachhochschulabschluss gleichgestellt. Die an der Berufsakademie erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen können im Falle der Gleichwertigkeit auf ein Fachhochschulstudium angerechnet werden, sodass nach einem weiterführenden Studium von zwei Semestern ein FH-Diplom erworben werden kann.

Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung von Berufsakademien und damit der BA-Abschlüsse durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst sind u. a. eine gesicherte finanzielle Ausstattung der Akademie, die Vorlage von Studien- und Prüfungsordnungen sowie die Erfüllung von Qualitätskriterien, die vom Wissenschaftsrat aufgestellt und von der Kultusministerkonferenz im Jahr 1995 beschlossen wurden.

Studierende an den staatlich anerkannten Berufsakademien (BA) in Hessen 2002
nach Studiengang, Studienjahr und Berufsakademien

Studiengang Fachrichtung	Männlich	Weiblich	Insgesamt	davon im ... Studienjahr					
				1.		2.		3.	
				zu- sammen	darunter weiblich	zu- sammen	darunter weiblich	zu- sammen	darunter weiblich
Hessische Berufsakademie GmbH, Frankfurt am Main ¹⁾									
Betriebswirtschaft	58	100	158	47	27	58	35	53	38
Wirtschaftsinformatik	22	5	27	5	—	15	3	7	2
Z u s a m m e n	80	105	185	52	27	73	38	60	40
Accadis — School of International Business, Internationale Berufsakademie, Bad Homburg									
International Business Administration	13	10	23	14	5	9	5	—	—
Berufsakademie Bergstraße GmbH & Co. KG (BA Bergstraße), Bensheim									
Wirtschaft	4	9	13	13	9	—	—	—	—
davon Fachrichtung									
Handel	2	5	7	7	5	—	—	—	—
Industrie	1	2	3	3	2	—	—	—	—
Öffentliche Wirtschaft	1	2	3	3	2	—	—	—	—
Studienakademie für Informatik GmbH (Berufsakademie), Bad Wildungen									
Informatik / Wirtschaftsinformatik	41	13	54	15	3	18	6	21	4
Medizinische Informatik	4	1	5	5	1	—	—	—	—
Z u s a m m e n	45	14	59	20	4	18	6	21	4
Staatlich anerkannte Berufsakademien									
I n s g e s a m t	142	138	280	99	45	100	49	81	44

1) Standorte in Kassel, Darmstadt, Frankfurt am Main.

Im Januar und Februar 2003 wurden die ersten Berufsakademien in Hessen staatlich anerkannt³⁾, und zwar die Hessische Berufsakademie in Frankfurt (mit den Standorten Kassel, Darmstadt und Frankfurt am Main), die Accadis Internationale Berufsakademie in Bad Homburg, die Berufsakademie Bergstraße in Bensheim und die Studienakademie für Informatik in Bad Wildungen. Nach Bekanntgabe der staatlichen Anerkennung wurden im Februar 2003 diese Berufsakademien vom Hessischen Statistischen Landesamt angeschrieben und die Zahl der Studierenden nach Geschlecht und Studienjahr für die Studiengänge und Fachrichtungen zum Zeitpunkt November 2002 erfragt. Insgesamt knapp 300 Studierende, davon 142 Männer und 138 Frauen, wurden an diesen Akademien ausgebildet. Die größte ist die Hessische Berufsakademie mit 185 Studierenden. 85 % der Studierenden sind dort im Studiengang Betriebswirtschaft eingeschrieben, wobei die Frauen deutlich in der Überzahl sind. Die Aufgliederung nach Studienjahren verdeutlicht, dass der Ausbildungsbetrieb schon vor der staatlichen Anerkennung aufgenommen worden war und rund ein Drittel der Studierenden im Herbst 2002 im dritten Ausbildungsjahr war. Gegenüber

3) Erst nach Ablauf von drei Jahren nach der staatlichen Anerkennung sind alle im o. g. Gesetz vorgegebenen Qualitätsstandards nachzuweisen.

4) Statistischer Bericht B III 1 „Die Studenten und Gasthörer an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester“; www.hsl.de/Daten/Landesdaten/Bildung/Berufsakademien.

dem Vorjahr war im Studiengang Betriebswirtschaft ein Rückgang der Anfängerzahl von 19 % zu verzeichnen. Noch deutlicher war der Rückgang im den Studiengang Wirtschaftsinformatik, den insgesamt 27 Studierende belegten und dort die Anfängerzahl von 15 im Vorjahr auf nur 5 fiel.

An der Studienakademie für Informatik werden 59 Jugendliche ausgebildet. Dem Studiengang Informatik/Wirtschaftsinformatik, der schon im Jahr 2000 eingerichtet war, kommt dabei die zentrale Bedeutung zu. Neu ist der Studiengang Medizinische Informatik, in dem im Herbst 2002 insgesamt 5 Jugendliche ihre Ausbildung begannen.

Deutlich geringeren Zulauf haben bisher die Accadis Internationale Berufsakademie mit insgesamt 23 Studierenden im Studiengang International Business Administration sowie die im Herbst 2002 neu eingerichtete Berufsakademie Bergstraße mit insgesamt 13 Studierenden im Studiengang Wirtschaft.

Die staatlich anerkannten Berufsakademien werden zukünftig jährlich im November entsprechend der diesjährigen Erhebung befragt und die Ergebnisse jeweils im Statistischen Bericht der Studenten im Wintersemester sowie im Internet veröffentlicht⁴⁾.

Andreas Büdinger*)

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzel- handel ⁵⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁸⁾				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäft- igte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2000 = 100	Beschäft- igte	Index der Um- sätze ⁶⁾ 2000 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung ⁷⁾ 2000 = 100	Arbeits- lose ⁹⁾	Arbeits- losen- quote ¹⁰⁾	Offene Stellen ⁹⁾	Kurz- arbeit (Personen) ¹¹⁾
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹²⁾												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100,0	35 786	.	100,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	101,3	89,4	123,4	444 158	83,9	30 621	97,9	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2001 4. Vj. D	101,4	91,3	119,8	455 628	78,4	32 669	110,6	101,8
2002 Januar	96,1	87,2	112,7	449 352	57,5	31 114	91,6	102,6	223 585	8,2	32 491	21 481
Februar	95,6	83,7	117,6	448 085	63,1	30 689	86,0	103,0	222 906	8,1	36 988	25 716
März	101,0	91,1	119,2	446 770	102,0	30 701	99,8	103,1	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	97,6	87,3	116,5	448 069	74,2	30 835	92,5	102,9
April	104,2	92,5	125,7	444 914	95,3	31 075	101,5	103,0	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	104,4	87,3	135,9	443 855	82,6	30 914	98,3	103,0	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	102,9	89,0	128,6	443 552	113,0	30 422	91,4	102,9	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	103,8	89,6	130,1	444 107	96,9	30 804	96,4	103,0
Juli	107,8	96,2	129,4	445 106	84,5	30 118	93,9	103,3	214 374	7,8	30 243	7 987
August	97,6	87,9	115,4	445 420	89,2	30 567	94,8	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876
September	102,3	88,5	127,8	444 496	83,7	30 649	94,8	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	445 007	85,8	30 445	94,5	103,1
Oktober	107,7	96,5	128,4	441 499	84,1	30 719	103,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	104,6	91,6	128,5	439 559	74,9	30 631	106,5	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	91,6	81,0	111,1	437 287	76,4	29 858	114,9	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	439 448	78,5	30 403	108,4	103,0
2003 Januar	102,2	87,1	130,1	...	49,1	28 613	91,7	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415
Februar	102,2	86,6	127,2	...	59,2	28 291	...	104,0	249 718	9,1	28 884	15 2685
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾												
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	.	- 5,5	.	.	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	1,7	- 6,7	.	0,4	51,7
2002 D	- 1,6	- 4,1	2,2	- 3,1	- 12,3	- 7,8	- 2,5	1,3	6,5	.	- 16,8	95,6
2001 4. Vj.	- 4,2	- 4,4	- 4,2	- 1,0	- 15,8	- 8,2	.	1,4
2002 Januar	- 6,9	- 6,6	- 7,1	- 1,9	- 24,2	- 7,5	- 4,4	2,0	5,6	.	- 13,7	251,1
Februar	- 9,2	- 7,1	- 11,6	- 2,2	- 14,1	- 7,7	- 2,1	1,8	5,8	.	- 10,9	205,0
März	- 13,2	- 16,0	- 8,7	- 2,7	8,0	- 7,5	- 3,6	2,0	5,7	.	- 9,7	215,5
1. Vj.	- 9,9	- 10,3	- 9,2	- 2,3	- 8,7	- 7,6	- 3,3	1,9
April	8,7	3,8	15,9	- 2,9	6,6	- 7,0	3,4	1,5	5,5	.	- 11,6	248,5
Mai	0,9	- 7,6	13,2	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 7,5	1,2	7,9	.	- 16,2	111,6
Juni	- 0,1	- 2,1	2,6	- 3,6	- 4,4	- 8,4	- 3,3	0,9	5,9	.	16,7	129,4
2. Vj.	3,0	- 2,1	10,3	- 3,2	- 11,9	- 7,4	- 2,5	1,2
Juli	5,1	4,5	6,1	- 3,3	3,3	- 9,5	- 0,3	1,1	7,6	.	- 19,5	66,5
August	- 2,5	- 6,9	4,4	- 3,4	- 30,3	- 9,5	- 4,3	1,1	7,4	.	- 24,0	81,4
September	1,6	- 3,3	8,6	- 3,5	- 34,9	- 8,8	- 1,5	1,0	7,0	.	- 25,5	60,8
3. Vj.	1,5	- 1,9	6,4	- 3,4	- 24,0	- 9,3	- 2,1	1,0
Oktober	5,0	2,9	8,1	- 3,6	11,6	- 7,9	1,0	1,3	6,7	.	- 21,2	41,9
November	0,9	- 3,2	6,7	- 3,6	- 11,5	- 6,1	- 2,8	1,1	7,7	.	- 17,4	14,2
Dezember	- 6,3	- 5,4	- 7,6	- 3,5	1,6	- 6,8	- 3,8	1,2	7,4	.	- 21,8	- 41,8
4. Vj.	- 0,1	- 1,8	2,4	- 3,6	0,0	- 6,9	- 2,0	1,2
2003 Januar	6,3	- 0,1	15,4	...	- 14,7	- 8,0	0,1	0,9	9,2	.	- 21,0	- 32,9
Februar	6,9	5,9	8,2	...	- 6,2	- 7,8	...	1,0	12,0	.	- 21,9	- 40,6
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2001 4. Vj.	0,3	- 1,5	2,7	- 1,1	- 30,4	- 2,7	14,6	- 0,3
2002 Januar	- 1,7	1,9	- 6,3	- 0,8	- 23,5	- 2,9	- 23,3	0,2	7,9	.	9,5	12,4
Februar	- 0,5	- 4,0	4,3	- 0,3	9,6	- 1,4	- 6,1	0,4	- 0,3	.	13,8	19,7
März	5,6	8,8	1,4	- 0,3	61,8	0,0	16,0	0,1	- 3,1	.	5,3	0,1
1. Vj.	- 3,7	- 4,4	- 2,8	- 1,7	- 5,4	- 5,6	- 16,4	1,1
April	3,2	1,5	5,5	- 0,4	- 6,6	1,2	1,7	- 0,1	- 1,9	.	- 2,7	- 4,6
Mai	0,2	- 5,6	8,1	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 5,1	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3
Juni	- 1,4	1,9	- 5,4	- 0,1	36,8	- 1,6	- 5,1	- 0,1	0,1	.	- 5,2	- 7,3
2. Vj.	6,4	2,6	11,7	- 0,9	30,5	- 0,1	4,2	0,1
Juli	4,8	8,1	0,6	0,4	- 25,2	- 1,0	2,7	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0
August	- 9,5	- 8,6	- 10,8	0,1	5,5	1,5	1,0	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1
September	4,8	0,7	10,7	- 0,2	- 6,2	0,3	0,0	- 0,1	- 1,3	.	- 5,7	5,8
3. Vj.	- 1,2	1,5	- 4,4	0,2	- 11,5	- 1,2	- 2,0	0,1
Oktober	5,3	9,0	0,5	- 0,7	0,5	0,2	9,5	- 0,1	0,6	.	- 5,6	12,7
November	- 2,9	- 5,1	0,1	- 0,4	- 10,9	- 0,3	2,6	- 0,3	2,3	.	- 2,9	8,0
Dezember	- 12,4	- 11,6	- 13,5	- 0,5	2,0	- 2,5	7,9	1,0	4,2	.	- 6,3	- 2,7
4. Vj.	- 1,3	- 1,3	- 1,4	- 1,2	- 8,5	- 0,1	14,7	- 0,1
2003 Januar	11,6	7,5	17,1	...	- 35,7	- 4,2	- 20,2	- 0,1	9,8	.	10,6	29,5
Februar	0,0	1,7	- 2,2	...	20,5	- 1,1	...	0,5	2,3	.	12,5	5,9

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000	2001	2001			2002				
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.	
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 088,1 ¹⁾	6 077,8 ¹⁾	6 073,8	6 075,6	6 078,2	6 086,0	6 088,9	6 090,5	6 093,2	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen	Anzahl	2 718	2 486	4 396	2 697	2 218	2 855	4 467	2 711	2 250	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	8,5	5,4	4,3	5,5	8,6	5,4	4,3	
* Lebendgeborene	"	4 901	4 686	5 287	4 483	5 122	5 285	4 922	4 689	5 013	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,7	9,3	10,2	9,0	9,9	10,2	9,5	9,4	9,7	
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 029	4 948	4 997	4 362	5 238	4 937	4 742	4 683	5 250	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	9,7	8,7	10,1	9,6	9,2	9,4	10,1	
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	21	19	18	24	26	24	15	21	18	
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,4	4,2	3,4	5,4	5,1	4,5	3,0	4,5	3,6	
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 127	- 262	290	121	- 116	348	180	6	- 237	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,3	- 0,5	0,6	0,2	- 0,2	0,7	0,3	0,0	- 0,5	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	17 860	15 067	18 476	16 902	16 631	15 846	17 230	
darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	7 765	6 759	7 931	7 209	6 855	7 229	7 308	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	18 095	13 371	15 743	14 829	13 941	14 281	14 287	
darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	9 610	5 249	6 393	6 130	5 445	6 139	5 733	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	- 235	1 696	2 733	2 073	2 690	1 565	2 943	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	18 349	17 943	19 970	16 727	20 780	21 129	20 251	18 281	20 999	
		2001	2002	2002				2003			
		Durchschnitt		Jan-	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
ARBEITSMARKT ³⁾											
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	223 585	222 906	215 942	222 481	244 216	249 718	247 062	
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	94 258	93 246	90 644	93 344	100 232	101 297	101 307	
Männer	"	110 886	122 151	129 327	129 660	125 298	129 137	143 984	148 421	145 755	
Ausländer	"	42 684	45 295	47 946	47 809	46 285	46 985	50 479	51 566	51 752	
Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	26 328	27 056	25 590	24 863	28 671	30 906	29 932	
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	7,4	7,8	8,2	8,1	7,9	8,1	8,9	9,1	9,0	
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	7,4	7,3	7,1	7,2	7,7	7,8	7,8	
Männer	"	7,6	8,4	8,9	8,9	8,6	8,8	9,9	10,2	10,0	
Ausländer	"	14,2	15,2	16,2	16,2	15,7	15,7	16,8	17,2	17,3	
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	7,5	7,7	7,3	6,8	7,8	8,4	8,1	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	21 481	25 716	25 741	11 128	14 415	15 268	15 966	
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	32 491	36 988	38 957	23 211	25 664	28 884	30 402	
		2000	2001	2000		2001		2002			
		30.6.		Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	Juni	
ERWERBSTÄTIGKEIT ⁵⁾⁶⁾											
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{7) 8)}	1000	2 174,7	2 203,3	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 240,4	2 223,5	2 203,5	2 192,6	
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	954,1	955,8	957,0	970,2	968,0	964,9	956,4	
Ausländer	"	223,3	228,5	231,0	230,4	229,3	231,9	228,9	227,3	225,2	
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	325,6	331,0	334,5	341,8	345,2	348,2	350,7	
darunter Frauen	"	274,5	284,9	277,1	279,8	282,4	287,8	289,7	292,3	293,8	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁷⁾											
davon											
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	14,1	12,5	12,8	14,1	12,5	13,1	14,0	
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,5	3,6	3,8	3,4	3,6	3,7	
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	555,0	552,5	549,9	551,2	545,8	537,7	533,3	
darunter Frauen	"	139,9	140,0	141,9	141,0	141,0	140,8	138,9	137,4	135,8	
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	127,9	122,4	117,9	123,5	116,8	112,0	114,0	
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,1	14,9	14,9	14,7	14,4	14,1	
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	566,0	567,3	562,7	571,7	566,6	560,4	556,0	
darunter Frauen	"	244,2	248,4	249,1	250,0	248,5	252,9	251,2	249,1	246,7	
* Finanzierung, Vermietung und Unter- nehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	454,0	456,6	464,6	475,3	473,4	472,5	470,9	
darunter Frauen	"	201,9	211,9	207,8	208,7	212,2	216,9	216,2	216,1	214,9	
* Öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	498,7	500,6	498,4	504,4	507,9	507,4	504,1	
darunter Frauen	"	329,3	333,2	335,7	337,0	336,4	340,7	343,3	344,1	341,2	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. —

5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001	2002				2003	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	6 972	7 376	6 813	9 530	6 396	6 646	6 720
Kälber	"	224	277	397	314	202	326	350	109	135
Schweine	"	95 275	85 364	94 819	92 249	85 846	88 299	83 957	80 674	73 180
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	10 150	9 444	8 161	11 247	8 159	8 465	6 928
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	10 351	9 835	10 354	10 210	9 663	10 297	9 548	9 065	8 685
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 735	1 921	1 768	2 395	1 750	1 796	1 816
* Kälbern	"	20	22	36	28	22	25	29	9	11
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 908	7 818	7 284	7 263	7 121	6 837	6 241
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"	1 619	1 426
* Erzeugte Konsumier ⁴⁾	1000 St.	31 198	29 579	34 327	34 434	31 825	25 933	26 261	26 536	27 665
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	89 607	85 175	81 235	77 309	81 073	85 005	80 060
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	85 173	81 451	77 871	73 759	76 713	81 539	76 929
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	18,3	16,7	17,6	15,7	15,9	17,3	18,0
VERARBEITENDES GEWERBE ⁵⁾										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 193	3 263	3 225	3 220	3 151	3 148
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	444,2	452,9	449,4	448,1	440,0	437,3
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	269,6	259,5	264,6	262,7	261,6	256,4	254,6
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	"	34 156	32 318	27 928	33 647	32 523	33 467	27 323
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	667,4	651,3	634,9	623,2	596,1	601,5	636,0
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	726,5	743,8	728,2	689,9	942,3	463,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 884,1	6 504,1	6 254,0	6 259,3	7 387,6	6 575,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	3 002,0	2 992,8	2 287,9	2 826,9	2 859,2	3 099,5	2 379,2
Investitionsgüterproduzenten	"	2 184,3	2 129,4	2 417,5	1 724,8	1 724,4	2 395,0	2 437,0
Gebrauchsgüterproduzenten	"	256,0	252,4	258,9	228,8	235,5	269,6	250,0
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 534,4	1 509,6	1 539,7	1 473,5	1 440,2	1 623,6	1 509,7
Energie	"
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 722,5	2 457,5	2 463,8	2 467,2	3 003,3	2 680,0
Exportquote ⁷⁾	%	37,6	39,5	37,8	39,4	39,4	40,6	40,8
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁹⁾	- 2,2	- 1,6	- 1,7	- 6,9	- 9,2	0,9	- 6,3	6,3	6,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	- 8,6	- 4,2	1,2	1,6	6,1	2,5	1,7
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	11,6	- 8,4	- 24,0	0,3	- 16,3	15,1	16,6
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	- 15,4	- 19,6	- 15,9	- 0,2	6,7	- 4,9	- 8,7
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	- 16,6	- 9,4	9,1	0,0	- 5,1	0,6	5,3
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁹⁾	2,2	0,7	- 7,2	- 3,5	12,6	0,5	- 1,2	6,5	2,4
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	- 5,0	- 5,2	- 9,9	- 2,8	- 6,2	3,1	4,4
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	66,2	- 15,4	- 21,0	6,1	- 38,1	30,8	45,5
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 15,8	- 13,5	- 6,1	- 7,6	- 1,8	- 6,5	- 3,3
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	95	95	95	95	95	95	95
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	18 366	18 145	18 408	18 165	18 221	18 173	18 152
* Geleistete Arbeitsstunden ^{10/11)}	1000 h	991	2 273	827	2 517	2 315	2 357	2 080
* Brutto Lohn- und -gehaltssumme ¹⁰⁾	Mill. EUR	62,2	62,8	60,0	56,4	59,3	90,0	72,9
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	2 845,8	2 841,3	2 182,0
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	88,9	.	.	.	84,5	.	.
* Umsatz	"	101,9	96,9	112,1	.	.	.	102,9	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Bis Dezember 2002: geleistete Arbeitsstunden; ab Januar 2003: geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeitsstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001	2002				2003	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	58,0	54,8	57,2	55,6	54,7	55,5	54,2	52,0	51,5
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	30,1	28,4	29,5	28,6	28,2	28,9	28,2	26,9	26,7
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	8,7	8,3	8,1	8,5	8,1	7,6	7,4
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,7	2,6	2,6	2,6	2,5	2,3	2,3
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 381	5 012	4 167	3 361	4 036	5 472	3 698	3 067	3 243
darunter										
* Wohnungsbau	"	2 037	1 944	1 591	1 314	1 532	2 077	1 546	1 230	1 330
* gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 231	1 113	1 255	1 575	1 075	1 009	1 038
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	1 324	911	1 226	1 790	1 052	814	863
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	84,1	74,6	68,1	102,7	82,2	69,8	57,9
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	40,9	36,7	35,8	45,7	38,9	34,0	33,2
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	512,8	483,4	640,4	288,3	334,4	598,3	600,8	291,8	338,5
darunter										
* Wohnungsbau	"	141,1	134,5	141,0	79,4	94,7	153,6	151,6	80,2	102,0
* gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	301,8	138,0	155,5	239,0	249,3	132,7	162,9
* öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	194,9	68,6	83,3	203,1	196,6	77,7	72,5
* Index des Auftragseingangs ³⁾	1995=100	95,6	83,9	75,2	57,5	63,1	74,9	76,4	49,1	59,2
darunter										
* Wohnungsbau	"	86,4	74,7	50,5	55,3	73,2	67,1	82,8	66,4	56,5
* gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	72,0	48,8	51,7	63,2	83,6	40,5	56,4
* öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	88,4	71,0	76,1	94,7	63,8	54,9	64,1
Ausbaugewerbe ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	23,8	23,3	23,9	.	.	.	22,8	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 982	6 404	6 965	.	.	.	6 482	.	.
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	111,9	107,2	120,6	.	.	.	115,8	.	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	57,8	62,1	.	.	.	66,0	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	547,0	748,3	.	.	.	725,0	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	667	615	678	698	455	666	906
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	592	538	607	615	405	589	832
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	926	801	762	671	733	793	581	764	1 050
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	170	151	141	121	135	150	110	138	190
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	165 281	147 798	166 994	183 202	135 382	174 388	238 810
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	195	142	159	160	148	139	105
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 333	1 175	1 763	1 080	1 156	1 209	1 356	1 244	946
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	224	202	263	162	179	180	240	214	129
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	250 656	153 932	150 143	164 878	240 407	215 917	140 430
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 817	1 627	1 730	1 263	1 418	1 543	1 269	1 485	1 947
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾	"	9 021	8 253	7 943	6 477	7 296	7 766	6 119	7 269	10 055
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel ⁷⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	91,6	.	81,5	79,2	79,4	.	.	83,4	...
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	93,0	.	81,1	80,3	80,8	.	.	85,4	...
* Beschäftigte (Index)	"	100,7	.	100,4	98,1	98,0	.	.	93,4	...
Einzelhandel ⁹⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	98,9	96,0	117,7	89,6	84,3	105,0	113,2	90,3	...
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	100,4	97,9	119,4	91,6	86,0	106,5	114,9	91,7	...
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	102,0	100,8	125,5	94,4	89,2	110,9	123,2	96,8	...
Apotheken ¹¹⁾	"	106,7	109,2	124,3	105,8	99,3	110,3	122,1	104,0	...
Bekleidung	"	101,0	97,4	134,1	94,2	76,0	104,8	128,6	87,8	...
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹²⁾	"	99,3	88,3	114,6	84,6	85,1	99,5	104,2	83,7	...
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹³⁾	"	98,0	99,1	87,0	73,0	76,3	100,7	89,6	82,4	...
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	96,4	99,6	98,2	97,8	95,2	95,1	93,8	...
Kfz-Handel u. Tankstellen ¹⁴⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	.	92,0	.	80,2	85,0	92,6	79,8	80,3	...
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	.	95,0	.	82,2	87,6	95,7	82,6	82,9	...
* Beschäftigte (Index)	"	.	93,4	.	94,3	93,6	93,6	93,2	92,9	...
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	97,8	89,5	96,1	86,7	83,6	84,1	85,9	78,9	75,6
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	99,5	94,3	96,0	89,8	86,9	88,1	90,3	82,9	79,4
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	92,0	85,9	91,4	87,5	85,4	79,7	79,7	80,7
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissshallen	"	99,4	94,0	110,0	86,4	85,6	89,1	97,5	83,3	76,8
Kantinen und Caterer	"	101,2	98,1	89,2	91,8	86,0	91,3	93,0	86,2	80,6
* Beschäftigte (Index)	"	101,5	95,3	99,5	95,9	95,4	91,3	92,6	91,6	91,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenerarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtszeitraums. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 9) Sowie Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001	2002				2003		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
AUSSENHANDEL											
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 443,4	2 330,1	2 517,3	2 774,5	2 580,5	
davon	"										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	91,5	62,4	64,6	69,7	67,4	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 351,9	2 267,6	2 452,6	2 704,9	2 513,1	
davon											
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	19,5	16,6	21,8	18,1	16,6	
* Halbwaren	"	178,3	157,3	140,7	146,0	144,9	157,1	154,9	
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 191,7	2 105,1	2 285,9	2 529,7	2 341,6	
davon											
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	335,5	501,5	510,4	483,8	393,3	
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	1 856,1	1 603,5	1 775,5	2 045,9	1 948,3	
Unter den Fertigwaren waren											
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	...	675,8	725,4	678,6	641,0	
Maschinen	"	...	383,8	...	355,9	333,2	439,2	415,7	
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	...	171,8	211,9	356,5	267,9	
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	...	216,2	229,9	259,9	256,6	
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	...	138,4	167,0	178,2	139,6	
davon nach											
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 692,0	1 655,6	1 764,3	1 924,3	1 827,0	
* darunter EU-Länder ²⁾	"	1 381,5	1 395,8	1 287,7	1 313,8	1 347,8	1 444,5	1 379,0	
* Afrika	"	47,3	44,1	41,8	33,5	41,2	36,0	32,7	
* Amerika	"	371,0	348,1	306,2	297,7	348,3	382,8	317,1	
* Asien	"	360,0	374,6	367,8	325,6	344,2	413,4	383,2	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	35,5	17,7	19,3	18,0	20,7	
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	4 250,2	3 793,4	3 812,4	3 373,5	3 453,0	3 790,6	3 812,9	
davon											
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	181,4	170,2	178,2	185,4	193,0	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	3 631,0	3 203,3	3 274,8	3 605,3	3 619,9	
davon											
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	31,1	59,4	68,4	69,4	61,5	
* Halbwaren	"	386,4	278,1	268,5	219,0	257,0	268,0	275,0	
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	3 331,4	2 924,9	2 949,4	3 267,9	3 283,4	
davon											
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	378,3	370,4	335,6	370,0	329,5	
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	2 953,1	2 554,5	2 613,9	2 897,9	2 953,9	
davon aus											
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 668,9	2 215,3	2 180,9	2 495,1	2 565,5	
* darunter EU-Länder ²⁾	"	2 134,7	1 877,4	2 118,1	1 712,0	1 594,4	1 812,9	1 987,2	
* Afrika	"	91,0	82,1	70,8	42,1	83,8	57,3	84,5	
* Amerika	"	662,6	521,1	505,1	466,1	552,6	474,3	465,2	
* Asien	"	724,5	697,3	582,4	644,4	632,6	760,5	691,8	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	5,2	5,5	3,1	3,6	6,0	
TOURISMUS ³⁾											
* Gästeankünfte	1000	813	796	590	663	670	774	571	663	661	
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	130	175	162	159	136	183	167	
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	1 525	1 731	1 729	1 827	1 487	1 714	1 674	
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	243	381	352	284	258	389	349	
Gästeübernachtungen nach Berichts-											
gemeindegruppen:											
Heilbäder	"	643	629	496	518	541	558	478	487	525	
Luftkurorte	"	124	118	83	77	82	92	85	79	82	
Erholungsorte	"	98	92	67	49	61	52	63	42	48	
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	879	1 086	1 046	1 125	861	1 105	1 020	
darunter Großstädte	"	575	550	420	569	525	542	405	565	505	
VERKEHR											
Binnenschifffahrt											
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 061	1 023	1 100	1 166	1 001	930	918	
davon											
* Güterversand	"	213	214	185	221	181	249	198	200	181	
* Gütereinfang	"	1 037	930	877	801	919	917	803	730	737	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und -Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001	2002				2003		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Noch: VERKEHR											
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	30 179	29 183	21 861	27 453	26 744	27 578	22 495	25 651	24 201	
* Personenkraftwagen ²⁾	"	26 040	25 548	19 605	25 506	23 789	25 276	19 924	23 353	21 078	
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 425	1 180	1 159	1 579	1 383	1 568	1 250	
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	299	380	1 378	293	761	415	1 527	
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	320	231	248	246	232	187	208	
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾	"	3 095	3 057	2 886	2 374	2 794	3 297	2 950	2 609	2 270	
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	1 959	1 634	1 988	2 319	2 007	1 732	1 523	
* Getötete Personen	"	43	42	36	19	40	41	38	37	19	
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	2 738	2 230	2 710	3 144	2 800	2 369	2 003	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ⁴⁾											
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	124 696	.	.	.	119 992	.	.	
davon im											
Linienverkehr ⁵⁾	"	38 805	37 328	123 488	.	.	.	118 826	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	1 208	.	.	.	1 166	.	.	
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 208	24 600	70 757	.	.	.	73 149	.	.	
davon im											
Linienverkehr ⁵⁾	"	19 596	19 955	59 100	.	.	.	60 287	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	11 657	.	.	.	12 862	.	.	
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	254 473	.	.	.	137 823	.	.	
davon aus											
Linienverkehr ⁵⁾	"	67 519	36 163	218 669	.	.	.	115 925	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	35 804	.	.	.	21 899	.	.	
GELD UND KREDIT											
Banken ⁶⁾											
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660	.	559 889	
darunter											
Kredite an inländische Nichtbanken ⁷⁾	"	415 013	.	426 563	
davon											
kurzfristige Kredite (bis zur 1. Jahr)	"	71 101	.	74 471	
Kredite über 1 Jahr ⁸⁾	"	343 912	.	352 092	
Einzinsen und aufgenommene Gelder ⁷⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	445 197	
Insolvenzen											
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	280	426	365	487	420	
davon											
* Unternehmen	"	167	186	173	168	177	201	170	
* Verbraucher	"	73	100	74	139	77	112	105	
* ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	.	29	23	82	81	
* sonstige natürliche Personen ⁹⁾ , Nachlässe	"	29	98	33	90	88	92	64	
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	406 152	624 976	145 669	199 455	276 315	268 033	
GEWERBEANZEIGEN ¹⁰⁾											
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	4 685	5 974	5 139	4 919	4 527	
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	5 313	6 005	4 681	4 826	5 463	
PREISE											
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	102,4	102,6	103,0	102,6	103,6	103,5	104,0	
darunter											
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	103,8	106,4	106,2	102,3	102,2	103,2	103,8	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	102,3	106,2	105,7	106,0	105,9	110,3	110,6	
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	100,4	101,0	100,7	99,8	99,4	97,9	98,8	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	102,0	103,4	102,2	103,1	103,1	103,5	103,7	104,6	104,9	
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	100,8	101,7	101,3	101,7	101,8	101,5	101,7	101,7	101,7	
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	100,9	102,2	102,9	104,1	104,3	106,6	107,1	
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	94,0	94,0	95,7	95,6	95,8	95,5	95,9	
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	105,9	100,3	102,1	99,5	105,6	99,7	101,1	
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	104,8	105,1	102,7	103,8	103,9	108,6	104,3	104,7	
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	102,4 ¹⁴⁾	102,4 ¹⁴⁾	.	.	102,4	102,2	.	.	102,2	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001	2002				2003		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	5 298,6	4 065,7	3 068,6	2 574,4	5 178,5	3 380,0	3 140,9	
davon	-	3 014,8	2 722,8	4 678,9	3 694,4	2 575,4	2 250,4	4 479,7	3 006,9	2 497,0	
Gemeinschaftssteuern	-										
davon	-										
Lohnsteuer ²⁾	-	1 513,6	1 485,5	2 361,1	1 565,1	1 406,8	1 246,5	2 287,5	1 494,2	1 430,5	
veranlagte Einkommensteuer	-	64,1	64,4	546,0	- 45,6	- 119,1	- 104,5	559,7	- 36,6	- 130,7	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	256,6	181,1	150,3	529,0	38,8	31,9	114,4	136,4	42,0	
Zinsabschlag ²⁾	-	265,7	257,7	224,4	703,2	355,5	202,6	284,4	616,2	401,3	
Körperschaftsteuer ²⁾	-	15,1	- 130,1	511,9	- 30,7	- 96,7	- 134,3	397,5	- 6,8	- 117,1	
Umsatzsteuer	-	745,4	727,3	741,6	853,2	861,6	846,3	689,0	685,2	765,1	
Einfuhrumsatzsteuer	-	154,2	136,8	143,7	120,1	128,5	161,9	147,2	118,3	106,0	
Bundessteuern	-	278,4	292,9	428,7	225,8	352,9	200,4	483,5	211,4	483,3	
darunter	-										
Mineralölsteuer	-	41,9	52,0	98,1	20,5	25,9	58,4	123,3	5,4	29,1	
Versicherungssteuer	-	67,9	78,1	16,0	57,1	205,6	61,7	38,0	48,9	335,5	
Zölle ³⁾	-	11,5	9,0	8,9	7,9	8,8	9,5	10,0	5,8	7,4	
Landesteuern	-	141,3	126,8	106,0	149,7	100,2	111,1	112,6	153,8	120,6	
darunter	-										
Vermögensteuer	-	3,3	3,9	2,1	4,2	0,7	1,4	2,3	4,1	1,8	
Erbschaftsteuer	-	23,6	18,0	20,3	18,7	2,3	20,1	23,6	26,8	17,6	
Grundwerbsteuer	-	43,5	41,4	38,0	39,9	35,7	32,6	40,8	43,7	29,6	
Kraftfahrzeugsteuer	-	53,2	48,9	33,0	71,1	45,3	40,1	34,3	63,7	43,1	
Gewerbsteuerumlage	-	26,5	30,5	76,0	- 12,1	31,2	3,0	92,7	2,1	32,6	
		2001	2002	2001			2002				
		Durchschnitt ⁴⁾		Jan.	Sept.	Dez.	März	Jan.	Sept.	Dez.	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 543,6	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1342,5	2 056,0	
davon	-										
Grundsteuer A	-	3,0	4,3	4,2	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5	
Grundsteuer B	-	154,9	152,3	171,4	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	491,5	561,4	624,6	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	597,2	584,3	656,0	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3	
andere Steuern ⁵⁾	-	16,0	15,4	17,3	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5	
		2001	2002	2001			2002				
		Durchschnitt ⁶⁾		Jan.	Okt.	Jan.	April	Jan.	Okt.	Jan.	
VERDIENSTE ⁷⁾											
Arbeiterverdienste											
(Im Produzierenden Gewerbe)											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 454	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498	2 469	
* Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 535	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578	2 547	
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 693	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723	2 699	
* Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 899	1 885	1 886	1 898	1 935	1 937	1 938	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 768	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795	1 792	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,93	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26	15,35	
* Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,39	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72	15,83	
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,54	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80	16,94	
* Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,74	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03	12,09	
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,78	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01	11,04	
Angestelltenverdienste											
(Bruttomonatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 588	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710	3 704	
* männlich	-	3 843	3 941	3 846	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964	3 953	
* weiblich	-	2 863	2 963	2 865	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991	2 997	
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 383	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492	3 487	
* technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 772	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902	3 894	
* In Handel ⁸⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 080	3 365	3 070	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403	3 416	
* männlich	-	3 380	3 725	3 392	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757	3 781	
* weiblich	-	2 617	2 823	2 624	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860	2 861	
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 087	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400	3 414	
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁸⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 270	3 487	3 276	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519	3 525	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

Hessische Bauordnung (HBO) 1993/2002 — Synopse

Textsynopse; Paragrafensynopse. Herausgegeben von N. Pfaff u. B. Griebeling, 206 Seiten, kartoniert, 21,60 Euro, Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden, 2002.

Der Hessische Landtag hat am 18.6.2002 die Neufassung der HBO beschlossen; sie trat am 1.10.2002 in Kraft. Die in der vorliegenden Zusammenstellung aufgeführten beiden Synopsen (Text- und Paragrafensynopse) sollen die damit sowohl in der Sache als auch in der Paragrafenabfolge erfolgten teilweise gravierenden Änderungen verdeutlichen und den Einstieg in die Anwendung der Neufassung erleichtern helfen. Dem Blick des Lesers folgend, ist die neue HBO in der linken und die alte HBO in der rechten Spalte der Synopse zu finden. Sind Vorschriften oder Teile von ihnen aufgehoben, an andere Stellen verschoben oder sonst geändert worden, erhalten diese in den Spalten für die neue bzw. alte HBO eine gesonderte Textauszeichnung. Auch die Abfolge der Paragrafen oder ihrer Absätze und Sätze oder eine Änderung der Wortwahl sind entsprechend hervorgehoben. Soweit es zur besseren Übersicht notwendig war, sind in der alten HBO Absätze und Sätze in ihrer Reihenfolge verschoben und an die Textfassung der neuen HBO angepasst worden. Die beiden Anlagen der HBO 2002 (Anlage 1: Bauteil- und Baustoffanforderungen; Anlage 2: baugenehmigungsfreie Vorhaben) sind ebenfalls synoptisch dargestellt. Um ein schnelles Auffinden der einschlägigen Bestimmungen zu ermöglichen, schließt sich eine Paragrafensynopse an. Zusätzlich sind hier die neu eingefügten Vorschriften aufgeführt. Deren maßgeblicher Regelungsinhalt ist in Kurzform wiedergegeben.

7090

Das Profibuch zu PDF-Workflow

Vom professionellen Publishing-Workflow bis zum sicherheitsbewussten Büroalltag. Von F. P. Martins u. A. Kobylinska, 1. Auflage, 417 Seiten (einschl. 1 CD-ROM), gebunden, 44,90 Euro, SmartBooks Publishing, Kitchberg, 2002.

Mit „Adobe Acrobat 5.0“, der aktuellen Version der Software zur Erzeugung plattformunabhängiger Dokumente, will Adobe die Anwenderschar vergrößern. Dementsprechend wurden mit dieser Version die Funktionen der Software stark erweitert. U. a. wurden zusätzliche Import- und Exportformate aufgenommen, die Sicherheitsfunktionen wurden verbessert, weitere Kontrollmöglichkeiten von Druckergebnissen implementiert und die Möglichkeiten zur Erstellung interaktiver Formulare wurden ausgedehnt. Die Anwendungsmöglichkeiten von „Adobe Acrobat 5.0“ werden in dem vorliegenden Buch von den Autoren, beide IT-Berater, ausführlich beschrieben. Zunächst wird die Installation der Software und die Bewältigung der Schwierigkeiten, die bei diesem Vorgang entstehen können, erläutert. Anschließend gehen die Autoren auf die unterschiedlichen Möglichkeiten der Erstellung von PDF-Dokumenten ein. In dem Kapitel „Navigieren, Editieren, Kommentieren“ werden u. a. die Punkte „Verknüpfungen in PDF-Dokumenten“, „Verwendung von Lesezeichen“ und „Satzkorrekturen“ behandelt. Das abschließende Kapitel ist dem Thema „Multimedia und Interaktivität“ gewidmet. Die Sicherheitsfunktionen (Erstellung von digitalen Signaturen und von Benutzerprofilen) sowie die Bearbeitung von PDF-Dokumenten im Rahmen typischer Büroaufgaben sind weitere Themen. Das umfangreichste Kapitel stellt die Verwendung von PDF in der Druckvorstufe dar. Farb- und Schriftenmanagement, die PostScript-Technologie sowie PrePress-Funktionen und Tools zum Preflight-Check werden eingehend beschrieben. Die beiden letzten

Kapitel beschäftigen sich mit der Erstellung weboptimierter PDF's und dem Cross-Media-Publishing. Die beigelegte CD-ROM enthält Testversionen von Software rund um den PDF-Workflow.

7097

Personalauswahl

Schnell und sicher Top-Mitarbeiter finden. Von M. Lorenz und U. Rohrschneider, 2. überarbeitete Auflage, 190 Seiten, kartoniert, 24,95 Euro, Haufe, Freiburg, 2002.

In früheren Zeiten standen oft nur wenige Bewerber für eine angebotene Stelle zur Verfügung. Heute ist der Arbeitsmarkt voll, und es gehen meist außerordentlich viele Bewerbungen ein. Aber eine hohe Anzahl von Bewerbungen macht es nicht unbedingt leichter, die richtige Auswahlentscheidung zu treffen. Hinzu kommt, dass die Bewerber dazugelernt haben; zahlreiche Publikationen helfen dabei, zumindest die formalen Anforderungen der Bewerbungen besser als früher zu erfüllen. Auf der anderen Seite ist in bestimmten Fachbereichen ein Fachkräftemangel festzustellen. Die Tragweite von Personalentscheidungen ist für den Unternehmenserfolg von großer Bedeutung: Erfolgreiche und leistungsbereite Mitarbeiter, die sich wohl fühlen, weil sie zu ihrer Aufgabe passen, sind von unschätzbarem Wert, wodurch der Aufwand in eine professionelle Personalauswahl mehr als gerechtfertigt wird. Die Verfasser wollen mit ihrer Publikation dabei helfen, schnell und sicher geeignete Mitarbeiter zu finden. Die Autoren erläutern den Weg bis zur Einstellung Schritt für Schritt: Die Erstellung von Anforderungsprofilen, die unterschiedlichen Möglichkeiten der Personalsuche (z. B. Stellenausschreibung in Zeitschriften, Stellengesuche, Arbeitsamt, private Arbeitsvermittler, Suche mittels Internet), eine sinnvolle Bewerberverwaltung (auch mit moderner Software) und die Bewerbervorauswahl. Auf das erfolgreiche Führen von Personalauswahlgesprächen folgt eine umfangreiche Darstellung der unterschiedlichen Auswahlverfahren. Dabei wird darauf hingewiesen, dass unterschiedliche Stellen auch unterschiedliche Auswahlverfahren erforderlich machen. Außerdem ist nicht für jede freie Stelle der gleich große Auswahlaufwand sinnvoll. Das Buch schließt mit Hinweisen zur Einarbeitung und Integration neuer Mitarbeiter und zum Personalmarketing. Neben der textlichen Darstellung sind zahlreiche Beispiele, Tabellen und Checklisten enthalten.

7092

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Kindergeldrecht

Kommentar und Rechtssammlung. Begründet von Dr. H. Schieckel, fortgeführt von Dr. G. Brandmüller, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 92 Erg.-Lfg. vom Januar 2003, 1 Plastikordner); 75,00 Euro, Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2003.

4489

Bundeshaushaltsrecht

Erläuterungen zu den Artikeln 109 bis 115 des Grundgesetzes und zur Bundeshaushaltsordnung unter Berücksichtigung des Haushaltsgrundsatzgesetzes und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft mit rechtsvergleichenden Hinweisen auf das Haushaltsrecht der Bundesländer. Kommentar von Dr. E. A. Piduch, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 38. Erg.-Lfg. vom Oktober 2001, 1700 Seiten, in 3 Plastikordnern) 118,95 Euro; Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 2003.

4519

Das gesamte öffentliche Dienstrecht (ÖDH)

für Beamte, Angestellte und Arbeiter bei Bund, Ländern und Kommunen. Ergänzbares Handbuch der Personalverwaltung und Personalvertretungspraxis. Von F. Bieler und B. Bieler, 2., neugestaltete Auflage, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/02 vom September 2002, 2122 Seiten, in Spezialordner) 86,00 Euro; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2002.

4600

Die dienstliche Beurteilung

Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Bereich. Von F. Biele, 4., überarbeitete Auflage, 327 Seiten, kartoniert, 39,80 Euro, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 2002.

Die Verwaltung wird zunehmend modernisiert und dabei mit betriebswirtschaftlichen Instrumentarien versehen. Dies zwingt auch zu einer veränderten Betrachtung der herkömmlichen Modelle des Beurteilungswesens. Der Verfasser bietet in diesem überarbeiteten Buch eine Zusammenstellung der veränderten Rechtslage für die Beurteilung von Beamten, Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst. Dabei wird auch die neuere Rechtsprechung bis etwa zum April 2002 berücksichtigt. Für alle drei Beschäftigungsgruppen werden die Voraussetzungen für die dienstliche Beurteilung bis hin zum Arbeitszeugnis dargestellt, aber auch die vorhandenen Schranken diskutiert. Darüber hinaus plädiert der Verfasser aber auch dafür, sowohl innerhalb der bestehenden Rechtslage zu Änderungen der herkömmlichen Beurteilungskonzepte und -systeme zu kommen als auch Rechtsgrundlagen und Rechtsprechung in Richtung auf eine mehr leistungsorientierte Beurteilung weiterzuentwickeln.

7089

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM MÄRZ 2003

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen)

☐ – auf Diskette lieferbar, Ⓢ – auf CD-ROM lieferbar

@ – im Internet unter www.hsl.de)

Die angegebenen Preise beinhalten bereits die Versandkosten.

Statistische Berichte

Die Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise

Hessen am 31. Dezember 2001 nach Alter und

Geschlecht; (A I 3, A I 4 - j/01); (K)

7,00 Euro

☐, Excel

6,80 Euro

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 2. Vierteljahr 2002

(Vorläufige Ergebnisse);

(A I 1 mit A I 4, A II 1 und A III 1 - vj 2/02); (K)

3,70 Euro

☐, Excel

4,40 Euro

@, Download

2,40 Euro

Die Diagnosen der Krankenhauspatienten

in Hessen 2001; (A IV 9 - j/01); (K)

3,70 Euro

☐, Excel

4,40 Euro

@, Download

2,40 Euro

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer

in Hessen am 31. März 2001 (Vorläufige Werte);

(A VI 5 - vj 1/01); (K)

5,90 Euro

☐, Excel

6,00 Euro

@, Download

4,00 Euro

Erwerbstätige in Hessen und Deutschland 1991 bis 2002;

(A VI 6/5 - j/1991 - 2002)

4,80 Euro

☐, Excel

5,20 Euro

@, Download

3,20 Euro

Haushalte und Familien in Hessen 2002 (Ergebnisse

der 1%-Mikrozensus-Stichprobe); (A I 7 - j/02)

3,70 Euro

☐, Excel

4,40 Euro

@, Download

2,40 Euro

Die Tätigkeit der Sozialgerichte in Hessen im Jahr 2002;

(B VI 5 - j/02); (SGB)

3,70 Euro

Die Ernte ausgewählte Feldfrüchte in Hessen 2002;

(C II 1 - j/02)

3,10 Euro

Die Weinmosternte in Hessen 2002; (C II 4 - j/02)

3,10 Euro

Schlachtungen in Hessen im Januar 2003;

(C III 2 - m 1/03)

3,10 Euro

Schlachtungen in Hessen im Jahr 2002

(Jahresübersicht); (K)

3,70 Euro

Milcherzeugung und -verwendung in Hessen

im Jahr 2002; (C III 3 - j/02); (K)

3,10 Euro

Die Weinerzeugung in Hessen 2002; (C IV 8 - j/02)

3,10 Euro

Schlachtungen in Hessen im Februar 2003;

(C III 2 - m 2/03)

3,10 Euro

Gewerbeanzeigen in Hessen im 4. Vierteljahr 2002;

(D I 2 - vj 4/02); (K)

3,70 Euro

☐, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Das Handwerk in Hessen im 4. Vierteljahr 2002 und im Jahr 2002; (E V 1 - vj 4/02)	3,70 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Januar 2003 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 1/03); (K)	3,70 Euro
☐, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Baugenehmigungen in Hessen im Dezember 2002; (F II 1 - m 12/02); (K)	3,70 Euro
Baugenehmigungen in Hessen im Januar 2003; (F II 1 - m 1/03); (K)	3,70 Euro
☐, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Die Ausfuhr Hessens im Oktober 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - 10/02)	3,70 Euro
☐, Excel	4,40 Euro
Die Ausfuhr Hessens im November 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - 10/02)	3,70 Euro
☐, Excel	4,40 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Oktober 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 2 - m 10/02)	3,70 Euro
☐, Excel	4,40 Euro
Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im November 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 11/02); (G)	4,80 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Dezember 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 12/02)	3,70 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Dezember 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 12/02)	3,10 Euro
Die Ausfuhr Hessens im Dezember 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 12/02)	3,70 Euro
☐, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Dezember 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 12/02)	3,70 Euro
☐, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Dezember und im Jahr 2002; (G IV 1 - m 12/02); (G)	7,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Dezember 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m/12/02); (K)	3,10 Euro
☐, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im Dezember und im Jahr 2002 (H II 1 - m 12/02); (H)	3,70 Euro
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Januar 2003 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 1/03); (K)	3,70 Euro
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im 4. Vierteljahr 2002; (H I 4 - vj 4/02);	3,70 Euro
Frischwasser- und Abwassergebühren der hessischen Gemeinden 2001 und 2002; (L II/5); (G)	
Ⓢ, (inkl. CD-ROM)	49,00 Euro
Verbraucherpreisindex und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im Januar 2003; (M I 2 - m 1/03)	5,90 Euro
Verbraucherpreisindex und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im Februar 2003; (M I 2 - m 2/03)	5,90 Euro
☐, Excel	6,00 Euro
@, Download	4,00 Euro
Verbraucherpreisindex und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im März 2003; (M I 2 - m 3/03)	5,90 Euro
☐, Excel	6,00 Euro
@, Download	4,00 Euro
Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 2001; (Q I 1 - 3j/01); (K)	3,70 Euro
☐, Excel	4,40 Euro
@, Download	2,40 Euro

Z) Zusammenfassende Berichte

Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik (Ausgabe 2002); (Z I - j/02)

5,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHES LANDESAMT
FÜR UMWELT UND GEOLOGIE

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 2

April 2003

7. Jahrgang

Inhalt

- ◆ DV-gestützte Erfassung und Auswertung von Abfallanalysendaten . . . 3
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 10

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.
Er wird gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG, Telefon: 0611/6939-0
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung
eines Belegexemplares gestattet.

DV-gestützte Erfassung und Auswertung von Abfallanalysendaten

Zu Beginn des Jahres 2002 wurde zwischen dem Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen (LUA NRW) und dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen. Sie umfasst die gemeinsame Nutzung und Weiterentwicklung der Abfallanalysendatenbank (ABANDA) des LUA NRW. Die Abfallanalysendatenbank wurde innerhalb des LUA NRW unter MS-Access 2.0 entwickelt. Die Datenbank dient der systematischen Erfassung und Bereitstellung von Abfallanalysen, der Ermittlung von Leitparametern, typischen Schadstoffen einer Abfallart und dem Auffinden entsprechender Verwertungs- und

Beseitigungswege. Im Rahmen der oben beschriebenen Verwaltungsvereinbarung stellt das LUA NRW dem HLUG seine Abfallanalysendatenbank zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung. Im Gegenzug werden dem LUA NRW durch das HLUG erfasste, anonymisierte Analysendaten übermittelt.

Im Rahmen eines Forschungsprojektes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) soll die vom LUA NRW entwickelte Datenbank zu einer „bundesweiten Abfalldatenbank“ ausgebaut werden.

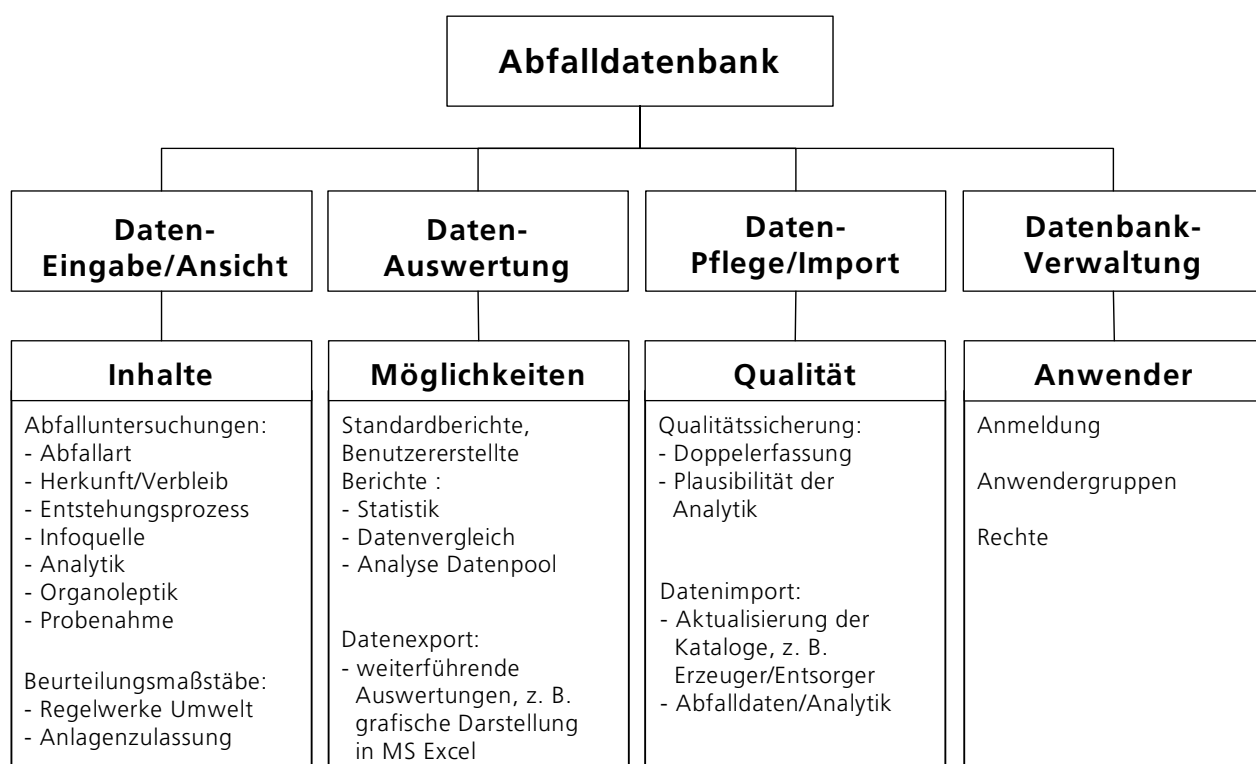


Abbildung 1: Inhaltliche Struktur der Forschungsdatenbank

Neben dem LUA NRW sind das Niedersächsische Landesamt für Ökologie (NLÖ) und das Ingenieurbüro TAUW GmbH am BMBF Projekt beteiligt. Das HLUG ist als Mitglied im Projektbeirat vertreten. Das Ziel des Vorhabens besteht darin, die Abfallanalysendatenbank in eine browserfähige Version (Client-Server-Konzept) umzuwandeln. Der online-Zugriff auf den Datenbankserver (Standort: Düsseldorf) wird über das bundesweite Behördennetz TESTA ermöglicht. Als

Clients fungieren derzeit das LUA NRW, das NLÖ und das HLUG.

Zurzeit werden die bisher im Dezernat W5 in Aktenform vorliegenden Analysendaten gesichtet und nach Vorauswahl bestimmter Abfallarten manuell in die Abfallanalysendatenbank eingegeben bzw. wenn die Analysenergebnisse in entsprechenden Formaten vorliegen (z. B. Excelformat), können sie direkt in die Datenbank importiert werden.

Testa-Anbindung der Clients

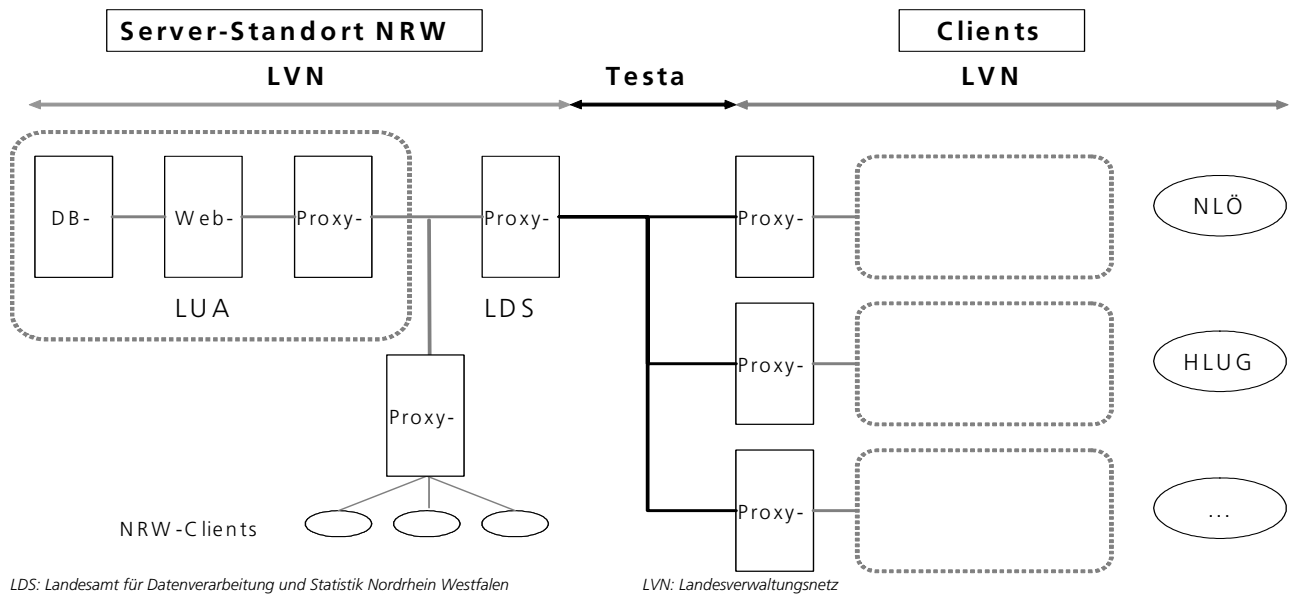


Abbildung 2: Technisches Konzept für den bundesweiten online-Zugriff auf die Datenbank

Das Screenshot zeigt die Benutzeroberfläche der Software 'LUA WEBAPPS V1.0' mit dem Titel 'Abfallbericht bearbeiten'. Die Oberfläche ist in mehrere Bereiche unterteilt:

- Navigation:** Ein Baumdiagramm auf der linken Seite zeigt die hierarchische Struktur der Abfälle. Die Knoten sind mit IDs wie 10, 11, 1101, 110105 bis 110111 beschriftet. Der Knoten 110109 ist hervorgehoben.
- Abfallart:** Ein Bereich oben rechts, der in 'Herkunft/Verbleib' und 'Proben' unterteilt ist. Er enthält Felder für 'Abfallart', 'AW', 'EAK' und 'LAGA' mit zugehörigen Werten und Filtern.
- Abfallbeschreibung:** Ein Bereich unten rechts, der detaillierte Informationen über den Abfall enthält, wie 'Ortsübliche Bezeichnung', 'Kennzeichnung', 'Entstehung', 'Komponenten' und 'Gefahrstoffe'.
- Datenliste:** Eine Tabelle in der Mitte links, die die Abfalldaten in einer tabellarischen Form darstellt.

ID	AVV-AS	EAK-AS
22598	110109	110104
22676	110109	110104
22794	110109	190201
22795	110109	110103
22796	110109	110104
22797	110109	110104
22798	110109	110104
22799	110109	110104
22800	110109	110103
22801	110109	190201
22802	110109	110103
22803	110109	110104
22804	110109	110104

Abbildung 3: Eingabemaske für Daten aus Abfalluntersuchungen

Ziel ist es, die momentan in der lokal vorhandenen Analysendatenbank erfassten Analysen direkt in die Forschungsdatenbank einzugeben. Nach Angaben des LUA NRW ist mit der Fertigstellung des Eingabemoduls ab März 2003 zu rechnen. Dann kann vom HLUG aus über das Testa-Netz direkt auf den Datenbankserver in Düsseldorf zugegriffen und Analysendaten online eingegeben werden.

Schwerpunktmäßig wurde von hessischer Seite die Abfallanalysendatenbank bisher dazu genutzt, die Analyseergebnisse aus dem Projekt „Untersuchung von Galvanikschlamm aus hessischen Betrieben“ zu erfassen.

Im Jahr 2001 wurde auf Anregung der Staatlichen Umweltämter das HLUG mit der Durchführung von Untersuchungen in galvanotechnischen Betrieben beauftragt. Seitens der Staatlichen Umweltämter wurden insgesamt 24 galvanotechnische Betriebe für Probenahmen benannt. Bei den Betrieben handelte es sich um 15 Lohngalvaniken und 9 Betriebsgalvaniken. In den Lohngalvaniken wurden hauptsächlich die Oberflächen von Werkstücken veredelt, die aus Stahl, Zink und Kupfer bestanden. In den Betriebsgalvaniken wurden vorwiegend die Oberflächen von Werkstücken aus Zink, Nickel, Kupfer, Titan, Aluminium, Neusilber und Kunststoff veredelt. Auf Grund der wechselnden Auftragseingänge bei den Lohngalvaniken ist davon

auszugehen, dass bei der Zusammensetzung der Abwässer große Schwankungsbreiten auftreten. Dementsprechend wurden die in den Lohn- und Betriebsgalvaniken anfallenden Galvanikschlamm insgesamt dreimal hintereinander in Abständen von etwa ein bis zwei Monaten durch das HLUG beprobt. Zur Untersuchung der Galvanikschlamm wurden u. a. die Röntgenfluoreszenzanalytik (RFA) und die optische Emissionsspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma (ICP-OES) eingesetzt. Die Ergebnisse der vorliegenden Galvanikschlammanalysen wurden aus dem LaborinformationsManagementsystem (LIMS) in ABANDA importiert. Nun können die verschiedenen Auswertemöglichkeiten, die die Datenbank zur Verfügung stellt, genutzt werden. Dazu sind in der Datenbank umfangreiche Regelwerke und Grenzwertelisten hinterlegt.

Anhand des Grenz- und Richtwerteabgleiches können beispielsweise Aussagen zum Gefährdungspotenzial ausgewählter Abfälle/Abfallarten abgeleitet sowie mögliche Verwertungs- und Beseitigungswege beurteilt werden.

Grundsätzlich können Galvanikschlamm nach der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) vom 12.12.2001 (BGBl. I S. 3379 ff) unter folgende AVV-Abfallschlüssel eingestuft werden:

Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung
11 01	Abfälle aus der chemischen Oberflächenbearbeitung und Beschichtung von Metallen und anderen Werkstoffen (z. B. Galvanik, Verzinkung, Beizen, Ätzen, Phosphatieren, alkalisches Entfetten und Anodisierung)
11 01 08*	Phosphatierschlamm
11 01 09*	Schlamm und Filterkuchen, die gefährliche Stoffe enthalten
11 01 10	Schlamm und Filterkuchen, mit Ausnahme derjenigen, die unter 11 01 09 fallen
11 01 15*	Eluate und Schlamm aus Membransystemen oder Ionenaustauschsystemen, die gefährliche Stoffe enthalten
19 02	Abfälle aus der physikalisch-chemischen Behandlung von Abfällen (einschließlich Dechromatisierung, Cyanidentfernung, Neutralisation)
19 02 05*	Schlamm aus der physikalisch-chemischen Behandlung von Abfällen, die gefährliche Stoffe enthalten
19 02 06	Schlamm aus der physikalisch-chemischen Behandlung mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 02 05 fallen

Bei den mit Sternchen (*) versehenen gefährlichen Abfällen handelt es sich um besonders überwachungsbedürftige Abfälle gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz. Bei ihnen ist davon auszugehen, dass sie eine oder mehrere der im Anhang III der Richtlinie

91/689/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 über gefährliche Abfälle (ABl. EG Nr. L 377 S.20) aufgeführten Eigenschaften (H-Kriterien) erfüllen (§ 3 Abs. 2 AVV). Als gefährliche Stoffe in Galvanikschlämmen sind z. B. zu werten:

Stoff	Einstufung (gemäß Anhang I Richtlinie 67/548/EWG)	H-Kriterium (gemäß Anhang III Richtlinie 91/689/EWG)	Besondere Überwachungsbedürftigkeit (gemäß Grenzwerte § 3 AVV)
Antimonverbindungen	gesundheitsschädlich; R20/22 umweltgefährlich; R51/53	H5 H14	bei einer Gesamtkonz. von ≥ 25 % nicht spezifiziert
Arsenverbindungen	giftig; R23/25 umweltgefährlich; R50/53	H6 H14	bei einer Gesamtkonz. ≥ 3 % nicht spezifiziert
Salze der Blausäure (Cyanide, mit Ausnahme der komplexen Cyanide)	sehr giftig; R26/27/28 R32 umweltgefährlich; R50/53	H6 H12 H14	bei einer Gesamtkonz. $\geq 0,1$ % nicht spezifiziert nicht spezifiziert
Bleiverbindungen	fortpflanzungsgefährdend, Kategorie 1 u. 3; R61, R62 gesundheitsschädlich; R20/22 umweltgefährlich; R50/53 R33	H10 H5 H14 –	bei einer Konzentration $\geq 0,5$ % bei einer Gesamtkonz. von ≥ 25 % nicht spezifiziert
Cadmiumsulfid	krebserzeugend, Kategorie 3; R40 giftig; R48/23/25 gesundheitsschädlich; R22 R53	H7 H6 H5 H14	bei einer Konzentration ≥ 1 % bei einer Gesamtkonz. ≥ 3 % bei einer Gesamtkonz. von ≥ 5 % nicht spezifiziert
Chrom(VI)-Verbindungen (Chromate, mit Ausnahme von Bariumchromat)	krebserzeugend, Kategorie 2; R49 umweltgefährlich; R50/53 R43	H7 H14 H4	bei einer Konzentration $\geq 0,1$ % nicht spezifiziert nicht spezifiziert
Kupfer	Es sind keine gefährlichen Kupferverbindungen (außer u.U. CuCN) in den Galvanikschlämmen zu erwarten		
Nickeldihydroxid	krebserzeugend, Kategorie 3; R40 gesundheitsschädlich; R20/22 umweltgefährlich; R50/53 R43	H7 H5 H14 H4	bei einer Konzentration ≥ 1 % bei einer Gesamtkonz. von ≥ 25 % nicht spezifiziert nicht spezifiziert
Nickelsulfid	R49 R43 umweltgefährlich; R50/53	H7 H4 H14	bei einer Konzentration $\geq 0,1$ % nicht spezifiziert nicht spezifiziert
Quecksilberverbindungen, anorganische (mit Ausnahme Quecksilbersulfid)	sehr giftig; R26/27/28 umweltgefährlich; R50/53 R33	H6 H14 –	bei einer Gesamtkonz. $\geq 0,1$ % nicht spezifiziert
Zink	Es sind keine gefährlichen Zinkverbindungen in Galvanikschlämmen zu erwarten (Ausnahme Zinkchromat: krebserzeugend, Kategorie 1 R45; gesundheitsschädlich R22; umweltgefährlich R50/53; R43)		
Zinn	Es sind keine gefährlichen Zinnverbindungen in Galvanikschlämmen zu erwarten		

Die %-Angaben der gefährlichen Stoffe beziehen sich auf die zur Entsorgung bereitstehenden Schlämme (Originalsubstanz), d.h. der Wassergehalt ist mit zu berücksichtigen.

Im Hinblick auf die Beurteilung der Schadstoffbelastung sowie des von den Galvanikschlämmen ausgehenden Gefährdungspotenzials können die umfangreichen statistischen Auswertemöglichkeiten der Abfallanalysendatenbank genutzt werden. Generell können sie im Rahmen der

Abfallbeurteilung/-einstufung sinnvoll eingesetzt werden. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine statistische Auswertung über die in der Abfallanalysendatenbank unter dem AVV-Abfallschlüssel 11 01 09* erfassten Abfallanalysen.

Tabelle 1: Untersuchungsergebnisse von Galvanikschlämmen mittels RFA

Statistik über die Analysen einer Abfallart

Abfallart	11 01 09* Schlämme und Filterkuchen, die gefährliche Stoffe enthalten			
Verfahren: Originalsubstanz/RFA				
Parameter	Minimum	Maximum	Mittelwert ¹⁾	90-Perzentil
[mg/kg] TS				
Aluminium	200	127.400	9.965	24.740
Antimon	100	5.000	156	100
Arsen	50	100	99	100
Barium	100	348.900	10.989	605
Blei	90	100.000	2.981	2.166
Cadmium	100	37.190	1.115	100
Calcium	1.100	229.800	95.440	201.290
Chrom (gesamt)	80	296.240	36.509	98.769
Eisen	600	240.000	62.450	159.300
Kalium	100	6.700	1.517	3.700
Kobalt	50	3.110	228	500
Kupfer	140	567.170	62.921	184.115
Magnesium	100	22.700	3.178	6.080
Mangan	100	12.900	1.373	3.940
Molybdän	30	4.630	151	100
Natrium	100	113.900	13.033	26.870
Nickel	100	329.760	44.097	185.026
Niob	70	1.100	126	100
Phosphor	200	115.300	19.989	58.890
Schwefel	1.000	178.500	46.371	104.610
Selen	60	1.200	129	100
Silber	100	40.000	1.263	1.300
Strontium	30	480	117	210
Titan	100	25.400	831	420
Vanadium	100	1.200	117	100
Zink	80	349.570	61.857	212.690
Zinn	100	350.000	17.142	67.000
Zirkon	30	750	111	100

1) Signifikant fallweise nur 2 oder 3 Stellen. Mehr Stellen ergeben sich rein rechnerisch.

Dargestellt werden in Tabelle 1 die Analysenergebnisse aus der Untersuchung der Abfälle mit der Röntgenfluoreszenzanalytik (RFA). Die RFA hat sich im Rahmen der Untersuchung von Galvanikschlamm als geeignet erwiesen. Neben den ausgewählten Parametern werden in der Tabelle die ermittelten Minimum- und Maximumwerte sowie Mittelwerte und die 90-Perzentil Werte der untersuchten Abfallart gegenübergestellt.

Neben den obigen Ergebnissen aus den RFA-Untersuchungen (Tabelle 1) liegen in der Abfallanalysendatenbank umfangreiche Eluatuntersuchungen zu der ausgewählten Abfallart vor. In der folgenden Tabelle 2 werden die Minimum- und Maximumwerte sowie Mittelwerte und die 90-Perzentil Werte der untersuchten Parameter dargestellt. Vergleichend dazu sind die Zuordnungswerte für die Deponieklasse II aus dem Anhang I der Abfallablagerechtsverordnung (AbfAbIV) aufgeführt.

Tabelle 2: Eluatuntersuchungen von Galvanikschlämmen

Statistik über die Analysen einer Abfallart

Abfallart	11 01 09* Schlämme und Filterkuchen, die gefährliche Stoffe enthalten					
Verfahren: Eluat/S4 Dest						
Parameter	Minimum	Maximum	Mittelwert ¹⁾	90-Perzentil	AbfAbIV (Anhang I) DK II	Einheit
pH-Wert (20°C)	4,3	12,8			5,5–13,0	
Leitfähigkeit (20°C)	29	28.000	610	830	≤5.000	mS/m
TOC	0,0002	1500	87,7	206	≤100	mg/l
Aluminium	0,0002	563	5,8	2,4		mg/l
Ammonium	0,0025	330	11,2	29,4	≤200	mg/l
Antimon	0,001	4,7	0,23	0,5		mg/l
AOX	0,003	554	3,9	1,3	≤1,5	mg/l
Arsen	0,0001	0,5	0,03	0,1	≤0,5	mg/l
Blei	0,001	57	0,25	0,2	≤1	mg/l
Cadmium	0,0002	45	0,12	0,05	≤0,1	mg/l
Chlorid	0,02	18.000	854	2.100		mg/l
Chrom (gesamt)	0,001	115	0,88	0,81		mg/l
Chrom-(VI)	0,009	102	0,54	0,44	≤0,1	mg/l
Cyanide (gesamt)	0,002	800	4,6	0,5		mg/l
Cyanide (leicht freisetzbar)	0,002	18,6	0,17	0,18	≤0,5	mg/l
Fluorid	0,01	350	7,7	17	≤25	mg/l
Kupfer	0,0004	1.600	4,4	1,3	≤5	mg/l
Mangan	0,0012	89,3	1,3	0,48		mg/l
Nickel	0,001	620	2,2	1,7	≤1	mg/l
Nitrit	0,0025	300	6,8	10	≤30 ²⁾	mg/l
Phenole gesamt	0,01	1	0,29	0,98	≤50	mg/l
Quecksilber	0,00002	3,8	0,03	0,005	≤0,02	mg/l
Sulfat	0,07	13.000	1.000	2.400		mg/l
Zink	0,0007	3.600	14,0	2,2	≤5	mg/l
Zinn	0,001	17,4	0,2	0,3		mg/l

1) Signifikant fallweise nur 2 oder 3 Stellen.

2) Zuordnungswert für Nitrit aus Anhang D TA-Abfall.

Die dargestellten statistischen Auswertemöglichkeiten der Abfallanalysendatenbank können im Rahmen der Abfallbeurteilung sinnvoll eingesetzt werden. Die in der Tabelle 1 aufgeführten Ergebnisse der RFA-Untersuchung liefern einen ersten Überblick über die in den Galvanikschlämmen vorliegenden Gesamtmetallgehalte. Die Analyseergebnisse spiegeln deutlich die Schwankungsbreite, die innerhalb der Zusammensetzung der Galvanikschlämme vorliegt, wider. Diese ist mit denen in der Galvanotechnik eingesetzten unterschiedlichen Verfahrenstechniken sowie Abwasserbehandlungsverfahren zu erklären. Im Hinblick auf die Abfalleinstufung von Galvanikschlämmen nach Abfallverzeichnisverordnung (AVV), können die Ergebnisse der RFA-Untersuchung (Tabelle 1) sowie die Untersuchungen im Eluat (Tabelle 2) herangezogen werden. Die Ergebnisse der Eluatuntersuchung wurden den Zuordnungswerten des Anhangs I der Abfallablagerungsverordnung für die Deponieklasse II gegenübergestellt. Die Mittelwerte für die Parameter AOX, Cadmium, Chrom (VI), Nickel, Quecksilber und Zink übersteigen die Zuordnungswerte des Anhangs I für die Deponieklasse II. Es wird deutlich, dass Galvanikschlämme dieser Zusammensetzung die Anforderungen der Abfallablagerungsverordnung nicht erfüllen. Die RFA-Untersuchungsergebnisse zeigen, dass Galvanikschlämme Stoffe enthalten, die nach Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG u. a. als gesundheitsschädlich, umweltgefährlich, krebserzeugend, sehr giftig und fortpflanzungsgefährdend eingestuft werden. Galvanikschlämme weisen somit gemäß Gefahrstoffverordnung gefährliche Eigenschaften auf. Sie werden mit den entsprechenden Gefahrenhinweisen (R-Sätze) gekennzeichnet. Gemäß § 3 Abs. 2 AVV werden gefährliche Abfallarten als besonders überwachungsbedürftig einge-

stuft, wenn sie eine oder mehrere der in Anhang III der Richtlinie 91/689/EWG des Rates vom 12.12.1991 über gefährliche Abfälle aufgeführten Eigenschaften (H-Kriterien) erfüllen. Zieht man die RFA-Untersuchungsergebnisse heran, so weist der Galvanikschlamm einige unter § 3 Abs. 2 AVV aufgeführten Einstufungsmerkmale auf. Beispielsweise wird für Blei in der Originalsubstanz ein Maximalwert von 100 000 [mg/kg] TS ermittelt. Bleiverbindungen werden u. a. als fortpflanzungsgefährdend, Kategorie 1 und 3 eingestuft und mit dem Gefahrenhinweis R61/62 gekennzeichnet. Auf Grund des Bleigehaltes wird hier das Einstufungsmerkmal Nr. 11 § 3 Abs. 2 AVV erfüllt.

Anhand dieser statistischen Auswertungen am Beispiel der Galvanikschlämme wurde gezeigt, welche Möglichkeiten die Abfallanalysendatenbank bietet und wie sie im Rahmen der Abfallbeurteilung, z. B. zur Abschätzung des Schadstoffpotenzials eines Abfalls/Abfallart und der damit verbundenen Festlegung des Entsorgungsweges, eingesetzt werden kann. Die Abfallanalysendatenbank bietet darüber hinaus einen Überblick über die Metallgehalte von Galvanikschlämmen für eine Verwertungsprüfung und zur Klärung der Frage, ob eine Aufarbeitung des Abfalls zur Rückgewinnung von Metallen, insbesondere unter Berücksichtigung möglicher Störstoffe, wirtschaftlich möglich ist.

An dieser Stelle möchte ich mich beim LUA NRW für seine Mitarbeit bei der Erstellung dieses Berichts bedanken.

Andrea Schmidt

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen	11
2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten	12
3. Luftbelastung nach Messstellen	14

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel
1. Hydrologische Daten nach Messstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000	2001	2001				2002			
		Durchschnitt		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<i>Lufttemperatur</i>	<i>Mittel</i> <i>[°C]</i>										
Station: Frankfurt/M.- Flughafen		11,6	10,8	4,67	13,9	18,1	10,8	5,0	14,7	17,9	7,1
<i>Niederschlag</i>	<i>Summe</i> <i>[mm]</i>										
Station: Hofgeismar- Beberbeck	"	765	-	-	178	251	-	191	-	-	-
Marburg- Lahnberge	"	726	829	231	203	214	180	232	197	276	274
Schotten- Eichelsachsen	"	866	957	255	196	241	265	279	170	236	327
<i>Abfluss</i>	<i>Mittel</i> <i>[m³/s]</i>										
Pegel: Helmarshausen/ Diemel	"	13,9	13,3	18,1	13,0	8,03	13,9	27,6	19,6	15,3	20,9
Rotenburg/Fulda		22,6	24,8	46,1	22,0	10,1	20,8	61,6	25,0	11,7	34,3
ABlar/Dill		8,90	10,5	21,7	8,10	2,80	9,17	25,5	5,63	2,67	14,7
Marburg/Lahn	"	14,9	19,9	37,9	13,5	9,70	18,4	41,7	13,0	9,00	26,2
Hanau/Kinzig	"	10,1	13,0	24,6	10,0	4,70	12,5	30,7	8,67	4,77	16,0
Bad Vilbel/Nidda	"	10,2	14,7	28,4	11,5	5,50	13,5	29,3	10,4	5,60	17,8
<i>Talsperren</i>	<i>Mittel</i> <i>[Mio m³]</i>										
Edertalsperre	"	151	158	177	199	139	158	169	200	180	121
Diemeltalsperre	"	15,0	14,0	16,5	19,5	14,6	14,0	14,8	19,3	17,3	12,7
<i>Grundwasserstand</i>	<i>Mittel</i> <i>[NN + m]</i>										
Messstelle: Bracht	"	257,84	258,20	258,09	258,78	258,17	257,76	257,76	258,61	258,90	258,47
Bauschheim	"	86,56	86,86	87,14	87,28	86,51	86,50	86,62	87,03	86,79	86,41
Lampertheim	"	87,22	87,36	87,61	87,82	86,99	87,01	87,11	87,53	87,35	87,30
Beberbeck	"	225,28	224,59	224,53	224,88	224,62	224,33	224,36	225,32	226,27	226,13
Zell	"	314,21	314,49	314,26	314,79	314,63	314,28	314,22	314,46	314,81	314,68
Schwalbach	"	272,65	273,82	274,72	275,16	273,29	272,10	272,29	274,75	274,78	272,83
Kath. Willenroth	"	295,99	296,34	296,20	296,82	296,33	296,01	296,13	296,92	296,92	296,46
Langstadt	"	128,23	128,96	128,47	129,20	129,19	128,99	128,99	129,48	130,01	129,94
Weissenborn	"	214,27	213,71	213,46	215,44	213,86	212,07	212,16	215,55	215,88	214,57

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2001				2002			
		Durch- schnitt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Messstation Bischofsheim Main Flusskm 4.0										
Abfluss	m³/s	253	402	300	116	217	599	229	130	373
Temperatur	Grad C	14	5,9	15,4	21	9,8	6,1	16,7	21,5	10,3
Sauerstoff	mg/l	10,4	12,4	11,3	6,8	10,9	12,5	11,4	6,7	10,6
pH		7,8	7,7	8	7,5	7,8	7,9	8,3	7,7	7,8
NH ₄ -N	mg/l	0,08	0,1	0,09	<0,07	0,05	0,17	0,11	<0,07	0,17
NO ₃ -N	mg/l	5,2	4,9	4,4	4,0	4,7	4,8	4,7	4,7	4,9
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	5,5	6,0	5,3	5,6	5,4	5,6	5,6	6,0	6,1
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	<0,05	<0,05	0,07	0,08	0,12	0,06	0,11	0,11
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,19	0,22	0,14	0,21	0,18	0,16	0,15	0,2	0,15
Leitfähigkeit	mS/m	71	58	64	76	67	58	69	77	67
Chlorid	mg/l	53	41	42	60	48	41	44	55	37
TOC	mg/l	4,3	2,2	6,2	4,6	5,6	6,8	6,0	5,1	7,5
EDTA	µg/l	12,4	10,1	10,4	17,4	13,2	6,3	9,5	11,3	9,1
Messstation Oberbiel Lahn Flusskm 19,1 ³⁾										
Abfluss	m³/s	35,8	88,2	30,5	13,6	16,4	103	29	17	55
Temperatur	Grad C	12,2	4,8	13,6	18,4	7,8	5,4	14,5	18,2	8,3
Sauerstoff	mg/l	10,7	11,7	10,7	8,9	11,1	11,6	10,5	8,7	11,0
pH		8,1	7,7	7,8	7,7	7,6	7,5	7,8	7,6	7,6
NH ₄ -N	mg/l	0,13	0,19	0,09	0,07	0,11	0,19	0,10	0,09	0,13
NO ₃ -N	mg/l	3,8	3,2	3,2	3,9	3,4	3,2	3,4	3,9	3,5
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,4	3,9	3,7	4,7	3,9	3,7	4,0	4,9	4,6
o-PO ₄ -P	mg/l	0,09	<0,05	<0,05	<0,05	0,06	0,09	0,06	0,05	0,06
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,21	0,16	0,17	0,23	0,16	0,14	0,15	0,23	0,13
Leitfähigkeit ³⁾	mS/m	34	26	31	37	29	22	32	35	28
Chlorid	mg/l	30	26	25	31	26	24	25	31	23
TOC	mg/l	3,9	3,6	3,7	4,0	4,2	3,6	4,4	5,2	5,1

Anmerkungen siehe Seite 14.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2001				2002			
		Durch- schnitt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Messstation Letzter Heller Werra Flusskm 83,9										
Abfluss	m³/s	50,4	70	56	23	45	117	55	27	79
Temperatur	Grad C	10,1	5,7	14,5	18,9	7,8	5,7	14,4	18,2	8,9
Sauerstoff	mg/l	12,1	13,5	13,4	12	11,1	11,6	11,6	12,8	11,1
pH		8,1	8,1	8,3	8,3	7,6	7,9	8,2	8,3	8,0
NH ₄ -N	mg/l	0,15	0,17	<0,07	0,12	0,1	0,14	0,10	0,14	0,12
NO ₃ -N	mg/l	3,2	4,4	3,9	2,8	3,8	4,2	3,9	3,8	4,3
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,5	5,9	4	3,6	4,4	5,0	4,8	5,6	5,5
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,09	<0,05	0,08	0,15	0,13	0,12	0,16	0,14
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,14	0,2	0,15	0,21	0,17	0,17	0,15	0,2	0,18
Leitfähigkeit	mS/m	450	477	471	430	455	387	422	387	450
Chlorid	mg/l	996	1278	1204	1271	1247	908	1080	1100	918
TOC	mg/l	4	5,8	4,6	6,3	5,4	5,0	4,8	6,7	7,2
Messstation Wahnhausen Fulda Flusskm 93,5										
Abfluss	m³/s	65	111	67	34	54	155	69	46	96
Temperatur	Grad C	11,5	4,6	17,1	17,9	7,9	4,9	14,1	17,4	8,1
Sauerstoff	mg/l	11,1	10,8	11,7	9,3	10,3	10,6	11,1	9,2	10,2
pH		7,8	7,6	7,9	7,7	7,5	7,6	7,9	7,8	7,5
NH ₄ -N	mg/l	0,14	0,2	0,07	<0,07	0,11	0,16	0,15	0,11	0,13
NO ₃ -N	mg/l	3,4	3,8	3,5	3,0	3,5	3,9	3,4	3,1	3,5
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4	4,3	4,0	3,9	4	4,6	4,3	4,5	4,4
o-PO ₄ -P	mg/l	<0,05	0,06	<0,05	0,09	0,12	0,10	0,09	0,09	0,09
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,12	0,17	0,15	0,18	0,16	0,15	0,14	0,18	0,17
Leitfähigkeit	mS/m	47,5	41	46	46	43	3,8	44	46	44
Chlorid	mg/l	50	42	45	51	47	43	39	43	37
TOC	mg/l	3,5	4,8	4,7	4,4	5,8	4,6	5,9	5,7	5,7
EDTA	µg/l	2,9	2,1	1,9	2,0	2,7	1,2	1,4	1,9	1,5

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2001				2002			
		Durch- schnitt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Messstation Mainz- Wiesbaden Rhein Flusskm 498,5										
Abfluss	m³/s	2112	2180	2622	1737	1476	2279	1832	1684	2592
Temperatur	Grad C	14,5	7,7	15,5	21,2	11,2	7,4	16,1	21,3	
Sauerstoff	mg/l	8,2	11,5	10,1	8,4	10,7	11,9	9,8	8,2	
pH		7,9	7,9	7,9	7,8	7,9	7,8	8,0	7,9	
NH ₄ -N	mg/l	0,07	0,11	0,06	0,03	0,06	0,07	0,03	0,03	
NO ₃ -N	mg/l	2,5	3,2	2,1	1,7	2,5	2,9	2,4	1,8	
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	3,3	3,8	2,4	1,9	2,9	3,3	2,8	2	
o-PO ₄ -P	mg/l	0,05	0,06	0,04	0,05	0,07	0,08	0,04	0,04	
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,08	0,11	0,06	0,07	0,1	0,1	0,1	0,07	
Leitfähigkeit	mS/m	45	45	46	41	50	47	47	45	
Chlorid	mg/l	56	51	39	41	55	-	-	-	
TOC	mg/l	3,5	3,6	2,9	2,5	3,3	4,2	3,0	2,9	
EDTA	µg/l	5,1	5,3	2,9	2,8	5,4	4,2	4,7	-	

1) = Gesamt - N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluss).

2) = Gesamt - P = Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.

3) = vorl. Abflusswerte.

3. Luftbelastung nach Messstellen a) Temperatur in °C

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	14,9	16,5	7,4	3,3	12,9	17,2	6,0	4,3	13,6	17,3	5,5
Gießen (Mittelhessen)	14,2	16,3	6,9	3,5	13,7	17,4	5,8	4,3	14,0	17,1	5,9
Viernheim (Süd Hessen)	16,6	18,4	8,5	5,4	15,1	18,9	6,5	5,4	15,4	18,2	7,5

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
b) Stickstoffmonoxid in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	2	2	4	4	2	2	2	4	2	2	4
Bebra	6	9	16	14	5	6	15	10	5	7	16
Borken	2	4	7	7	2	4	7	6	2	4	9
Darmstadt	7	10	29	24	6	7	29	22	5	7	25
Darmstadt-Hügelstraße	140	180	138	150	129	124	153	119	127	140	148
Dillenburg	30	36	52	57	29	34	59	41	29	41	55
Ffm.-Friedberger Landstraße	75	76	116	96	51	65	112	76	50	57	102
Ffm.-Höchst	22	27	70	62	16	20	57	45	16	22	61
Ffm.-Ost	24	32	77	47	19	25	59	42	16	17	51
Frankenberg	2	2	6	4	2	2	4	6	2	2	5
Fulda	34	39	50	51	24	27	54	37	26	35	50
Fürth/Odenwald	2	2	2	4	2	2	4	4	2	2	4
Gießen	21	26	56	51	19	21	64	42	17	24	52
Grebenau	2	4	4	4	2	2	4	4	2	2	5
Hanau	20	26	57	46	19	22	56	41	19	22	55
Kassel Fünffensterstraße	52	67	104	84	46	59	90	66	46	51	84
Kassel-Nord	19	27	36	42	17	19	41	26	17	21	44
Königstein	2	2	5	5	2	2	5	4	2	2	5
Lampertheim	6	9	26	14	4	6	22	17	4	6	21
Limburg	12	16	42	36	10	11	39	29	11	11	35
Linden	9	9	17	17	5	6	20	16	5	9	21
Marburg	7	12	39	30	6	9	29	22	7	9	29
Michelstadt	6	7	26	20	5	5	20	16	5	5	21
Nidda	4	5	9	7	4	5	11	9	4	4	9
Offenbach	11	17	39	35	10	15	45	34	7	11	34
Raunheim	16	24	56	47	11	14	46	35	10	15	46
Riedstadt	7	10	30	24	5	6	25	20	5	6	22
Spessart	2	2	4	4	2	2	4	2	2	2	4
Viernheim	10	14	40	34	7	9	37	29	7	9	34
Wasserkuppe	-	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Wetzlar	22	25	72	62	21	16	55	39	16	16	61
Wiesbaden-Ringkirche	64	79	121	97	55	64	116	87	49	61	111
Wiesbaden-Süd	14	19	54	41	11	12	46	29	10	14	44
Witzenhausen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	4
Zierenberg	2	2	4	4	2	2	4	4	2	2	5

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	8	10	16	17	8	7	15	16	8	9	18
Bebra	23	20	22	24	15	16	24	29	19	21	27
Borken	13	13	23	24	12	11	19	20	11	11	22
Darmstadt	29	29	34	34	23	30	47	41	28	30	33
Darmstadt-Hügelstraße	69	63	52	60	67	64	58	65	74	71	57
Dillenburg	43	38	39	42	37	37	37	41	38	40	36
Ffm.-Friedberger Landstraße	79	69	68	74	58	61	64	66	65	66	63
Ffm.-Höchst	45	39	53	62	41	42	44	51	43	45	49
Ffm.-Ost	41	38	48	43	34	39	39	46	34	34	43
Frankenberg	7	8	16	16	7	7	11	14	7	7	16
Fulda	40	33	33	39	31	34	37	37	33	34	36
Fürth/Odenwald	9	11	17	17	8	8	16	14	9	9	15
Gießen	40	36	41	46	36	36	40	48	38	37	41
Grebenau	9	10	14	16	9	9	15	16	9	10	18
Hanau	43	40	49	55	42	43	48	53	42	43	46
Kassel-Fünffensterstraße	56	48	47	49	47	51	48	51	50	50	48
Kassel-Nord	33	32	30	35	27	30	36	38	33	35	38
Königstein	11	11	21	20	10	10	17	18	9	9	19
Lampertheim	16	16	24	26	17	17	24	29	17	16	23
Limburg	27	26	30	38	28	29	35	37	29	29	33
Linden	20	20	28	30	18	20	26	30	18	19	30
Marburg	30	20	33	40	23	24	33	37	25	23	32
Michelstadt	20	17	24	30	17	16	26	29	18	16	25
Nidda	15	16	26	26	15	18	27	28	15	14	23
Offenbach	36	35	38	44	36	38	43	46	32	33	40
Raunheim	37	37	37	44	32	32	39	44	35	38	40
Riedstadt	24	26	33	37	20	22	31	32	20	22	29
Spessart	7	9	16	15	7	8	15	14	8	7	16
Viernheim	29	29	37	42	28	27	38	44	27	29	37
Wasserkuppe	6		9	9	6	6	10	9	6	5	10
Wetzlar	37	32	36	44	35	30	35	39	33	32	37
Wiesbaden-Ringkirche	66	64	60	61	52	58	57	61	56	58	57
Wiesbaden-Süd	38	34	40	46	31	33	33	37	29	35	38
Witzenhausen	6	8	13	13	8	7	14	13	6	6	14
Zierenberg	11	10	16	18	9	11	15	16	10	9	21

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
d) Ozon in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	78	54	31	42	75	66	35	52	79	70	34
Bebra	57	37	20	31	61	52	22	41	58	45	21
Borken	67	48	28	39	66	56	25	42	62	52	23
Darmstadt	58	38	20	25	55	46	14	29	55	42	16
Dillenburg	39	23	10	17	44	33	12	25	41	27	12
Ffm.-Höchst	45	32	13	20	51	39	12	26	50	42	13
Ffm.-Ost	51	31	12	23	59	47	16	30	57	48	13
Frankenberg	79	54	28	41	80	70	31	47	70	61	26
Fulda	48	35	21	29	58	45	18	35	52	38	16
Fürth/Odenwald	88	68	42	52	85	79	38	58	84	73	37
Gießen	42	26	11	19	50	41	11	23	46	39	9
Grebenau	77	52	32	42	73	66	32	50	72	59	27
Hanau	55	37	15	23	57	50	13	28	55	44	14
Kassel-Nord	53	34	20	28	55	48	17	32	50	46	18
Königstein	79	54	27	36	77	66	28	48	69	63	30
Lampertheim	49	32	16	28	54	48	18	36	58	43	18
Limburg	49	36	21	26	59	52	20	37	51	41	17
Linden	52	40	21	29	60	50	19	34	54	47	18
Marburg	53	24	12	24	62	52	18	31	55	44	15
Michelstadt	55	43	22	31	56	50	20	38	62	49	22
Nidda	66	47	21	33	67	63	23	43	70	56	22
Offenbach	50	32	11	19	54	42	12	27	57	48	15
Raunheim	53	38	17	24	59	49	18	33	55	45	16
Riedstadt	62	46	22	32	68	57	19	35	61	50	19
Spessart	92	72	38	53	92	79	39	58	89	80	35
Viernheim	56	41	15	24	57	49	15	28	56	44	16
Wasserkuppe	82		58	67	98	93	60	77	103	87	47
Wetzlar	40	29	11	16	50	43	13	30	46	38	13
Wiesbaden-Süd	53	38	13	22	57	47	15	27	52	42	12
Witzenhausen	90	66	45	52	86	80	43	59	79	73	36
Zierenberg	75	47	27	42	79	71	40	53	60	61	28

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
e) Schwefeldioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bebra	3	3	3	4	3	3	3	5	3	3	4
Borken	3	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3
Darmstadt	3	3	5	6	3	3	3	5	3	3	4
Dillenburg	3	3	3	4	3	3	3	4	3	3	3
Ffm.-Höchst	4	4	6	8	3	3	4	6	3	3	5
Ffm.-Ost	3	3	7	8	4	3	5	7	3	3	5
Frankenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Fulda	3	3	3	5	3	3	4	4	3	3	3
Fürth/Odenwald	3	3	3	3	3	3	3	5	3	3	3
Gießen	3	3	3	4	3	3	3	4	3	3	3
Grebenau	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Hanau	4	3	8	9	4	3	6	8	3	3	7
Kassel-Nord	3	3	4	6	4	4	4	5	3	3	4
Königstein	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Lampertheim	3	3	4	4	3	3	4	6	3	3	3
Limburg	3	3	4	5	3	3	4	4	3	3	3
Linden	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3	3
Marburg	3	3	4	5	3	3	4	5	3	3	4
Michelstadt	3	3	5	7	3	3	5	7	3	3	5
Nidda	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3	3
Offenbach	4	3	5	7	3	3	5	7	3	3	5
Raunheim	3	3	5	10	4	4	8	10	4	3	9
Riedstadt	3	3	3	4	3	3	4	5	3	3	3
Spessart	3	3	3	3	3	3	3	4	3	3	3
Viernheim	4	3	6	8	4	4	6	9	4	3	5
Wasserkuppe	-	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Wetzlar	3	3	3	3	3	3	3	4	3	3	3
Wiesbaden-Süd	4	3	5	6	4	3	5	7	3	3	4
Witzenhausen	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Zierenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
f) Kohlenmonoxid in mg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Darmstadt	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,4	0,5
Darmstadt-Hügelstraße	1,4	1,5	1,2	1,4	1,1	1,0	1,3	1,1	1,1	1,1	1,2
Ffm.-Friedberger Landstraße	1,1	1,0	1,4	1,4	0,8	0,9	1,3	1,1	0,8	0,9	1,2
Ffm.-Höchst	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,5	0,6	0,4	0,4	0,7
Fulda	0,4	0,4	0,6	0,6	0,4	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4	0,6
Gießen	0,4	0,5	0,6	0,7	0,4	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	0,7
Hanau	0,7	0,5	0,6	0,6	0,3	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4	0,6
Kassel-Fünffensterstraße	1,0	1,1	1,4	1,2	0,8	0,8	1,2	1,0	0,8	0,7	1,0
Kassel-Nord	0,4	0,4	0,5	0,7	0,4	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4	0,6
Limburg	0,4	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5
Linden	0,3	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3	0,1	0,2	0,3
Offenbach	0,5	0,5	0,7	0,6	0,3	0,2	0,4	0,3	0,4	0,5	0,6
Raunheim	0,4	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,7	0,6	0,3	0,4	0,6
Viernheim	0,3	0,3	0,5	0,5	0,2	0,2	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Wetzlar	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,6	0,5	0,3	0,4	0,7
Wiesbaden-Ringkirche	1,3	1,4	1,9	1,7	1,0	1,0	1,4	1,3	0,9	0,9	1,3
Wiesbaden-Süd	0,5	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5
Zierenberg	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,3

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Ffm.-Höchst	67	40	87	80	40	47	93	80	40	47	73
Ffm.-Ost	40	40	67	67	47	53	67	60	33	40	53
Kassel-Nord	113	53	80	87	47	53	73	60	53	60	93
Riedstadt	27	27	40	33	20	33	53	40	27	27	47

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
h) Staub in $\mu\text{g}/\text{m}^3$; ab 1. Quartal 2000 PM 10* in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 2000			Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	19	20	14	16	16	24	22	22	23	20	19
Bebra	24	23	20	25	21	23	23	29	27	28	27
Borken	19	20	15	19	25	23	22	25	29	31	22
Darmstadt	24	23	20	26	27	27	30	35	25	28	23
Darmstadt-Hügelstraße	32	33	31	38	34	36	40	43	40	39	36
Dillenburg	26	27	23	25	34	23	23	23	24	24	24
Ffm.-Friedberger Landstraße	-	-	-	-	33	38	48	52	43	41	36
Ffm.-Höchst	25	25	24	34	33	20	23	32	30	28	29
Ffm.-Ost	31	30	28	33	25	33	34	35	30	29	29
Fulda	23	20	21	25	32	19	24	27	25	24	21
Gießen	25	32	32	28	22	19	20	34	34	34	32
Hanau	22	23	21	25	22	28	32	36	32	30	33
Kassel-Fünffensterstraße	33	32	37	38	31	31	37	35	40	34	38
Kassel-Nord	26	27	22	24	30	16	29	39	29	35	31
Lampertheim	-	13	12	16	18	13	18	32	27	24	21
Limburg	22	22	19	24	13	30	31	33	32	33	29
Marburg	26	23	20	23	29	28	23	26	28	23	24
Michelstadt	19	18	17	29	27	20	22	24	22	21	20
Nidda	18	18	14	22	22	30	29	36	33	25	21
Offenbach	41	44	20	24	27	18	28	33	26	27	24
Raunheim	24	24	23	24	18	21	24	29	25	26	24
Riedstadt	24	25	20	21	21	32	28	32	31	33	23
Viernheim	21	21	22	24	19	16	20	34	27	26	14
Wasserkuppe	-	12	7	8	18	12	9	8	-	-	7
Wetzlar	29	27	26	29	13	27	30	33	34	34	31
Wiesbaden-Ringkirche	-	35	38	28	24	27	32	27	23	24	33
Wiesbaden-Süd	24	21	25	28	26	22	28	32	29	28	27

* PM 10: Partikel mit $d < 10 \mu\text{m}$

Im Zuge der gesamteuropäischen Bestrebungen zur Überwachung der Luftqualität wurde am 29.06.1999 die neue EU-Richtlinie über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei veröffentlicht. Die Richtlinie macht eine Umstellung der bisherigen Gesamtstaubbemessung auf die Fraktion der Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser $< 10 \mu\text{m}$ ("PM10": particulate matter $< 10 \mu\text{m}$) erforderlich (spätestens bis 19.7.2001). Die Begründung für die künftige Konzentration auf diesen Teilbereich der Partikel liegt in dem deutlich größeren Schädigungspotenzial der lungengängigen Feinstäube. Mit Beginn des Monats Januar 2000 wurde mit der Umstellung der Staubbemessgeräte von Gesamtstaub auf PM10 begonnen. Da für diese Komponente eine neue Messreihe beginnt, sind bis auf weiteres keine Langzeitwerte vorhanden. Vergleichsmessungen von PM10 zu Gesamtstaub haben ergeben, dass der Anteil von PM10 im Gesamtstaub in der Regel 70 - 80% beträgt. Weiterhin schreibt die Richtlinie im Falle der gasförmigen Komponenten (SO_2 , NO_2/NO) vor, das Volumen der Konzentrationsangabe ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) auf eine Normtemperatur von 20°C zu beziehen. Ab Januar 2000 werden somit die Konzentrationen für SO_2 , NO und NO_2 nicht mehr wie bisher auf 0°C sondern auf 20°C bezogen angegeben. Hierdurch werden die berichteten Werte dieser Komponenten um ca. 7% niedriger ausfallen als bisher.